

POLITISCHE STUDIEN 471

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

68. Jahrgang | Januar-Februar 2017 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

PULVERFASS NAHER OSTEN

Mit Beiträgen von

Wilfried Buchta | Martin Pabst | Fabian Schmidmeier



/// GABI DREO Politische-Studien-Zeitgespräch zu Darkroom Cyber: Was droht uns da?

/// THORSTEN WINKELMANN / JOST F. NOLLER Südafrika nach den Kommunalwahlen

/// WERNER WIATER Die Religion der Asylanten

www.hss.de



„Innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik sind derzeit die **MEGATHEMEN**.“

SICHERHEIT IM WAHLJAHR 2017

Der islamistisch motivierte Terrorismus hat Deutschland längst erreicht. Der Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin am 19. Dezember 2016 hat nicht nur die Bedrohungslage unmissverständlich klar gemacht, sondern auch die Grundstimmung in der Bevölkerung beeinflusst. Dort nehmen Ängste und Befürchtungen zu – darauf muss die Politik gerade in einem Wahljahr wie 2017 rasch reagieren.

Diese Grundstimmung scheint einen gegenüber früheren Bundestagswahlen deutlich veränderten Rahmen zu bieten. Schon im Sommer 2016 fasste das IfD Allensbach seine Befunde so zusammen: „Nur in wenigen Situationen der Nachkriegszeit war die Bevölkerung ähnlich beunruhigt wie heute“ (FAZ, 24.8.2016). Laut Politbarometer vom Dezember 2016 der Forschungsgruppe Wahlen – noch vor dem Berliner Anschlag – befürchtete eine Mehrheit von 52 % eine Zunahme der Kriminalität durch die Flüchtlinge. Eine neue Studie des Instituts GMS im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung (deren Daten ebenfalls vor dem Anschlag erhoben wurden) bestätigt diese Tendenz. Dort sagen 68 % der Bayern, die Verhältnisse in Deutschland bieten Anlass zur Beunruhigung, wobei die Themenbereiche Innere Sicherheit / Extremismus sowie Ausländer-, Integrations- und Flüchtlingspolitik die zentralen Aspekte bilden. Diese beiden Felder werden von 88 % und 86 % der Befragten als mit Abstand wichtigste bundespolitische Aufgaben genannt.

Die politischen Debatten des Jahres 2017 werden von diesen Themenbereichen dominiert werden. Der Auftrag an die Politik ergibt sich aus diesen Stimmungslagen von selbst. Nur mit konkreten Lösungen kann diesen Ängsten nachhaltig begegnet werden.

Dr. Gerhard Hirscher
ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und
Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



INHALT



59

06

IM FOKUS

12 IM MITTLEREN OSTEN NICHTS NEUES

Einführung
TERESA MEIER

15 „ISLAMISTISCHE“ BEWEGUNGEN SEIT DEM ARABISCHEN FRÜHLING

Tunesien, Ägypten und Syrien
FABIAN SCHMIDMEIER

25 DER KRIEG IN SYRIEN

Sechs Antworten auf aktuelle Fragen
MARTIN PABST

37 DIE IRAKISCHE MOSSUL-OFFENSIVE

Vergebliche Hoffnung auf Frieden
WILFRIED BUCHTA

POLITISCHE-STUDIEN- ZEITGESPRÄCH

06 DARKROOM CYBER: WAS DROHT UNS DA?

Gefahr im Netz
GABI DREO

ANALYSEN

48 SÜDAFRIKA NACH DEN KOMMU- NALWAHLEN

Der ANC in der Krise
THORSTEN WINKELMANN, JOST F. NOLLER

59 DIE RELIGION DER ASYLANTEN

Muslime, Kurden, Jesiden
WERNER WIATER

AKTUELLES BUCH

69 GEWACHSENES AUFGABEN- SPEKTRUM

Bundeswehr nur bedingt gerüstet
REINHARD MEIER-WALSER

RUBRIKEN

03 EDITORIAL

72 REZENSIONEN

88 ANKÜNDIGUNGEN

90 IMPRESSUM



12



37

/// Gefahr im Netz

DARKROOM CYBER: WAS DROHT UNS DA?

GABI DREO /// ist Lehrstuhlinhaberin für Kommunikationssysteme und Internet-Dienste sowie Direktorin des Forschungszentrums CODE an der Universität der Bundeswehr München. Hier soll in den nächsten Jahren das größte deutsche Forschungszentrum für Cybersicherheit entstehen, mit dem Schwerpunkt, die „digitale Gesellschaft sicherer“ zu machen. Forschungsthemen sind daher neben Cyberdefence auch Smart Data, Mobile Security, eHealth und Schutz kritischer Infrastrukturen.

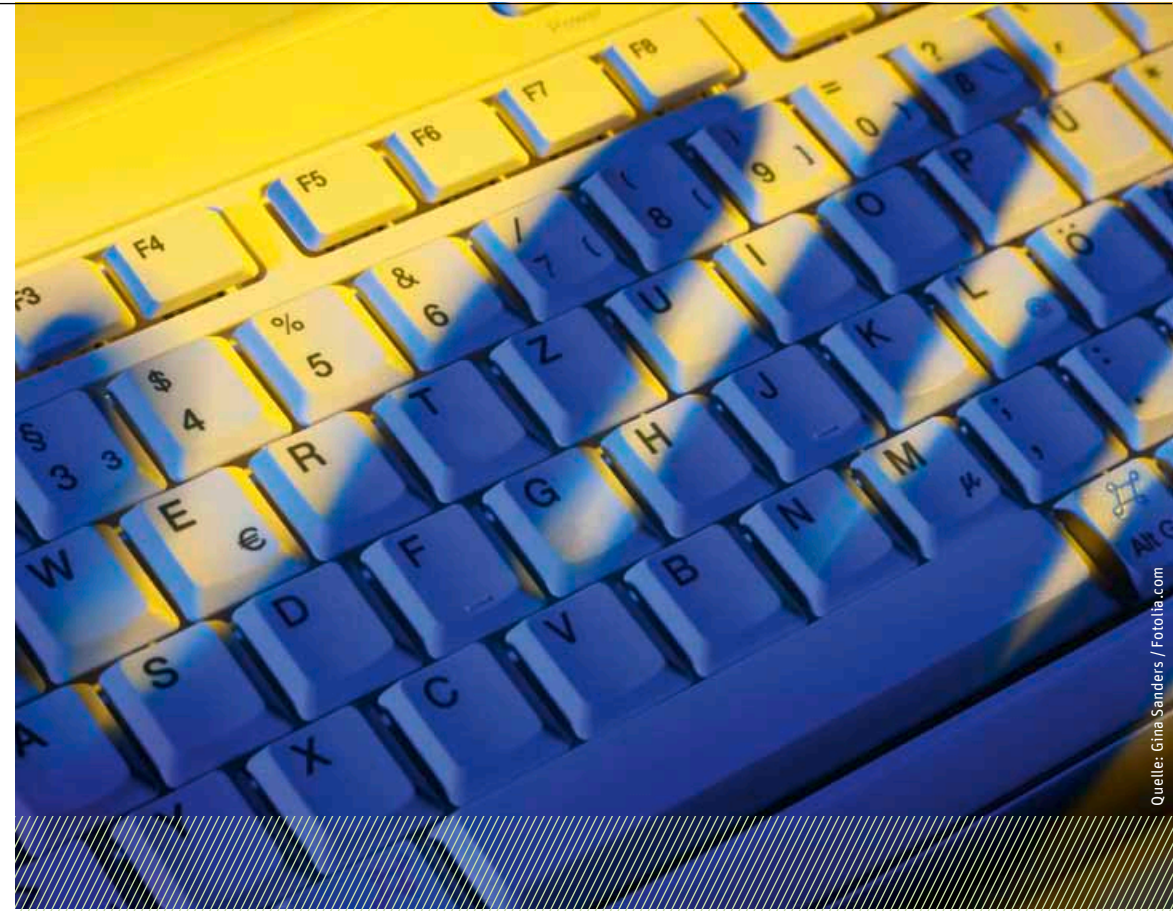
Politische Studien: Verschiedene Hackerangriffe haben in den vergangenen Monaten gezeigt, wie verwundbar wir sind. So waren nicht nur Banken, Telekommunikationsunternehmen und Online-Händler Ziel der Cyberattacken, selbst politische Institutionen waren betroffen. Auch für die kommenden Bundestagswahlen werden Hackerangriffe, aber auch gezielte Falschinformationen erwartet. Sprechen wir gerade öffentlich zu viel über ver-

meintliche Gefahren und bauschen das Problem auf oder stehen wir erst am Anfang einer Entwicklung und müssen uns an diese Form der Sicherheitsgefahren gewöhnen?

Gabi Dreo: Cybersicherheit ist ein hochrelevantes, gesellschaftliches Thema, da die Digitalisierung alle Bereiche unserer Gesellschaft durchdringt. Daher dürfen die Gefahren von Cyberattacken nicht verharmlost werden. Angriffe wie beispielsweise der vor kurzem bekannt gewordene Hack auf Yahoo, bei dem 1 Mrd. Nutzer betroffen waren, verdeut-



Cybersicherheit ist ein hochrelevantes, **GESELLSCHAFTLICHES** Thema.



Quelle: Gina Sanders / Fotolia.com

Zunehmend greifen Unbefugte mittels Hackerangriffen auf Daten im Netz zu. Was kann man gegen diese Cyberkriminalität tun?

lichen das sehr eindrucksvoll. Laut Bitkom sind ferner gut die Hälfte (51 %) aller Unternehmen in Deutschland in den vergangenen zwei Jahren Opfer von digitaler Wirtschaftsspionage, Sabotage oder Datendiebstahl geworden. Hinzu kommt, dass Cyberangriffe sehr lange unentdeckt bleiben. 2014 waren es im Durchschnitt 205 Tage. Cybersicherheit und Privatsphäre sind die Säulen des Vertrauens in die digitale Gesellschaft. Daher müssen wir einen tiefen gesellschaftlichen Diskurs darüber führen und insbesondere auch mehr in die Entwicklung einer „sicheren“ digitalen Gesellschaft investieren. Security-by-Design und Privacy-by-Design sind

leider immer noch Schlagworte als Basisgrundsätze des Entwicklungsprozesses.

Politische Studien: Mit der Digitalisierung moderner Gesellschaften wächst zugleich auch deren technische Verwundbarkeit. Erfolgreiche Cyberangriffe können erhebliche gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und auch persönliche Schäden verursachen. Die Funktionsfähigkeit zentraler Infrastrukturen und Netze kann sozusagen per Mausclick massiv beeinträchtigt oder gar lahm gelegt werden. Sehen Sie Politik, Wirtschaft, Verwaltung, letztlich uns alle ausreichend auf dieses Gefahrenpotenzial vorbereitet?



Jede Technologie kann auch **MISSBRAUCHT** werden.

Gabi Dreo: Nein, bei weitem nicht. In der Vergangenheit hat man mehr auf die Funktionalität gesetzt und dabei die Cybersicherheit eher vernachlässigt. Jetzt müssen die Versäumnisse aufgeholt werden, was in der schnelllebigen digitalen Welt nicht einfach ist. Auch in der Wirtschaft nimmt Cybersicherheit einen immer höheren Stellenwert ein. Unternehmen haben längst erkannt, dass Prozesse mehr und mehr digitalisiert und vernetzt sind und hierbei ein erhebliches Gefahrenpotenzial für den Geschäftsbetrieb unmittelbar existiert. Cybersicherheit ist auf der Managementebene angekommen.

Die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen initiierte den Aufbau eines eigenen Organisationsbereichs Cyber- und Informationsraum in der Bundeswehr. In den Forschungsprogrammen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und der EU ist Cybersicherheit schon längst ein wichtiges Forschungsthema. Die Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ist die Schlüsseltechnologie der digitalen Gesellschaft. Sie entwickelt sich rasant. Zum einen muss sich die Entwicklung der Cybersicherheit der Geschwindigkeit anpassen und zum anderen auch die Gesellschaft, wenn es z. B. um rechtliche Fragestellungen geht.

Politische Studien: Der Vorläufer des heutigen Internets, das ARPANET, wurde Ende der 60er-Jahre von einer kleinen Forschergruppe im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums entwickelt. Das damals revolutionäre dezentrale Konzept eröffnete völlig neue Möglichkeiten und schien auch mehr Sicherheit zu garantieren. Heute sind intelligente und vernetzte Strukturen gang und gäbe, Begriffe wie „smart city“, „smart mobility“ oder „smart home“ in aller Munde. Vernetzung wird als Lösung vieler Probleme beschrieben. Aber schaffen nicht gerade diese zunehmenden vernetzten Strukturen und Systeme neue Sicherheitsrisiken?

Gabi Dreo: Die zunehmende Vernetzung von „smart everything“ bietet unglaubliche Entwicklungsmöglichkeiten der digitalen Gesellschaft. Das ARPANET, das als die „Mutter des Internets“ bezeichnet wird, wurde natürlich auch für militärische Zwecke genutzt. Es ermöglichte aber Wissenschaftlern eine ganz neue Art des Austausches von Nachrichten und der Kommunikation für die gemeinsame Forschung. Wie das Internet heutzutage unser Leben dominiert, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Vernetzung erhöht aber auch die Sicherheit. Heute eröffnen uns smarte Systeme viele neue Möglichkeiten wie z. B. autonomes Fahren oder intelligente Steuerung in Haushalten, industriellen Anlagen und Städten. Das taktile Internet mit 5G wird uns eine nie dagewesene Echtzeitvernetzung er-

möglichen. Genauso ermöglichen diese Technologien mehr Schutz, z. B. durch intelligente Überwachungs- und Alarmsysteme.

Der Fortschritt sorgt auch ein Stück weit für neues Gefahrenpotenzial. Jede Technologie kann auch missbraucht werden wie z. B. durch Zugriffe durch Unbefugte („Black Hat Hacker“). Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es sowohl in der analogen als auch in der digitalen Welt nicht. Das Risiko in der digitalen Welt kann jedoch durch konsequente Umsetzung von Security-by-Design und Privacy-by-Design, insbesondere auch im Internet der Dinge, verringert werden.

Politische Studien: „Blackout“, ein Bestseller-Roman von Marc Elsberg, erhielt 2016 große mediale Aufmerksamkeit. In dieser fiktiven Geschichte kommt es fast zum Bürgerkrieg in Europa, weil Nahrung knapp wird und sich aufgrund mangelnder Hygiene Seuchen ausbreiten. Ursache in diesem fiktiven Szenario ist aber keine Naturkatastrophe, sondern ein Hackerangriff von Terroristen auf sensible Punkte der Stromversorgung. Ist das nur Science-Fiction oder wie sensibel sind speziell unsere Einrichtungen der Energieversorgung tatsächlich?

Gabi Dreo: Spätestens seit STUXNET wissen wir, dass es sich hierbei nicht um Science-Fiction handelt, sondern eine reale Bedrohung vorliegt. Dieser Bedrohung sind sich die Betreiber der kriti-

schen Infrastrukturen jedoch auch bewusst und unternehmen große Anstrengungen, um ihre Systeme zu schützen. In dem erwähnten Buch wurden intelligente Stromzähler manipuliert. Dass es sich hierbei ebenso nicht um reine Fiktion handelt, zeigte der Angriff auf finnische Haushalte 2016, der dazu führte, dass bei -7 Grad Celsius zahlreiche Heizungsanlagen ausfielen. Solche Beispiele sind erst der Anfang. IT-Sicherheitsspezialisten und Angreifer befinden sich in einem steten Wettlauf, wobei kritische Infrastrukturen (KRITIS) gerade in der Zukunft ein immer attraktiveres Ziel für Angreifer darstellen. Auch deshalb ist die Sicherheitsforschung im Bereich des Schutzes von kritischen Infrastrukturen eine der Säulen des Forschungszentrums CODE (Cyber Defence).

Politische Studien: Manchmal macht es den Eindruck, als würden die IT-Sicherheitsmaßnahmen den Angreifern immer einen Schritt hinterherlaufen. Welche Möglichkeiten gibt es, die IT-Sicherheit zu verbessern und zum Beispiel Hackerangriffe bereits im Vorfeld zu vermeiden?

Gabi Dreo: Es ist sicherlich ein ungleicher Wettlauf. Der Angreifer muss nur eine Schwachstelle ausnutzen, die Abwehrmaßnahmen müssen jedoch alle Schwachstellen schließen. Cybersicherheit muss ganzheitlich gedacht werden



Cybersicherheit muss **GANZHEITLICH** gedacht werden.

und zwar von der Technologie bis zu Prozessen und insbesondere den Nutzern, die immer noch das schwächste Glied in der gesamten Kette sind.

Politische Studien: Hackerangriffe erfolgen meist nicht innerhalb staatlicher Grenzen. Gibt es im Bereich Cybersicherheit überhaupt nationale Lösungen?

Gabi Dreo: In der Tat gibt es in der digitalen Welt keine staatlichen Grenzen. Daher ist die Cybersicherheit eine gesamtstaatliche Aufgabe, die zunächst national und ressortübergreifend zu bewerkstelligen ist. Das ist auch die Voraussetzung für eine Kooperation auf internationaler Ebene.

Politische Studien: Abschließend will ich auf Ihren konkreten Arbeitsbereich eingehen. Auf dem Campus der Universität der

Bundeswehr München wird ein neues bundesweit einzigartiges Cyber-Cluster entstehen sowie ein neuer internationaler Master-Studiengang „Cyber-Sicherheit“ etabliert. Sie sind bei diesem Projekt maßgeblich involviert. Wie kam es dazu und was versprechen Sie sich davon?

Gabi Dreo: Die Fakultät für Informatik an der Universität der Bundeswehr München beschäftigt sich seit über zehn Jahren mit der Thematik der vernetzten Systeme und der Cybersicherheit. Dafür haben wir das Forschungszentrum CODE gegründet. Schon damals war es unser Bestreben, die Forschungskompetenzen im Bereich der Cybersicherheit zu stärken. Durch den Aufbau eines Cyber-Clusters@Uni-BwM soll nun eines der größten Ökosysteme für die Forschung und Entwicklung von Sicherheitstechnologien

VERNETZTE, SMARTE WELT

Internet der Dinge/Dienste/Daten

Die reale Welt

- Milliarden von vernetzten (mobilen) Geräten, hohe Bandbreiten von 1 Terabit/s und mehr, Heterogenität, Technologien wie Cloud Computing, usw.
- und alles wird immer „smarter“
 - Smartphone, Smart Meter, Smart Grid, Smart Home, SmartFactory, Smart City, Smart Car, Smart Attack, ...
 - **Smart Everything**



© Mimi Potter / Fotolia.com



Die einzigartige **BÜNDELUNG** von Forschung, Entwicklung, Behörden, Industrie und Startups auf dem Campus der Universität bietet ein exzellentes Umfeld.

und -produkten sowie Innovationen in Europa entstehen. Die einzigartige Bündelung von Forschung und Entwicklung, Behörden, Industrie und Startups auf dem Campus der Universität bietet ein exzellentes Umfeld für Forschung, Entwicklung und Innovationen. Die Berufung 11 neuer W3-Professuren im Bereich der Cybersicherheit unterstreicht den Willen hierzu. Ich verspreche mir, durch die weitreichende Bündelung von Kompetenzen und den neuen Studiengang einen essenziellen Beitrag zur Verbesserung der Cybersicherheit für alle Bereiche der digitalen Welt leisten zu können.

Politische Studien: Frau Prof. Dreo, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Karl Heinz Keil, Referent für Politisches Management und Kommunikation, Medien und Innovation, Institut für Politische Bildung, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



/// PROF. DR. GABI DREO
ist Direktorin des Forschungszentrums CODE (www.unibw.de/code), Universität der Bundeswehr München.

/// Einführung

IM MITTLEREN OSTEN NICHTS NEUES

TERESA MEIER /// Im Dezember 2010 begannen im Mittleren Osten Proteste, welche die ganze Region erfassten und anfänglich schnelle Regimewechsel herbeiführten. Es war ein neuer Aufschwung für die Demokratie und man sprach von einer weiteren Demokratisierungswelle, einem Sieg für die freie Welt. Doch die Stimmung kippte bald und bis heute tobt dort ein Kampf um die politische Macht.

Die arabische Region ist destabilisiert, das Staatensystem von Staatszerfall, Bürgerkrieg und Sezession bedroht. 2011 kam es in fast allen arabischen Ländern zu Massenprotesten. Gründe waren korrupte autoritäre Regime, hohe Jugendarbeitslosigkeit – der Bevölkerungsanteil der 15-29-Jährigen beträgt ca. 30 % – sowie ethnische und konfessionelle Diskriminierung. Mangelnde Gerechtigkeit bei der politischen Repräsentation, fehlende ökonomische Teilhabe und ungerechte soziale Strukturen trieben die Menschen auf die Straße.¹ Tunesien konnte kleinere Reformen durchsetzen, Syrien versank – mit internationalen Auswirkungen – im Bürgerkrieg und in Ägypten etablierte sich nach dem Militärputsch 2013 ein stärkerer Polizeistaat als vor dem Umsturz. In der Mehrheit der Staaten konnten die Herrschenden ihre Macht erhalten. Das Ergebnisspektrum des Arabischen Frühlings ist umfassend.

Auf den ersten Blick erscheinen für die unterschiedlichen Entwicklungen strukturelle Unterschiede der jeweiligen Gesellschaften erklärend, denn die betroffenen Staaten differenzieren sich hinsichtlich Herrschaftssystem, Ressourcenverfügbarkeit (v. a. Öl) sowie

Der Arabische Frühling hatte **UNTERSCHIEDLICHE** Auswirkungen auf die Region.

ethnischer und konfessioneller – und damit ideologischer – Fragmentierung. Strukturelle Erklärungsansätze dieser Art widerlegt aber die Heterogenität innerhalb der Gruppe der Staaten, in denen es zu keinem Machtwechsel kam. Doch es gibt aussagekräftigere gemeinsame Merkmale dieser Staaten wie loyale Sicherheitsapparate und Erfahrungen mit zurückliegenden Protesten, die den



Die Hoffnung, die mit dem Arabischen Frühling im Nahen Osten aufkeimte, ist mittlerweile in einem eiskalten Winter angekommen und vielerorts herrscht nur noch Verzweiflung über all die Zerstörung, die Not und das Chaos.

effizienten Einsatz der zur Verfügung stehenden protesthemmenden Mittel ermöglichten.² Diese Faktoren prägten die Ergebnisse mehr als strukturelle Unterschiede der Gesellschaften, weil es sich bei den entstandenen Konflikten um politische und wirtschaftliche Verteilungskämpfe handelt. Bei genauerer Betrachtung der Rolle der sozialen Medien wird dies erkennbar. Freie Meinungsäußerung ermöglichte den Bürgern die Selbstermächtigung gegenüber ihren autoritären Regimen. Der Staat versuchte daher, diese Ermächtigung zu verhindern, indem er materielle Zugeständnisse in Form von Löhnen, Renten, Subventionen, direkten Geldzahlungen und Investitionsprogrammen gewährte, teilweise gezielt für zentrale Gruppen wie Militär und Unterstützerbasis, die für den

Machterhalt wichtig waren. Ergänzt wurden diese Krisenmanagementmaßnahmen durch kosmetische Reformen, welche die Machtbalance nicht veränderten, sowie gewaltsame Repressionen.

Zum Machterhalt setzen die politischen Akteure auch das Mittel des Opportunismus ein, wie die Koalition aus den früher rivalisierenden Parteien Ennahda (moderat islamistisch) und Nidaa Tounes (säkulare Sammlungspartei) zeigt.³ Politische Eliten haben auch bewusst die bestehenden ethnischen und konfessionellen Gegensätze ihrer fragilen gesellschaftlichen Koexistenzen instrumentalisiert, was wiederum gegen eine ideologische Fragmentierung als Ursache spräche. Sie schürten Animositäten, um eine Solidarisierung der Bevölkerungsgruppen gegen die Machtha-

ber zu verhindern, die Unterstützung ihrer eigenen Basis zu sichern sowie, sich als Beschützer vor dem ausgebrochenen gewaltsamen Konflikt präsentieren zu können. Diese Motive sind eindeutig dem Ziel des Macherhalts zuzuordnen.

Im arabischen Raum tobt ein KAMPF um Macht und die Teilhabe daran.

Der Kampf um politische Teilhabe bestimmt also den arabischen Raum, der im Chaos eines versuchten Umbruchs versinkt. Die Konflikte sind auch Ausdruck konkurrierender politischer und wirtschaftlicher Interessen, nicht nur ideologischer, ethnischer oder konfessioneller Verwerfungen. Für die Zukunft ist dies positiv zu werten, denn solche Konflikte sind politisch lösbar. Die Machtergreifung eines militärisch, politisch oder moralisch als überlegen angesehenen Akteurs wird die im Konflikt entstandene ideologische Spaltung der Gesellschaft nicht überwinden können. Stabilität und Frieden in der Region können aber gesichert werden, wenn alle Akteure gerecht am politischen System beteiligt und ihre Interessen berücksichtigt werden. Deshalb ist es wichtig, sich mit den relevanten Akteuren und Interessen auseinanderzusetzen. Dazu soll dieses Heft einen Beitrag leisten.

Im ersten Beitrag widmet sich Fabian Schmidmeier den Entwicklungen von politischer Ausrichtung und Systemteil-

habe „islamistischer“ Gruppen in Tunesien, Ägypten und Syrien und deren ideologischer Kategorisierung. Martin Pabst erklärt das in Syrien bestehende „strategische Patt“, aufgrund dessen kein Akteur den dortigen Konflikt zu seinen Gunsten entscheiden kann, und setzt dieses in einen historischen und geopolitischen Rahmen. Der Beitrag Wilfried Buchtas zeigt auf, dass ein Sieg über den Islamischen Staat nicht ausreicht, um Stabilität im Irak wiederherzustellen. Es besteht die Gefahr, dass momentan vom Kampf überlagerte Konflikte nach einem Sieg erneut aufbrechen und das Land spalten werden. ///



/// TERESA MEIER

ist wissenschaftliche Praktikantin,
Regensburg

Anmerkungen

¹ Arab Human Development Report 2016, S. 22, 170 ff.

² Asseburg, Muriel / Wimmen, Heiko: Die bittere Ernte des Arabischen Frühlings, Berlin 2015, S. 8 f.

³ Ebd., S. 20.

/// Tunesien, Ägypten und Syrien

„ISLAMISTISCHE“ BEWEGUNGEN SEIT DEM ARABISCHEN FRÜHLING

FABIAN SCHMIDMEIER /// Am 17. Dezember 2010 begann im nordafrikanischen Tunesien der Arabische Frühling, der nahezu die gesamte arabische Welt entflammte. Während im Ursprungsland der Revolution ein historischer Transformationsprozess hin zu einer Demokratie eingeleitet wurde, versanken Syrien, Libyen und der Jemen im Bürgerkriegschaos. In Ägypten konnte sich das alte Regime 2013 zurück an die Macht putschen. Trotz der unterschiedlichen Entwicklungen des Arabischen Frühlings spielen in nahezu allen Staaten drei verschiedene „islamistische“ Gruppen eine signifikante Rolle: die Muslimbruderschaft, politische Salafisten und Dschihadisten. Drei Staaten mit besonderer Signalwirkung in die arabische Welt sollen in diesem Artikel bezüglich der Entwicklung des Einflusses dieser „islamistischen“ Strömungen untersucht werden: Tunesien, Ägypten und Syrien.

Definition von „Islamismus“

Es gibt keine allgemein gültige Definition des Begriffes „Islamismus“. In den Medien hat sich dieser weitgehend für alles durchgesetzt, was mit „islamisch-fundamentalistisch“ in Verbindung steht. In der Wissenschaft bleibt er heftig umstritten. Der vorliegende Artikel orientiert sich an Tilman Seidenstickers Definition: „Beim Islamismus handelt es sich um Bestrebungen zur Umgestaltung von Gesellschaft, Kultur, Staat oder Politik anhand von Werten und Normen, die als islamisch angesehen werden“. Weder in Koran noch Hadithen findet sich so etwas wie eine „islamische Staatsform“. Das Ziel des jewei-

ligen „Islamismus“ kann demnach sowohl die Errichtung einer Theokratie als auch die einer parlamentarischen Demokratie sein. In der unterschiedlichen Zielsetzung von „Islamisten“ verdeutlicht sich die fehlende Schärfe des Begriffes, weswegen er in diesem Artikel zwar verwendet, allerdings stets mit Anführungszeichen versehen wird. Politische Salafisten sind jene „Islamisten“, die sich die Schaffung einer salafistisch-ideologisch legitimierten Diktatur zum Ziel gemacht haben, dabei aber Gewalt ablehnen, während dschihadistische Salafisten Gewalt zur Durchsetzung der Schaffung eines solchen Staates für legitim oder verpflichtend halten.¹



Quelle: picture alliance / dpa / Str

Rachid Ghannouchi, Gründer und Vorsitzender der „islamistischen“ Nahda-Partei in Tunesien.

Tunesien

Am 14. Januar 2011 musste Diktator ben Ali nach 23 Herrschaftsjahren das Land fluchtartig in Richtung Saudi Arabien verlassen. Ben Ali hatte seinerzeit unterschiedlichste „islamistische“ Bestrebungen brutal unterdrückt, weswegen diese, zueinander höchst unterschiedlichen Strömungen nach dessen Sturz ihre Stunde gekommen sahen.

Es gibt keine allgemeingültige DEFINITION des Begriffes „Islamismus“.

Die tunesische Muslimbruderschaft: Nahda

Lange agierte die „islamistische“ Bewegung al-Nahda („Renaissance“, häufig auch Ennahda, gegründet 1981) im Untergrund. Wenige Tage nach dem Sturz ben Alis kehrte ihr Gründer Rachid Ghannouchi aus dem französischen Exil nach Tunesien zurück. Seine Gruppierung wurde am 1. März 2011 erstmals vollständig als politische Partei legalisiert.² Das genaue Weltbild der Nahda zu bestimmen, ist schwierig. In ihr ringen gemäßigte und radikale Flügel um die Vorherrschaft. Es gibt seit 2011 unterschiedliche Äußerungen und Parteiveranstaltungen, die sowohl auf eine gemäßigt islamisch-konservative als auch auf eine aggressiv-fundamentalistische Ausrichtung hindeuten. 2012 wurde beim ersten Parteitag seit der Legalisierung der Hamas-Chef Chalid Maschal frenetisch bejubelt.³

Betont gemäßigt dagegen positioniert sich Nahda-Gründer Rachid Ghannouchi. Als historisches Vorbild für seine Islaminterpretation nennt er den andalusisch-islamischen Gelehrten al-Schatibi (gest. 1388). Dessen Ansätze

ermöglichen einen Fokus hin auf den Zweck und den moralischen Sinn hinter einer Norm, weg von einem bloßen Wortlaut von Koran und Hadithen. So können islamische Normen historisch eingeordnet und für unterschiedliche Zeiten auch unterschiedliche Normen gefunden werden, selbst wenn der Wortlaut der heiligen Texte etwas anderes zu verlangen scheint.

Ghannouchi erklärte gemäß Schatibi fünf Ziele zum Zweck islamischer Normen: „Das Leben zu bewahren; die Menschheit zu schützen; die Vernunft, die Familie und den Wohlstand gedeihen zu lassen. Das sind die Ziele des Islams. Aber die Mittel, sie zu erreichen, muss man nicht ausschließlich im Koran suchen. Alles, was dazu dient, eines dieser Ziele zu verfolgen, wird Teil des Islams“. Demokratie sieht er, anders als politische und dschihadistische Salafisten, „nicht bloß kompatibel mit dem Islam, nein, der Islam braucht sie regelrecht. [...] Zu den Prinzipien der Demokratie gehören Regierungswechsel, Wahl und Abwahl, Alternanz. Wir akzeptieren das gesamte Spiel der Demokratie, ohne Ausnahme“, was auch eine Ablehnung klassisch-islamischer Körperstrafen oder der Kopfsteuer (Dschisya) für Nichtmuslime beinhaltet. Ebenso äußerte Ghannouchi sich zu möglichen Koalitionen nach einer Wahl: „Am besten eine Koalitionsregierung aus gemäßigten Islamisten und gemäßigten Säkularen“.⁴

Das Ringen um eine neue tunesische Verfassung

Im Oktober 2011 wählten die Tunesier erstmals eine verfassungsgebende Versammlung. Mit 37,04 % der Stimmen erhielt Nahda 89 Sitze (41,01 % der Sitze) und wurde damit mit Abstand stärkste politische Kraft. Hier zeigten

sich der Kampf um die Rolle eines politischen Islams und der Einfluss radikaler Flügel am deutlichsten. In einem Entwurf von Nahda-Abgeordneten hieß es, „die Scharia ist Quelle der Gesetzgebung“, was die säkulare Opposition ablehnte. Nach heftigen Debatten einigten sich die „islamistische“ Nahda und die

Die neue tunesische Verfassung ist ein **KOMPROMISS zwischen „Islamismus“ und Säkularismus.**

säkulare Opposition auf einen Kompromissentwurf, in dem die Scharia keine Erwähnung fand, der Islam aber als Staatsreligion festgeschrieben wurde: „Tunesien ist ein freier Staat, [...], der Islam ist seine Religion, Arabisch ist seine Sprache und die Republik seine Staatsform“⁵. Tunesiens System ist nunmehr ein ziviler Staat, in dessen Zentrum der tunesische Staatsbürger steht und nicht der Angehörige einer Religionsgemeinschaft. Diese Verfassung stellt für eine „islamistische“ Partei einen historischen Kompromiss dar.

10. Parteitag der Nahda: Islami-scher Säkularismus?

Nahda wird immer wieder ein „doppelter Diskurs“ vorgeworfen: Öffentliches gemäßigtes Auftreten, Radikalität nach innen. Die Dokumente des Parteitages sind allerdings schriftlich fixierte Grundsätze, mit denen radikale Strömungen innerhalb der Nahda dauerhaft ein Problem haben dürften und die ei-

nen „doppelten Diskurs“ erschweren würden. Seit dem Parteitag lehnte Nahda den Begriff „politischer Islam“ (= „Islamismus“) ab, da dieser zu negativ konnotiert sei. Von nun an solle Nahda eine „demokratische, politische Partei mit islamischer Referenz und nationalem Bezugsrahmen“ sein.⁶ In einem Gastbeitrag in der Welt nannte Ghannouchi gar die CDU als ein Vorbild für den künftigen Weg seiner Partei. Zuvor hatte er noch von Tunesien als nicht-säkularem Staat gesprochen, doch nach dem Parteitag äußerte er sich deutlich versöhnlicher bis zustimmend zu einem säkularen Tunesien. Die beste politische Alternative zu den Verlockungen dschihadistischer Terrorgruppen sei „eine funktionierende Demokratie, in der die Teilhabe der Bürger nicht von Geschlecht, Alter oder Religion abhängt“.⁷

Bei der Parlamentswahl am 26. Oktober 2014 wurde Nahda abgewählt und lag mit 28 % hinter der links-säkularen Nidaa Tounes (38 %). Nach drei Monaten Verhandlungen stellte im Januar 2015 eine Koalition, geführt von Nidaa Tounes mit den Juniorpartnern Nahda und zwei säkularen Parteien die Regierung.

Die politischen Salafisten Tunesiens

Mit dem Ende des ben-Ali-Regimes wurden zahlreiche politische und dschihadistische Salafisten aus den Gefängnissen entlassen oder kehrten aus dem Exil nach Tunesien zurück. Die unterschiedlichen Strömungen organisieren sich in verschiedenen Organisationen, bei denen die Grenzen zwischen den Strömungen aber fließend sind. 100 bis 500 Moscheen sind derzeit unter der Kontrolle radikaler Prediger. Eine politisch-salafistische Partei ist die Reformfront (Dschabhat al-Islah), die sich am

29. März 2012 offiziell gründete. Sie strebt die Schaffung eines Gottesstaates an, ist aber national ausgerichtet.⁸ Bei ihrer Gründungsveranstaltung war auch der Parteichef der Nahda, Rachid Ghannouchi, anwesend, was Kritiker dazu veranlasste, ihm mangelnde Distanzierung von salafistischen Extremisten vorzuwerfen.⁹ Die Legalisierung der Salafistenpartei könnte jedoch auch dem Kalkül entsprechen, den politischen Salafismus in eine parlamentarisch-demokratische Struktur einzufügen und den dschihadistischen Salafismus zu schwächen.

Dschihadistische Salafisten in Tunesien

Politische und dschihadistische Salafisten jeglicher Couleur versuchen seit dem Sturz von ben Ali die Schwächung des Staates für eigene Vorteile und Übergriffe zu nutzen. Als größte organisierte Gruppe, die Personen aus dem politischen und dschihadistischen Salafismus miteinander vereinte, galt bis zum Verbot im August 2013 Ansar al-Scharia (Helfer der Scharia), wobei deren Islamverständnis mit dem traditioneller Muslime oder der Nahda-Partei kaum etwas gemeinsam hat. Bei Großveranstaltungen solidarisierte sie sich offen mit al-Qaida.¹⁰

Im September 2012 stürmten Salafisten als Reaktion auf einen Moham-

Dschihadistische Salafisten zielen mit Gewaltaktionen auf eine weitere **SCHWÄCHUNG des Staates ab.**

med-Schmähfilm die amerikanische Botschaft und eine amerikanische Schule in Tunis, wobei drei Menschen starben.¹¹ Höhepunkte dschihadistischer Gewalt waren die Ermordung der linken Politiker Chokri Belaid und Mohamed Brahmi 2013, der Anschlag auf das Nationalmuseum in Tunis am 18. März 2015 mit 24 Toten und die Ermordung von 38 Touristen in Sousse durch einen IS-Sympathisanten am 26. Juni 2015.¹²

INFORMATION:

gemäßigt-islamistisch:
Nahda (Muslimbruderschaft)

politisch-salafistisch:
Reformfront

dschihadistisch-salafistisch:
bis 2013 Ansar al-Scharia, al-Qaida, ferner IS

Trotz Untergrundaktivitäten und erfolgreicher Anwerbung tunesischer Kämpfer durch den IS ist nach wie vor al-Qaida die dominierende dschihadistische Kraft in Tunesien, was sich ändern könnte, wenn der IS im Nahen Osten besiegt wird und tunesische IS-Kämpfer zurückkehren, die beim IS mehrere Tausend stellen. Militärschlägen zum Trotz ist die al-Qaida-Zelle Katibat Uqba ibn Nafi vor allem in der Region Kasserine an der Grenze zu Algerien aktiv.¹³

Ägypten

Die ägyptische Muslimbruderschaft

Nach dem Sturz von Mubarak am 11. Februar 2011 wurde die Freiheits- und Gerechtigkeitspartei (FGP) als politischer Ableger der Muslimbruderschaft (MB) gegründet. In ihrem Wahlprogramm von 2011 spiegelt sich wie bei Nahda das Rin-

gen unterschiedlicher Flügel wider, von denen manche demokratisch und konservativ ausgerichtet sind, andere wieder mehr mit politischen Salafisten gemeinsam haben. Die MB forderte einen demokratischen „zivilen Islamischen Staat“, jedoch in klarer Abgrenzung zu einer Diktatur wahhabitischer Prägung. Als Referenzrahmen sollten die „Prinzipien der Scharia“ (Anm.: nicht gleichbedeutend mit Scharia-Strafrecht) dienen, Christen und Muslime aber rechtlich gleichgestellt werden, klassisch-islamische Gesetzgebungen wie die Kopfsteuer für Nichtmuslime oder Körperstrafen sollten nicht zur Anwendung kommen.

Israel wurde in dem Programm nur als „zionistische Entität“ oder „zionistischer Feind“ bezeichnet und diente damit der MB weiterhin als zentrales Feindbild, was bei säkularen Gruppierungen jedoch nicht zwangsläufig weniger ausgeprägt ist.¹⁴ Um den Westen und die christlichen Ägypter wiederum zu beschwichtigen, wurden christliche Persönlichkeiten wie der koptische Intellektuelle Rafiq Habib als stellvertretender Parteivorsitzender eingebunden.¹⁵ Andererseits traf sich Mursi mit radikal-sunnitischen Scheichs, die ihrerseits

Präsident Mursi wollte einen parlamentarischen Staat mit ISLAMISCHEN Referenzrahmen errichten.

eine antischiitische Rhetorik verwendeten, und bezeichnete den Kampf in Syrien als Kampf der Konfessionen.¹⁶

Bei den Parlamentswahlen vom 28. November 2011 bis zum 29. Januar 2012 wurde die FGP mit 47 % stärkste Kraft, gefolgt von der salafistischen Nour mit 24 %. Am 24. Juni 2012 wurde

Muhammad Mursi erster und bisher einzig frei gewählter Präsident Ägyptens. Zusammen hatten die beiden „islamistischen“ Parteien über 70 % der Sitze gewonnen. Zunehmend wurde es für die MB schwierig, die unterschiedlichen Flügel zufriedenzustellen.

Politische Salafisten in Ägypten

Neben der FGP konstituierte sich die politisch-salafistische Nour-Partei (Partei des Lichts) in Ägypten, welche maßgeblich aus Saudi Arabien unterstützt wird. Während der Herrschaft der FGP unter Muhammad Mursi war das Verhältnis beider „islamistischer“ Parteien sowohl von Zusammenarbeit als auch von heftigen Konkurrenzkämpfen geprägt. Im Gegensatz zur MB zielt Nour auf die Schaffung einer wahhabitischen Diktatur. Als das Militär am 3. Juli 2013 die Regierung absetzte, verbündete sie sich mit dem ebenfalls aus Saudi Arabien unterstützten General Sisi. Im Gegenzug wurde die Partei von Maßnahmen des Militärs verschont.¹⁷

Dschihadistische Salafisten in Ägypten

Prominenteste Gruppe dieser Form des „Islamismus“ war das Dschihadistenbündnis Ansar Bayt al-Maqdis (BaM, Helfer Jerusalems). Während alte Dschihadisten wie z. B. die Gruppe Gama'a Islamiya der Gewalt abgeschworen hatten und im Rahmen des neuen ägyptischen Parlamentarismus im Bündnis mit Nour agieren wollten, war es fraglich, wie Dschihadisten diese neue Situation überhaupt nutzen könnten. Vor allem der Sturz von Präsident Mursi am 3. Juli 2013 stellte hier einen Wendepunkt dar. Seit dem Putsch haben sich die Aktionen militanter Dschihadisten im Sinai vervielfacht und wurden pro-

fessioneller. General Sisi setzte auf eine brachiale Politik mit Militärschlägen gegen Militante auf dem Sinai, ohne Vermittlungsinitiativen bei der lokalen Bevölkerung. Seit dem 10. November 2014 gehört BaM zum IS und nennt sich Provinz Sinai.¹⁸

INFORMATION:

gemäßigt- bis radikal-„islamistisch“:
Muslimbruderschaft (bis 2013)

politisch-salafistisch: Nour

dschihadistisch-salafistisch:
Provinz Sinai (IS), ferner al-Qaida

Syrien

Wie in den anderen arabischen Staaten begann der Arabische Frühling in Syrien ohne „islamistische“ Forderungen. Die Gründung der Freien Syrischen Armee (FSA) am 29. Juli 2011 erfolgte unter Betonung einer zivilstaatlichen, alle Religionen und Konfessionen umfassenden Ausrichtung.¹⁹

Radikalisierung, Schwächung der FSA und Stärkung salafistischer Milizen

Zwischen Mai 2011 und Mitte 2012 ließ das Assad-Regime die radikalsten und militärisch erfahrensten gewaltbereiten Salafisten frei. Diese begannen umgehend mit der Gründung radikal-salafistischer Milizen (z. B. Ahrar al-Scham und Dschaisch al-Islam). Radikale Salafisten konnten jetzt Netzwerke nutzen, die das syrische Regime seit 2003 selbst aufgebaut hatte, um mithilfe der Einschleusung von Dschihadisten in den Irak die amerikanische Besatzungsmacht zu schwächen. Diese verfügten über Kampferfahrung gegen russische und amerikanische Truppen, die sie vor

allem seit dem Kampf um Aleppo ab Juli 2012 einbringen konnten. Mit dieser dschihadistischen „Unterstützung“ machte sich deren Ideologie zur Schaffung einer salafistischen Religionsdiktatur breit.²⁰

Als Folge des Nichteingreifens der USA nach dem Giftgasangriff auf Damaszener Rebellenhochburgen am 21. August 2013 spalteten sich radikalisierte Militärfraktionen von der pro-amerikanischen FSA ab und vereinigten sich mit Ahrar al-Scham (dt. „Die Freien der Levante“) und Dschaisch al-Islam (dt. „Armee des Islam“) zur Islamischen Front, deren Ziel im Gegensatz zur FSA die Schaffung eines „islamischen Staates“ ist.²¹ Die syrische Muslimbruderschaft ist zwar im Syrischen Nationalrat vertreten, doch hat Qatar als MB-Unterstützer dem MB-Feind Saudi-Arabien in Sachen Unterstützung von Rebellen Gruppen das Feld überlassen, was wiederum auf die National-Salafisten der Islamischen Front setzt. Politik wird von syrischen „Islamisten“ de facto auf dem Schlachtfeld ausgetragen und nicht von politischen Parteien.²² Seit 2013 setzt das Regime zudem auf radikale schiitisch-irakische Dschihadisten und die libanesische Hisbollah, von denen sich ein großer Teil in einem bewaffneten Dschihad an der Seite Assads wähnt.²³

Die dschihadistischen Gruppen al-Qaida und IS in Syrien

Mitte 2013 begann die irakische al-Qaida (Islamischer Staat im Irak, ISI) mit der Verlegung von Truppen nach Syrien. In Syrien operierte seit Anfang 2012 Dschabhat al-Nusra (Unterstützungsfrente) als offizielle al-Qaida-Filiale. ISI-Chef al-Baghdadi befahl die Fusion von Nusra und ISI zum Islamischen Staat im Irak und in Syrien (ISIS), was Nusra ab-

lehnte. Daraufhin kam es zum Bruch zwischen ISIS und al-Qaida.

ISIS eroberte sein Gebiet vor allem von der FSA und kaum vom Regime. Alle anderen „islamistischen“ Gruppierungen stufte ISIS als „abtrünnig“ ein. Am 29. Juni 2014 machte die nun nur noch Islamischer Staat (IS) heißende Terrorgruppe das eigene politische Programm wahr, indem sie ein dschihadistisches „Kalifat“ ausrief, nachdem große Gebiete im Irak mithilfe der alten, eigentlich säkularen Baath-Armee (ehem. Armee von Saddam Hussein) überrannt werden konnten.²⁴ Nach der Abspaltung des IS von al-Qaida führte die geschwächte Nusra-Front (seit August 2016 ex-al-Qaida „Front zur Eroberung der Levante“) ihre geschickte Bündnispolitik mit den syrischen Rebellen weiter und arbeitet seither an der Transformation der syrischen Gesellschaft für die Errichtung einer salafistischen Diktatur. Während sie mancherorts als militäri-

Mitte 2014 TRENNT SICH ISIS mit der Ausrufung eines dschihadistischen „Kalifats“ von allen „abtrünnigen islamistischen“ Gruppierungen.

sche Unterstützung der FSA auftritt, bekämpft sie diese andernorts. Ein weiterer Schlag für die bereits geschwächten gemäßigten Rebellengruppen war die russische Militärintervention. Diese betraf seither kaum das Gebiet des IS, vielmehr aber die Einheiten der FSA.²⁵

INFORMATION:

anti Assad:
zivilstaatlich bis gemäßigt-
„islamistisch“: FSA (teils MB)
national-salafistisch: Islamische Front
global-dschihadistisch:
Front zur Eroberung der Levante
(ex-al-Qaida Nusra-Front) und IS

pro Assad:
schiitisch-„islamistische“ Hisbollah,
schiitische Dschihadisten aus dem Irak,
Jemen, Afghanistan, Iran, u. a.

Ausblick

Tunesien bleibt auch sechs Jahre nach dem Beginn des Arabischen Frühlings der Hoffnungsschimmer in der arabischen Welt. Trotz der strukturellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten gelingt der Transformationsprozess hin zu einer funktionierenden Demokratie zusehends. Es deutet sich an, dass sich Teile der Nahda von der alten Muslimbruderschaftsideologie emanzipieren und ein gemäßigt politisch-islamisches Gegengewicht zu den Radikalen bilden können, was zur Abspaltung radikalerer Teile führen könnte. Das Dschihadismusproblem wird sich nur durch eine massive Unterstützung im Bereich der Wirtschaft und der Infrastruktur, auch seitens der EU, verbessern lassen. Besonders wichtig in der Bewertung von Nahda von europäischer und deutscher Seite wird deren Verhältnis zum Existenzrecht Israels sein.

Weniger optimistisch ist die Lage dagegen in Ägypten. Derzeit scheint der dschihadistische IS von der Politik des Sisi-Regimes profitieren zu können und Militäraktionen gegen die Dschihadisten waren bisher erfolglos. Im Parlament gibt es keine parlamentarisch orientierte „islamistische“ Kraft als Gegengewicht

zu politisch-salafistischen oder dschihadistischen Strömungen. Einzig die politisch-salafistische Nour-Partei kann sich als Verbündeter des Sisi-Regimes (noch) behaupten. Das brutale Vorgehen gegen MB und Liberale gleichzeitig signalisiert, dass ein demokratisches Engagement in Ägypten nicht möglich ist.

Der Transformationsprozess des Arabischen Frühlings hat einzig in TUNESIEN eine Chance.

Der Krieg in Syrien hat zu einem Aufstieg radikal-salafistischer Milizen geführt, die ganz Syrien einer extremistisch-sunnitischen Diktatur unterwerfen wollen. Die MB wurde hierbei weitgehend an den Rand gedrängt, unterhält nur noch Einheiten in der FSA. Sollte die FSA besiegt werden, würde es kein zivilstaatlich orientiertes Gegengewicht zu den salafistischen Kampfgruppen mehr geben. Radikal-schiitische Dschihadisten auf Seiten des Assad-Regimes dürften die Polarisierung nur verschärfen und sunnitische Dschihadisten stärken. Assads Armee wird auch trotz der massiven Unterstützung Russlands, des Irans, schiitischer Milizen und der Hisbollah den Krieg in Syrien nicht gewinnen können. ///



/// FABIAN SCHMIDMEIER M. A.

ist Nahost- und Islamwissenschaftler, freier Journalist und Blogger (DerOrient.com) sowie Bundesvorsitzender von Café Abraham – Dialog, Zivilgesellschaft, Demokratie (cafeabraham.com), Erlangen.

Anmerkungen

¹ Vgl. Seidensticker, Tilman: Islamismus. Geschichte, Vordenker, Organisationen, München 2014, Pos. 84, 356 ff., E-Book-Kindle-Version.

² Dihstehoff, Julius / Lübben, Ivesa / Reichinnek, Heidi: HARAKAT AN-NAHDA (NAHDA)/TUNESIEN, <https://www.uni-marburg.de/cnms/politik/forschung/forschungsproj/islamismus/grundlagen/portraits/ennahda.pdf>

³ Welt Online: Hamas-Chef bei Kongress von tunesischer Ennahda-Partei gefeiert, <https://www.welt.de/newsticker/news2/article108275137/Hamas-Chef-bei-Kongress-von-tunesischer-Ennahda-Partei-gefeiert.html>, Stand: 29.11.2016.

⁴ Von Randow, Gero: Der Islam braucht Demokratie, Zeit Online: <http://www.zeit.de/2013/15/islam-demokratie-ghannouchi>, Stand: 29.11.2016.

⁵ Abd ar-Rahīm, Allām: Kayfa ālaḡa ad-dustūr at-tūnisī al-ḡadīd al-mas'ala ad-dīnīya as-siyāsīya?, in: Mominoun Without Borders, <http://www.mominoun.com/articles/كيفية-الغاء-الدستور-التونسي-الجدد-الاسلامية-السياسية-1492>, Stand: 29.11.2016; Übersetzung des Verfassers.

⁶ Lübben, Ivesa: Abschied vom politischen Islam?, Parteitag der tunesischen Ennahda, <http://de.qanara.de/inhalt/10-parteitag-der-tunesischen-ennahda-abschied-vom-politischen-islam>, Stand: 29.11.2016.

⁷ Al-Ghannouchi, Rachid: Islam und Demokratie vertragen sich durchaus, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article156094767/Islam-und-Demokratie-vertragen-sich-durchaus.html>, Stand: 29.11.2016.

⁸ Wolf, Anne: Tunisia: Signs of Domestic Radicalization Post-Revolution, in: CTC Centinel 6/1, Combatting Terrorism Center Westpoint, Westpoint 2013, S. 3 f.

⁹ Merone, Fabio / Cavatorta, Francesco: The Emergence of Salafism in Tunisia, <http://www.jadaliyya.com/pages/index/6934/the-emergence-of-salafism-in-tunisia>, Stand: 1.12.2016.

- ¹⁰ Muwākibat i'lāmīyat al-multaqā Anšār aš-Šarī'a bil-Qayrawān 20 māy 2012, in: jebhatishlah, https://youtu.be/u0fWCPX__go, Stand: 1.12.2016.
- ¹¹ Wolf: Tunisia, S. 2.
- ¹² Doering, Martina: IS-Anschlag in Sousse. Mindestens 38 Tote nach Terroranschlag in Tunesien, <http://www.berliner-zeitung.de/1559408>, Stand: 9.12.2016.
- ¹³ Zelin, Aaron Y.: New video message from al-Qā'idah in the Islamic Maghrib: Shade of the Sword Series: Lions of al-Qayrawān, <http://jihadology.net/2016/12/03/new-video-message-from-al-qaidah-in-the-islamic-maghrib-shade-of-the-sword-series-lions-of-al-qayrawan/>, Stand: 9.12.2016.
- ¹⁴ Election Program The Freedom an Justice Party. Parliamentary Elections 2011, in: Erlanger Zentrum für Islam und Recht in Europa, <https://www.ezire.fau.de/files/2016/04/fjp-election-program-2011-english.pdf>, S. 10 / 15.
- ¹⁵ Al-Anani, Khalil: Egypt's Freedom and Justice Party: to Be or Not to Be Independent, <http://carnegieendowment.org/sada/?fa=44324>, Stand: 10.12.2016.
- ¹⁶ McTighe, Kristen: The Salafi Nour Party in Egypt, <http://studies.aljazeera.net/en/reports/2014/03/20143261283362726.html>, Stand: 1.12.2016.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Watanabe, Lisa: Sinai Peninsula - from Buffer Zone to Battlefield, in: CSS Analyses 168/2015, hrsg. vom Security Policy Center for Security Studies, ETH Zürich 2015, S. 3, <http://www.css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/CSSAnalyse168-EN.pdf>, Stand: 15.12.2016
- ¹⁹ I'lān taškīl al-ğayš as-sūrī al-ħurr, in: Al-Muṭannā al-Aħmad, <https://youtu.be/SZcCbIPM37w>, Stand: 11.12.2016.
- ²⁰ Reuter, Christoph: Die schwarze Macht, in: Der Spiegel, 2015, Pos. 170 ff./209 ff./319 ff., Tolino-E-Book-Version.
- ²¹ BBC: Leading Syrian rebel groups form new Islamic Front, <http://www.bbc.com/news/world-middle-east-25053525>, Stand: 10.12.2016.
- ²² Becker, Petra: Die syrische Muslimbruderschaft bleibt ein wichtiger Akteur, in: Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Aktuell 52/2013, S. 1 ff., https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2013A52_bkp.pdf, Stand: 11.12.2016.
- ²³ Gerlach, Daniel: Was in Syrien geschieht – Essay, <http://www.bpb.de/apuz/221168/was-in-syrien-geschieht?p=all>, Stand: 11.12.2016.
- ²⁴ Reuter: Die schwarze Macht, Pos. 101 ff./31 ff./256 ff.
- ²⁵ Lister, Charles: The Free Syrian Army: A decentralized insurgent brand, Brookings Institution, Washington 2016, https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/11/iwr_20161123_free_syrian_army1.pdf, Stand: 15.12.2016.

/// Sechs Antworten auf aktuelle Fragen

DER KRIEG IN SYRIEN

MARTIN PABST /// Der Mitte 2011 ausgebrochene Krieg in Syrien hat das Land ruiniert, die Gesellschaft gespalten und ein „strategisches Patt“ hervorgebracht. Weder Regierung noch Rebellen mit ihren jeweiligen externen Unterstützern sind stark genug, den Kampf zu entscheiden. Kurdische Sonderinteressen und dschihadistische Expansionsbestrebungen tragen zur Komplexität der Konfliktlösung bei. Neue Fakten wurden 2015 mit der russischen Militärintervention auf Seiten der Regierung geschaffen, so hat sie im Dezember 2016 die Einnahme des lange umkämpften Ost-Aleppo ermöglicht. Doch eröffnet das russische Eingreifen auch die Chance für eine von einer Gruppe externer Mächte durchgesetzte Friedenslösung. Möglicherweise erleichtert der pragmatische Ansatz des künftigen US-Präsidenten Donald Trump eine Verständigung über Syrien. Der Friedens- und Wiederaufbauprozess wird freilich von zahlreichen Risiken begleitet sein.

Gemäß einer Schätzung des Sonderge-sandten der UNO und Arabischen Liga, Steffan de Mistura, wurden ca. 400.000 Menschen bis Frühjahr 2016 getötet.¹ Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs bilanziert 4,8 Mio. registrierte Flüchtlinge in den Nachbarländern sowie 6,5 Millionen Binnenvertriebene.² Jeder zweite Syrer ist somit entwurzelt. Die verbliebenen Bewohner werden nicht nur von Kriegshandlungen bedroht, sondern müssen auch in einer zunehmend brutalisierten und kriminalisierten Gesellschaft leben. Zahllose Kriegsverbrechen von Seiten der Regierungskräfte, Rebellengruppen und Dschihadisten führten zu einer zunehmenden Spaltung des Landes.

Staatliche Institutionen funktionieren in dem von der Regierung kontrollierten Territorium nur noch eingeschränkt; in den von den Rebellen beherrschten Gebieten konnten sie nur rudimentär aufgebaut werden. Die reale Wirtschaftsentwicklung betrug 2012 und 2013 jeweils ca. -25 % des BIP und auch 2016 wird sie noch im einstelligen

Der 2011 ausgebrochene Krieg hat Syrien mittlerweile **RUINIERT.**



Quelle: picture alliance / Ibrahim Ebu Lays / Anadolu

Fünf Jahre Krieg haben Syrien mittlerweile nahezu ruiniert. Dem Leid der Bevölkerung und der Zerstörung muss dringendst ein Ende gesetzt werden.

Minusbereich liegen. Der reale Wert der Exporte ist in den Jahren 2010-2015 um 80 % zurückgegangen.³ Große Teile der Infrastruktur sind zerfallen oder zerstört. Vor dem Krieg lag die Einschulungsquote bei fast 100 %; heute können geschätzte 4 Mio. Kinder keine Schule besuchen.⁴ Unzählige Kulturdenkmäler sind durch Kriegsereignisse beschädigt, von Räubern geplündert oder vom „Islamischen Staat“ (IS) gezielt zerstört worden.

Seit 2012 mischen sich externe Mächte zunehmend ein, denn Syrien ist ein geostrategisch bedeutendes Land, z. B. für geplante Erdgaspipelines aus dem Iran oder – in Konkurrenz dazu – Katar. Syrien bildet die Brücke zwischen dem Mittelmeer und dem Persischem Golf. Aufgrund seiner langjährigen pro-palästinensischen Ausrichtung, seiner Teilnahme an drei Nahostkriegen und

der seit 1967 israelisch besetzten Golanhöhen ist Syrien eine Partei im ungelösten Nahostkonflikt, Teilhaber am regionalen Kurdenkonflikt sowie Anrainer der seit 2003 eskalierenden bewaffneten Konflikte im Irak. Schließlich wird im syrischen Vorfeld der saudisch-iranische Machtkampf mit immer größerer Heftigkeit ausgetragen.

Interne Konfliktursachen oder externe Einmischung?

Zur Jahreswende 2010/11 wurden fast alle arabischen Staaten von Bürgerprotesten erfasst. Auch Syrien machte keine Ausnahme, wenngleich eine nennenswerte Protestbewegung erst Mitte März 2011 einsetzte. Das Narrativ der Regierung von Staatspräsident Bashar al-Assad lautet, dass in Syrien keine vergleichbare Unzufriedenheit wie in an-

deren arabischen Staaten herrscht und die Proteste hier durch eine konzertierte Verschwörung des Westens, der Türkei und der Golfstaaten angezettelt wurden. Ähnliche Thesen werden auch in Russland und im Iran vertreten. Hingegen sieht sich die Opposition als Teil der Arabien-weiten Protestbewegung gegen undemokratische und ungerechte Regime.

Zweifelsohne gab es westliche Bemühungen zugunsten eines Regimewechsels in Syrien, zumal das Land sich ab den 1980er-Jahren in die Einfluss-sphäre des Irans begeben hatte. US-Präsident George W. Bush hatte 2005 die „Freedom Agenda“ für den „Greater Middle East“ verkündet. Der von den USA „befreite“ Irak sollte zum Exempel der politischen und ökonomischen Transformation werden. Unbelehrbare antiwestliche Staaten sollten isoliert und unter Druck gesetzt werden. Das Spektrum der Maßnahmen reichte von Schulungen für zivilgesellschaftliche Oppo-

westlichen Staaten monatelang zurück und arbeiteten nicht auf einen Sturz Assads hin, den sie zudem für unwahrscheinlich hielten.

Die Regionalmächte Katar, Saudi-Arabien und Türkei strebten größeren politischen und ökonomischen Einfluss in Syrien an und sympathisierten mit der überwiegend sunnitischen Opposition. Doch versuchten sie noch bis zur Jahresmitte 2011, Staatspräsident Assad zu einem Ausgleich zu bewegen. Erst nach dem Scheitern dieser Bemühungen schlugen sie sich auf die Seite der Opposition und betrieben deren Bewaffnung. Gerade der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan hatte sich vergeblich bemüht, seinen „Freund“ Assad zur Einbindung der Opposition, in Sonderheit der Muslimbruderschaft, zu bewegen. Vom Scheitern seiner Bemühungen persönlich tief gekränkt, erklärte er ab der Jahresmitte 2011 den Sturz von Assad zur Priorität türkischer Außenpolitik und stellte dem oppositionellen „Syrischen Nationalrat“ und der sich bildenden „Freien Syrischen Armee“ die Türkei als externe Basis zur Verfügung. Die Türkei nahm massiv Einfluss auf diese Institutionen, was für deren Akzeptanz im Land nicht gerade förderlich war.

Auch wenn die syrische Regierung möglicherweise zu Recht anführt, dass es bereits in den ersten Protestmonaten zu gezielten Tötungen von Sicherheitskräften kam und Tunnel für Waffenschmuggel entdeckt wurden – die Gewalt ging bis zur Jahresmitte ganz überwiegend von den Sicherheitskräften aus, die eine bewaffnete Konfrontation zu provozieren suchten. Auch bestanden in Syrien dieselben Konfliktursachen wie in anderen arabischen Staaten: ein autoritäres Regime, Machtwillkür von Sicherheitskräften und Geheimdiensten,

Es gab WESTLICHE Bemühungen zugunsten eines Regimewechsels in Syrien.

sitionelle bis hin zur Genehmigung verdeckter CIA-Operationen in Syrien und im Irak.⁵ Doch zwangen die Misserfolge im Irak bereits US-Präsident Bush in seinen letzten Amtsjahren zu einer Kurskorrektur. Unter seinem Nachfolger Barack Obama wurde die Transformationsagenda noch kleiner geschrieben. Zunächst ab 2008 Frankreich, später auch die USA und andere westliche Staaten gingen auf die syrische Regierung zu. Nach dem unerwarteten Ausbruch von Protesten hielten sich die

Armut und Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung sowie Arbeits- und Perspektivlosigkeit junger Syrer (2010 stellten die 15-29-Jährigen die Hälfte der Bevölkerung).

Ethnisch-religiöser Konflikt oder Konflikt um Macht und Ressourcen?

Häufig werden unvereinbare Gegensätze zwischen Religionsgruppen (Sunniten vs. Alawiten / Drusen / Schiiten / Christen) bzw. Ethnien (Araber vs. Kurden) als Ursache des Konflikts in Syrien bezeichnet. Doch lehrt gerade die syrische Geschichte, dass die Religionen, Konfessionen und Ethnien über viele Jahrhunderte friedlich zusammenlebten. So wurde Aleppo im 17. und 18. Jahrhundert gemeinsam von muslimischen und christlichen Stadtoberen verwaltet.⁶ Die Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit bildet einen wichtigen Bestandteil der sozialen Identität, doch gab sie jahrhundertlang kaum Anlass für politische Spannungen zwischen den Gruppen.

Zentrale Konfliktursache ist vielmehr, dass das System Assad Macht und Ressourcen gruppenbezogen ungleich verteilt. 1970 putschte sich der Luftwaffengeneral Hafiz al Assad an die Macht. Zur Stabilisierung seiner Macht vergab er Schlüsselpositionen in Militär, Sicherheitsdiensten und Wirtschaft an loyale Angehörige seiner eigenen alawitischen Religionsgruppe. Da diese nur etwa 12 % der Bevölkerung stellt, kooptierte er weitere Minderheitsgruppen (Christen, Drusen, Schiiten), außerdem Vertreter der sunnitischen Mittel- und Oberschicht. Damit konnte er mit dem Rückhalt von etwa einem Drittel der Bevölkerung rechnen. Das Assad-System politisierte also die Religions- bzw. Konfessionszugehörigkeit. Die Minderheiten wurden von der Re-

gierung vereinnahmt und privilegiert, große Teile der sunnitischen Mehrheit (rund 74 % der Bevölkerung) hingegen tendenziell benachteiligt.

Aufgrund einer starken Bevölkerungsvermehrung, rückläufiger Ölexporte, einer nur der städtischen Mittel- und Oberschicht zugute kommenden Wirtschaftsliberalisierung sowie extrem harter Dürreperioden (2006-11) verschlechterte sich ab etwa 2000 die Lage vieler einfacher Syrer. Besonders betroffen war die überwiegend sunnitische Bevölkerung im vernachlässigten ländlichen Raum. Sie wurde zur bestimmenden, freilich nicht alleinigen Kraft der 2011 einsetzenden Protestbewegung.

Die politische und ökonomische Privilegierung bzw. Benachteiligung bestimmter Gruppen fachte die Proteste an, nicht religiöser bzw. konfessioneller Hass. Oppositionelle Syrer beschworen 2011 die Einheit des syrischen Volkes im Kampf gegen eine ungerechte Regierung. Doch rasch wurden auf beiden

Eine Konfliktursache ist die politische und ökonomische PRIVILEGIERUNG bestimmter Minderheitsgruppen durch das Assad-Regime.

Seiten religiöse bzw. konfessionelle Ressentiments mobilisiert. Die Assad-Regierung stellte die Oppositionellen als blutrünstige sunnitische Dschihadisten dar und suchte damit, den Minderheiten Angst einzujagen. Auch im Oppositionslager machten bald Anführer Stimmung, indem sie religiöse bzw. konfessionelle Gruppen summarisch als Kollaborateure und Ketzer anprangerten. Immer häufiger ertönten nun auf De-

monstrationen Slogans wie „Christen in den Libanon, Alawiten in den Sarg!“.

Das probate Instrument religiöser / konfessioneller / ethnischer Hasspropaganda hatte bereits im Irak die Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen vergiftet. Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen der einen oder anderen Partei lösten eine Eigendynamik aus. Das Narrativ angeblich unlösbarer religiöser bzw. konfessioneller Gegensätze verfestigte sich. In der Auseinandersetzung zwischen arabischen und kurdischen Syrern wurden Anhänger mit entsprechenden ethnischen Ressentiments mobilisiert. Zentrale Konfliktursache ist freilich die ungerechte Verteilung von Macht und Ressourcen. Wenn dieses System abgeschafft und damit die Zugehörigkeit zu einer Religions- bzw. Konfessionsgruppe wieder entpolitisiert ist, werden einem Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen.

Warum erfolgte keine humanitäre Intervention des Westens?

Waren die USA und ihre Verbündeten zunächst bereit, der syrischen Regierung eine Chance zu geben, so schwenkten sie zur Jahresmitte 2011 um. US-Präsident Barack Obama erklärte am 18. August 2011, dass Präsident Assad seine Legitimation verspielt habe, und forderte ihn zum Rücktritt auf. Nach mehreren, der Assad-Regierung angelasteten Kriegsverbrechen an Zivilisten wie z. B. dem Massaker von Houla mit 102 Toten vom 25./26. Mai 2012, verstärkte sich im Westen der Druck aus Politik und Zivilgesellschaft, zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung militärisch einzugreifen oder gar die Assad-Regierung zu stürzen. Auch der oppositionelle Syri-

Der Westen ZÖGERTE auf Grund schlechter Erfahrungen in Libyen, in den Syrienkonflikt militärisch einzugreifen.

sche Nationalrat und die Regionalmächte Katar, Saudi-Arabien und die Türkei drängten Washington zum Eingreifen. Die von westlichen Staaten angeführte internationale Militärintervention in Libyen weckte erhebliche Erwartungen bei der Opposition und ihren Unterstützern. Man setzte auf einen raschen Sturz von Assad mit Hilfe des Westens und forderte international garantierte Schutz- oder Flugverbotszonen, die gewaltsame Durchsetzung eines Waffenembargos oder gar direkte militärische Unterstützung von Rebellen.

Baschar al-Assad und seine Verbündeten Iran und Russland erkannten diese Bedrohung. Sie nutzten die länger als erwartet andauernde Libyen-Intervention (März-Oktober 2011) zur gezielten Aufrüstung der Regierungskräfte. Im VN-Sicherheitsrat blockierte Russland zusammen mit China jeden Resolutionsentwurf, der den Einsatz von Gewalt mit Bezug auf die Schutzverantwortung legitimiert hätte. Ein „zweites Libyen“ sollte unter allen Umständen vermieden werden. Moskau und Peking nahmen den westlichen Staaten besonders übel, das auf den Schutz von Zivilisten begrenzte humanitäre UN-Mandat für „regime change“ in Libyen missbraucht zu haben.

Freilich war die Bereitschaft der USA, in den komplexen syrischen Krieg

einzugreifen, noch dazu ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats, von Anfang an begrenzt. Die Erfahrungen aus dem nicht von Washington, sondern vor allem von London und Paris betriebenen Libyen-Einsatz bestärkten sie in dieser Haltung. Nach dem Sturz Gaddafis war es nicht zu einer kontrollierten Machtübertragung gekommen, sondern zu Chaos, Staatszerfall und Radikalisierung. Vor allem das Pentagon war gegenüber einem militärischen Vorgehen in Syrien skeptisch. So schätzte man 2012, dass für eine Beschlagnehmung der syrischen Chemiewaffen bis zu 75.000 US-Soldaten notwendig sein würden.⁷ Auch beschränkte Maßnahmen wie die Etablierung von Schutz- oder Flugverbotszonen könnten die USA in einen weiteren langwierigen Krieg mit unübersichtlicher, multipolarer Konfliktkonstellation hineinziehen.

In punkto Massenvernichtungswaffen wagte es US-Präsident Barack Obama freilich, eine „rote Linie“ zu ziehen. Am 21. August 2012 kündigte er für den Fall, dass die syrische Regierung Massenvernichtungswaffen einsetzen würde, US-Militärschläge an. Am 21. August 2013 wurden in der Tat in Ghouta bei Damaskus hunderte, vielleicht sogar mehr als tausend Menschen durch chemische Waffen getötet. Die USA und ihre westlichen Verbündeten sowie Katar, Saudi-Arabien und die Türkei machten die Assad-Regierung dafür verantwortlich. Daraufhin begannen die Vorbereitungen für einen konzertierten Militärschlag, der aber eng begrenzt sein und keine Landstreitkräfte beinhalten sollte. Mangels parlamentarischer Unterstützung erklärte die britische Regierung von David Cameron jedoch, an der Militäraktion nicht teilzunehmen. Daraufhin suchte US-Präsident Barack Ob-

ama die Zustimmung des Kongresses. Als sich auch hier Widerstand gegen die unpopuläre Verwicklung in einen weiteren arabischen Krieg abzeichnete, verzichtete er schließlich auf die Luftschläge und schloss sich dem russischen Vorschlag an, die syrischen Chemiewaffen unter internationaler Aufsicht zu vernichten. Dem stimmte auch die Assad-Regierung zu.

Seit der am 30. September 2015 begonnenen russischen Militärintervention und der nachfolgenden Stationierung moderner S300/S400-Luftabwehrsysteme ist eine gegen die Assad-Regierung

Fatal war der ÜBERGANG von der friedlichen Protestbewegung zur bewaffneten Rebellion.

gerichtete militärische Intervention der USA und anderer westlicher Staaten nicht mehr realistisch. Nur zur Bekämpfung des terroristischen „Islamischen Staats“ (IS) setzen die USA militärische Mittel ein. Seit September 2014 bekämpft eine US-geführte Koalition von über 60 Staaten den IS im Irak und in Syrien mit Luftschlägen und Spezialkräfte unterstützen verbündete einheimische Kräfte am Boden. Den Einsatz von US-Landstreitkräften schloss US-Präsident Obama auch in diesem Zusammenhang kategorisch aus. Letztlich waren die USA nur bereit, in Syrien militärisch einzugreifen, wenn die nationale Sicherheit direkt bedroht war. Die Verbreitung von Massenvernichtungs-

waffen und die Expansion von grenzübergreifendem Terrorismus erfüllte dieses Kriterium. Die Verhinderung von Kriegsverbrechen und die Unterstützung einer Demokratiebewegung zählten hingegen nicht zu den US-amerikanischen Kerninteressen. Im Fall von Syrien kam erschwerend hinzu, dass auch Rebellen Kriegsverbrechen begingen und undemokratische Ziele verfolgten.

Warum kam es zu einem Patt ohne Sieger?

Fatal war der Übergang von der friedlichen Protestbewegung zur bewaffneten Rebellion. Er gründete auf einer doppelten Fehleinschätzung von Teilen der Opposition und ihrer regionalen Unterstützer (Katar, Saudi-Arabien, Türkei). Sie gingen davon aus, dass sich Assad nicht lange halten werde, und setzten darauf, dass die USA und andere westliche Staaten den Rebellen gegebenenfalls zu Hilfe kommen würden. Doch der Übergang zum bewaffneten Widerstand war ein strategischer Fehler. Etwa ein Drittel der Syrer stand hinter Präsident Assad. Darüber hinaus konnte dieser davon ausgehen, dass eine unentschiedene Mittelgruppe ihm zwar kritisch gegenüberstand, sich aber auch nicht auf die Seite der unbekanntenen Oppositionsgruppen, die sie nicht kannte oder sogar fürchtete, schlagen würde. Auch konnte Assad eine einheitlich ausgebildete, unter einem zentralen Kommando stehende Armee gegen dezentral neu aufgestellte Rebellengruppen ins Feld führen, die sich mit zunehmendem Kriegsverlauf weiter zersplitterten. Zudem verlor die Opposition mit dem Übergang zum bewaffneten Kampf ihre „demokratische Unschuld“. Sie wurde zur Kriegspartei, und manche Rebellengruppen griffen bald zu

den gleichen brutalen Mitteln wie von Anfang an die Regierung.

Außerdem wurden die Rebellen durch das Erstarken dschihadistischer Gruppen marginalisiert und diskreditiert. Assad förderte diese Entwicklung, indem er im Mai 2011 bekannte Radikalislamisten wie Zahran Alloush (2013 Mitgründer der Jaish al-Islam) und Hassan Abboud (2011 Gründer der Ahrar al-Scham) freiließ, mit dschihadistischen Gruppierungen Geschäfte machte und diese lange Zeit kaum attackierte, da man in den gemäßigten Rebellen einen gemeinsamen Feind hatte. Autoren wie Christoph Reuter bringen zahlreiche Belege für eine Komplizenschaft zwischen der Assad-Regierung und Dschihadisten.⁸ Doch sollte man die These einer Manipulation oder gar Erfindung dschihadistischer Gruppen durch die Assad-Regierung nicht zu weit treiben.

Sami Moubayed zeigt auf, dass gewaltbereite radikalislamistische Strömungen gerade in Syrien verwurzelt sind und bis in die 1950er-Jahre zurückreichen.⁹ Ab den 1980er-Jahren fanden syrische Radikalislamisten bei der Al-Qaida Zuflucht, erreichten dort einflussreiche Positionen, z. B. Abu Mussab al-Souri, und sammelten in Afghanistan und im Irak Kampferfahrung. 2011 standen sie Gewehr bei Fuß, als in Syrien Proteste ausbrachen. Überhaupt bot die gemeinsame Grenze mit dem Irak eine Eintrittspforte für Dschihadisten, die hier sowohl einen Rückzugs- wie einen Expansionsraum fanden. Sowohl die Jabat al-Nusra (heute Jabat Fatah al-Scham) wie der IS sickerten von dort ein. Schließlich gab es weitere Akteure, die Radikalislamisten und Dschihadisten, zumindest fallweise, ungeniert förderten: Katar, Saudi-Arabien und die

Türkei. In noch stärkerem Maß erfolgte eine Unterstützung durch private, Internet-basierte Spendennetzwerke. Der lange Zeit kaum überwachte und regulierte Finanzplatz Kuwait diente dabei als Drehscheibe.

Assad **INSTRUMENTALISIERTE** geschickt die Dschihadisten für sich.

Je länger der Krieg dauerte, desto stärker konnten sich die besser ausgerüsteten, ideologisch hochmotivierten und besonders rücksichtslos auftretenden Radikalisierungisten und Dschihadisten in den Vordergrund drängen. Assad musste nur abwarten, bis seine Prophezeiung „Wir oder die Dschihadisten“ im Westen akzeptiert wurde. Die Regierung konnte auch die komplexe Gemengelage Syriens zu ihrem Vorteil nutzen. Ein kluger Schachzug Assads war es, den im Norden beheimateten Kurden unter strenger Führung der Partei der Demokratischen Union (PYD), einem PKK-Ableger, im Juli 2012 eine de-facto-Autonomie zuzugestehen. Im Gegenzug sagte die PYD zu, die Rebellion nicht zu unterstützen. Armeeeinheiten konnten dadurch aus dem Norden abgezogen und an anderer Stelle gegen Rebellen eingesetzt werden.

Last but not least konnte die Regierung auf die langfristig ausgelegte, strategische Unterstützung des Iran bauen, denn in Syrien wird auch ein Stellvertreterkrieg ausgetragen. Saudi-Arabien will dort den iranischen Einfluss ausschal-

ten, der Teheran eine Machtprojektion bis zum Mittelmeer ermöglicht. Im Gegenzug ist der Iran entschlossen, seine Einflussosphäre zu verteidigen und keine saudisch dominierte sunnitische Regierung in Damaskus zuzulassen. Iran finanzierte mit Milliardenkrediten Syriens Kriegsanstrengungen, lieferte in großem Umfang Waffen, entsandte Militärberater, mobilisierte libanesischen, irakische und afghanische Hilfsmilizen und stellte mit den „National Defence Forces“ (NDF) eine iranisch ausgebildete und ausgerichtete Unterstützungsgruppe in Syrien auf – durchaus in Konkurrenz zur syrischen Armee.

Russlands Interessen in Syrien sind nicht so weitreichend, doch schirmte Staatspräsident Wladimir Putin den langjährigen Verbündeten im Sicherheitsrat ab, lieferte ebenfalls Waffen und entsandte im September 2015 schließlich seine Luftwaffe nach Syrien. Die militärische Unterstützung Assads durch den Iran und Russland war weitaus professioneller als die Unterstützung der Rebellen durch Katar, Saudi-Arabien und die Türkei. Letztere Staaten agierten häufig in Konkurrenz zueinander, wechselten kurzfristig die Partner, waren über das Einsatzland nur unzureichend informiert und hatten kaum Erfahrung bei der Förderung von Aufstandsbewegungen in anderen Ländern. Der Übergang zum bewaffneten Kampf verstärkte die politische Uneinigkeit der Opposition, legte den Fokus auf das Schlachtfeld und stärkte mit zunehmender Kriegsdauer die radikalislamistischen Kräfte. Von Anfang an hatten die Rebellen kaum eine Chance, die Regierung mit Gewalt zu stürzen – eine Einschätzung, die die im „Nationalen Koordinationskomitee für Demokratischen Wandel“ zusammengeschlossene althergebrachte Da-

maszener Opposition wie auch zahlreiche jugendliche Protestaktivisten von Anfang an vertreten hatten. Doch setzten sowohl der von Exilpolitikern dominierte Syrische Nationalrat wie auch die 2012 erweiterte „Nationale Koalition der syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte“ in Istanbul inklusive ihrer Unterstützer Katar, Saudi-Arabien und Türkei jahrelang ohne Erfolg auf eine militärische Lösung.

Nach fünf Jahren Krieg ist freilich auch die Assad-Regierung erheblich geschwächt. Weder die syrischen Kriegsparteien noch die regionalen Unterstützungsmächte sind stark genug, das „strategische Patt“¹⁰ zu durchbrechen.

Wer kann den Krieg beenden?

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin hat bislang nur ein begrenztes Dispositiv zum Einsatz gebracht. Er muss darauf achten, dass der Syrien-Einsatz zuhause populär bleibt und bezahlbar ist. Moskau ist nicht daran interessiert, Assad um jeden Preis an der Macht zu halten und bis zum „Endsieg“ zu kämpfen. Hierfür müsste Russland Landstreitkräfte einsetzen und sich möglicherweise auf einen sehr langen Krieg, mit dem Risiko zunehmender Guerilla- und Terroranschläge auf seine Kräfte, einstellen. Auch steht ein kostspieliger Wiederaufbau des Landes an, den Russland sicherlich nicht allein finanzieren möchte. Es hat denn auch bereits seine Fühler zur gemäßigten Opposition ausgestreckt. Moskau will mit seinem Engagement in Syrien einen gewaltsamen „regime change“ verhindern, früheren geopolitischen und ökonomischen Einfluss im Nahen/ Mittleren Osten wiederherstellen, den bestehenden Marinestützpunkt Tartus und den neuen Luftwaffenstützpunkt Latakia be-

haupten, die territoriale Integrität von Staaten grundsätzlich wahren sowie die Ausbreitung von Dschihadismus und Terrorismus möglichst im Vorfeld des eigenen Territoriums stoppen.

Letztere beiden Ziele werden auch von den USA verfolgt. Damit liegt eine Kooperation zwischen Washington und Moskau zur Konfliktlösung nahe. Sie würde auch dem russischen Bestreben entgegenkommen, von den USA als globaler Partner auf Augenhöhe akzeptiert zu werden. Mit vereinten Kräften könnten die USA und Russland das „strategische Patt“ durchbrechen und die syrischen Konfliktparteien und Regionalmächte zu einem Kompromissfrieden zwingen. Beide Mächte bringen beträchtliches Einflusspotenzial ein, das sich ergänzt. Die USA verfügen über langjährige enge Beziehungen zu Ägypten, Israel, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei, zur irakischen Regierung und zur kurdischen Regionalregierung im Nordirak, zur Nationalen Koalition der syrischen Revolutions-

Die militärische Unterstützung Assads durch den Iran und Russland war **PROFESSIONELLER** als die der Rebellen durch Katar, Saudi-Arabien und die Türkei.

und Oppositionskräfte in Istanbul und zur Freien Syrischen Armee, seit einiger Zeit auch zur syrisch-kurdischen PYD, mit der sie gegen den IS militärisch kooperieren. Russland pflegt gute Beziehungen zum Iran und zu Israel, es hat sich mit einer, infolge ihrer innenpolitischen Probleme in Syrien bescheidener gewordenen und nun auf die Verhinderung eines Kurdenstaats fokussierten

Türkei wieder versöhnt und arrangiert, wobei Erdogan in Syrien nun von Putins Wohlwollen abhängig ist. Darüber hinaus hat Russland seine politischen und militärischen Beziehungen zu Ägypten und zum Irak intensiviert. In Syrien pflegt Moskau enge Kontakte zur Assad-Regierung, zum säkularen Nationalen Koordinationskomitee für Demo-

Russland und die USA könnten GEMEINSAM die derzeitige Pattsituation auflösen.

kratischen Wandel in Damaskus, zum neugebildeten, säkular und föderal ausgerichteten Rat für ein Demokratisches Syrien in Al Malikiyah (Nordostsyrien) sowie zur syrisch-kurdischen PYD.

Bereits 2013 kam es in der Frage der Abrüstung der syrischen Chemiewaffen zu einer Kooperation zwischen den USA und Russland. Im Oktober 2015 initiierten beide Mächte die 20 Staaten umfassende International Syria Support Group (ISSG) und brachten im Februar 2016 einen ersten Waffenstillstand zustande, der zumindest vorübergehend beachtet wurde. Möglicherweise sind die Chancen für eine US-amerikanisch / russische Kooperation mit dem Wahlsieg von Donald Trump wieder größer geworden. Entsprechend hoch sind die Erwartungen in Moskau. Denn eine stärker ideologisch geprägte US-Präsidentin Hillary Clinton hätte möglicherweise versucht, den wachsenden Einfluss Russlands im Nahen / Mittleren Osten einzudämmen. Trump steht für ein unvoreingenommenes Zugehen auf Russland sowie für eine Begrenzung des weltweiten militärischen Engagements der USA. Seine Berater haben freilich höchst unterschiedliche Positionen ge-

genüber Russland, dem Iran und dem Syrienkonflikt, hier besteht ein großes Spannungspotenzial.

Zunächst ist Russland in Vorlage gegangen: Am 20. Dezember 2016 sprachen sich Russland, die Türkei und der Iran in Moskau für eine erneute Waffenruhe aus und boten sich als Garantmächte an. Die vom UN-Sicherheitsrat unterstützte Initiative soll nach dem Beginn der Waffenruhe (30.12.) in Friedensgespräche in Astana (Kasachstan) münden.

Inwieweit Russland die USA als Einflussmacht im Nahen / Mittleren Osten ablösen wird, ist noch offen. Moskau setzt auf Ägypten und den Iran als Eckpfeiler gegen den Dschihadismus. Es deutet sich eine von Ägypten über Syrien und den Irak bis in den Iran reichende russische Einflusszone an. Möglicherweise konzentrieren sich die USA unter Präsident Trump auf die Verbesserung der beschädigten Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten, bei Fortführung ausgewählter prioritärer Partnerschaften (Ägypten, Israel).

Wie sollte eine Nachkriegsordnung in Syrien aussehen?

Grundvoraussetzung für eine stabile Lösung wird zunächst ein Interessenausgleich zwischen den Regionalmächten sein. Danach wird es mit vereinter Unterstützung aller externer Parteien möglich werden, die syrischen Konfliktparteien auf eine Kompromisslösung zu verpflichten. Die territoriale Integrität des Landes sollte unbedingt erhalten bleiben, wie auch in der von USA und Russland gemeinsam initiierten Sicherheitsratsresolution 2254 vom 18. Dezember 2015 vorgesehen. Dass neue Staaten und neue Grenzen mehr Stabilität bringen, ist nicht nur im Nahen /

Mittleren Osten zu bezweifeln. Denn es gibt keine „natürlichen Grenzen“. Eine Aufteilung Syriens würde eine Dynamik in Gang setzen, die die gesamte Region destabilisieren könnte. Hinzu kommt, dass Syrien, anders als etwa der Irak, eine historisch gewachsene Identität besitzt und auch ein modernes, gruppenübergreifendes Nationalbewusstsein entwickelt hat. Die russische Militärintervention hat die Position von Staatschef Assad wieder gestärkt. Dies mag man angesichts zahlloser Kriegsverbrechen der Regierung bedauern, doch hätte deren Niederlage möglicherweise den Zerfall des Landes und seiner Institutionen mit unabsehbaren Folgen ausgelöst.

Andererseits ist Assad von seinem erklärten Ziel, den Status quo ante wiederherzustellen, auch nach der Eroberung von Ost-Aleppo weit entfernt. Er musste sich in politische, ökonomische und militärische Abhängigkeit vom Iran und von Russland begeben, seine Armee ist personell ausgedünnt und kriegsmüde. Im Nordwesten und Südwesten kontrollieren Rebellen, im Norden Kurden, im Osten der IS bedeutende Gebiete. Auch wenn externe und innersyrische Akteure darauf pochen, dass Assad zumindest übergangsweise als Rückversicherung für ihre Interessen im Amt bleibt, so ist, wie in Resolution 2254 vorgesehen, als Gegengewicht eine Inte-

rimsregierung mit exekutiven Befugnissen zu bilden, in der alle relevanten, kompromisswilligen Akteure vertreten sind. Darüber hinaus muss eine Dezentralisierung der Macht auf die regionale und lokale Ebene erfolgen, um den autoritären Zentralismus abzulösen und eine Reorganisation Syriens von unten zu ermöglichen. Hierbei kann die Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle spielen.

Natürlich wird der Friedensprozess von zahlreichen Risiken begleitet sein. Der türkisch / kurdische Regionalkonflikt kann jederzeit eskalieren, die Abgrenzung zwischen „gemäßigt-islamistischen“, radikalislamistischen und dschihadistischen Gruppierungen bleibt vage, und der erbitterte regionale Machtkampf zwischen Saudi-Arabien und dem Iran dürfte anhalten. Eine Herausforderung wird sein, die künftig mit vereinten Kräften vom IS wiederzuerobernden Territorien im Norden und Osten zu verwalten. Denn Armee, NDF, oppositionelle Milizen und Kurden nebst ihren externen Unterstützern beginnen bereits, sich dort um Einfluss zu streiten. Möglicherweise bietet es sich an, die wiedereroberten Gebiete unter internationale Interimsverwaltung zu stellen. In anderen Landesteilen wird zumindest eine neutrale internationale Streitmacht zwischen den Konfliktparteien positioniert werden müssen, um ein Wiederaufflammen von Kämpfen zu verhindern. Wichtigste Zukunftsaufgabe wird es sein, eine politische Ordnung aufzubauen, die allen Syrern ein Leben in Freiheit, Würde und ökonomischer Sicherheit ermöglicht. Ein Wiederausbruch des Kriegs kann langfristig nur verhindert werden, wenn die Ursachen der Protestbewegung von 2011 beseitigt sind. ///

Der territoriale Bestand des Staates sowie die Dezentralisierung der Macht in Syrien sind Grundvoraussetzungen für eine STABILE Lösung.



/// DR. MARTIN PABST

ist Politikwissenschaftler, Büro Forschung & Politikberatung in München, und stv. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Landesverband Bayern.

Anmerkungen

¹ Al Jazeera: Syria death toll: UN envoy estimates 400,000 killed, 23.4.2016, <http://www.aljazeera.com/news/2016/04/staffan-de-mistura-400000-killed-syria-civil-war-160423055735629.html>, Stand: 19.11.2016.

² Hinzu kommen Syrer, die in entferntere Drittstaaten wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland geflohen sind, UNHCR: Syria Regional Refugee Response, 7.11.2016, <http://data.unhcr.org/syrianrefugees/regional.php>, Stand: 20.11.2016.

³ Holodny, Elena: Syria's civil war has destroyed its economy "for years to come", in: Business Insider, 9.6.2016, <http://www.businessinsider.de/syria-economy-destroyed-2016-6?r=US&IR=T>, Stand: 20.11.2016.

⁴ Ebd.

⁵ Hierzu Al Dailami, Said / Pabst, Martin: Der Arabische Umbruch – eine Zwischenbilanz. Interne Dynamik und externe Einmischung, Berichte & Studien 99, hrsg. von Hanns-Seidel-Stiftung, München 2014, S. 28-33.

⁶ Hierzu Schweizer, Gerhard: Syrien verstehen. Geschichte, Gesellschaft und Religion, Stuttgart 2015, S. 41.

⁷ Sanger, David E. / Schmitt, Eric: Pentagon Says 75.000 Troops Might Be Needed to Seize Syria Chemical Arms, in: New York Times, 15.11.2012, <http://www.nytimes.com/2012/11/16/world/middleeast/pentagon-sees-seizing-syria-chemical-arms-as-vast-task.html>, Stand: 20.11.2016.

⁸ Reuter, Christoph: Die Schwarze Macht. Der „Islamische Staat“ und die Strategie des Terrors, München, 5. Aufl., 2015.

⁹ Moubayed, Sami: Under the Black Flag. At the Frontier of the New Jihad, London / New York 2015, S. 42-85.

¹⁰ Lynch, Marc: Die Neuen Kriege in der arabischen Welt. Wie aus Aufständen Anarchie wurde, Hamburg 2016, S. 325.

/// Vergebliche Hoffnung auf Frieden

DIE IRAKISCHE MOSSUL-OFFENSIVE

WILFRIED BUCHTA /// Seit Oktober 2016 läuft eine Großoffensive zur Rückeroberung von Mossul, die letzte Großbastion des Islamischen Staats (IS) im Irak. Alles deutet auf lange, komplizierte und verlustreiche Kämpfe hin. Zwar dürfte der IS vermutlich am Ende Mossul verlieren, doch drohen die unaufhebbaren Interessengegensätze zwischen den verbündeten, aber latent verfeindeten IS-Gegner „am Tage danach“ in eine offene Konflikteskalation zu münden. Hoffnungen auf eine nachfolgende Stabilisierung des Irak sind daher trügerisch.

Die irakische Anti-IS-Allianz

Am 18. Oktober 2016 verkündete Iraks Ministerpräsident Haidar al-Abadi den Beginn der Mossul-Offensive. Die Anti-IS-Streitmacht besteht aus drei Komponenten: erstens aus Einheiten der regulären irakischen Armee und Sonder-Antiterrorereinheiten der Polizei der schiitisch dominierten Regierung in Bagdad, zweitens aus Bagdads Schiitenmilizen und drittens aus den im Norden und Osten gegen Mossul vorrückenden kurdischen Peshmerga-Kräften der Autonomieregion Irakisch-Kurdistan (KRG) in Erbil. Wichtig zu wissen: Zwar sind Bagdads schiitisch dominierte Regierung und die KRG militärisch derzeit Bündnispartner, abgesehen von der gemeinsamen Gegnerschaft zu ihrem Todfeind, dem IS, verbindet die Führungen in Bagdad und Erbil jedoch nur noch wenig. Denn die KRG, die seit Annahme der neuen irakischen Verfas-

sung im Oktober 2005 verbriefte weitreichende Autonomierechte, inklusive einer eigenen Armee (Peshmerga), Verfassung, Parlament und eigenem ausschließlich Kurdisch sprachigen Schul- und Universitätswesen hat, strebt immer vehementer die vollkommene Unabhängigkeit an. Insgesamt stellen die von Süden und Südwesten vorstoßenden Armee- und Polizeikräfte Bagdads

Ende Oktober 2016 begann die Anti-IS-Streitmacht mit der RÜCKERBERUNG der letzten IS-Großbastion Mossul.

mit 40.000 Mann den Löwenanteil der Kämpfer. Unterstützt wird deren Offensive durch sunnitische Stammeskämpfer und Einheiten der internationalen, von den USA angeführten Anti-IS-Koalition, insbesondere der im Irak auf



Quelle: Ahmed Jaiti / picture alliance / dpa

Eine Rückeroberung Mossuls und die Vertreibung des IS bedeuten nicht automatisch eine Befriedung der Region. Die Interessengegensätze der Anti-IS-Allianz sind zu groß.

4.500 Mann aufgestockten US-Militärberater.

Der Verlust der ehemaligen Zwei-Millionenstadt würde dem Prestige des IS, das er bei den Dschihadisten in Nahost wie auch bei seinen Sympathisanten in Europa genießt, schweren Schaden zufügen. Schließlich war es doch Mossul, in der Abu Bakr al-Baghdadi, der IS-Führer, im Juni 2014 sein Kalifat, das auf eigener Territorialbasis fußte, öffentlich ausgerufen hatte. Mossul steht als Symbol für den Aufstieg und die Umwandlung des IS von einer im Verborgenen wirkenden Untergrundorganisation zu einem lebens- und funktionsfähigen dschihadistischen Staatsprojekt, ein Projekt, das von Stund an als Staat gewordene Anti-These alle übrigen Staaten in Nahost existenziell bedroht und damit die von Europas Mandatsmäch-

ten ab 1918 geschaffene Ordnung künstlicher Nationalstaaten radikal negiert.

Scheinbar unaufhaltsam expandierte der IS-Staat in Syrien und Irak immer weiter, so dass er Mitte 2015 schon auf die halbe Größe von Deutschland angewachsen war. Danach allerdings musste er Rückschläge hinnehmen. Permanenten und harten Luftschlägen ausgesetzt, die die von den USA angeführte internationale Anti-IS-Allianz gegen ihn führte, wurde der IS allmählich schwächer. Die Luftschläge töteten zahlreiche Führungskader des IS, schnitten ihn von Versorgungswegen ab und zerstörten auch zahlreiche der vom IS zuvor eroberten Öl- und Gasanlagen, was den IS seiner wichtigsten Einnahmequellen beraubte. Sukzessive eroberten irakische Truppen und schiitische Milizen zudem

immer mehr strategisch wichtige Städte zurück, unter ihnen Ramadi, die Hauptstadt der Westprovinz Anbar (Dezember 2015) und schließlich Falludja (Juli 2016), die zweitwichtigste Stadt Anbars.

Die Rückeroberung von einigen Kleinstädten und Dörfern im Umland von Mossul aus der Hand des IS erzeugte bei vielen irakischen und kurdischen IS-Gegnern ungehemmte Siegesgewissheit. Davon ließen sich sogar einige westliche Mitglieder der Anti-IS-Allianz, die bei Konferenzen in Europa schon öffentlich von der totalen Vernichtung im ganzen Irak und Syrien träumten, anstecken. Erstmals seit 2003 breitete sich im Westen Hoffnung aus, dass der Irak nach der Vertreibung des IS wieder zu einem gemeinsamen Nationalstaat aller Iraker zusammenwachsen und seine tiefe konfessionell-ethnische Spaltung überwinden könnte. Fakt ist, dass der Irak spätestens seit dem Erstarken des IS im Sommer 2014 in drei Teilstaaten zerbrach, einen kurdischen (KRG), einen sunnitischen (IS-Kalifat) und einen Rumpfstaat „Schiastan“ mit Bagdad und den ölfreiechen Südprowinzen. Vieles spricht dafür, dass sich der erhoffte konstruktive Neustart nach der Mossul-Offensive als eine Chimäre erweisen dürfte, wofür ein historischer Abriss der Jahre seit 2003 reichlich Belege liefert.

Die US-Invasion und ihre fatalen Folgen

Unter dem Ansturm der überlegenen US-Streitkräfte zerfiel im April 2003 Saddam Husseins im Inneren morsch gewordene Baath-Diktatur wie ein Kartenhaus. Mit dem raschen Sieg hatte die US-Regierung von Georg W. Bush zwar den Krieg gewonnen, doch Frieden brachte sie dem Land nicht. Eher im Ge-

genteil: Die von Bush eingesetzte US-Zivilverwaltung unter Paul Bremer machte kolossale, nicht mehr revidierbare Fehler, an deren zerstörerischen Langzeitfolgen der Irak bis heute leidet und die ihn seither von einer Krise in die nächste taumeln ließen. Der größte war Bremers im Mai 2003 gefasster Beschluss, die Administration von Anhängern der Baath-Partei zu säubern

Die WIEDERHERSTELLUNG eines gemeinsamen Nationalstaates Irak scheint eher ungewiss.

und die Streitkräfte aufzulösen. Schlagartig raubte er damit der traditionellen Elite der arabischen Sunniten (20 % der Bevölkerung) die Kontrolle über alle Institutionen mit realer Macht. Als Ergebnis dessen zerbrach die fragile konfessionelle Machtbalance und es entstand ein Machtvakuum. Zahlreiche, anfänglich zur Kooperation mit der neuen Ordnung bereite Sunniten gingen zum bewaffneten, fast rein sunnitischen Aufstand über. Das Vakuum wurde primär durch zwei sich bekämpfende Kräfte gefüllt: Erstens durch die aus dem Exil heimgekehrten oder aus dem Untergrund aufgetauchten schiitischen Oppositionsparteien mit ihren bewaffneten Milizen und zweitens durch die aus dem Ausland eingesickerte sunnitische Dschihadisten-Organisation Al-Qaida im Irak (AQI), dem Vorläufer des IS.

Die von den USA organisierten und überwachten zwei freien Parlaments-

wahlen von 2005 brachten die über Jahrhunderte unterdrückten arabischen Schiiten, die Bevölkerungsmehrheit (ca. 60 %), auf demokratische Weise an die Regierung. Doch kaum hatten die früheren Oppositionsparteien der Schiiten, die Jahrzehnte im iranischen Exil verweilten und 2003 zurückgekehrt waren, die Regierung übernommen, verweigerten sie den Sunniten eine angemessene Beteiligung an der Macht. Getrieben von Angst und Misstrauen grenzten sie die Sunniten stattdessen konsequent politisch aus. Das verbreiterte den Nährboden für die nun immer erbitterter werdenden sunnitisch-schiitischen Konflikte in Staat und Gesellschaft. Und erst diese Konflikte ermöglichten es dem IS-Vorläufer AQI, 2006 durch einen Bombenanschlag auf das Schiitenheiligtum in Samara einen zweijährigen blutigen Bürgerkrieg auszulösen, der 140.000 Tote fordern sollte.

Zwar konnten die USA den AQI mit Hilfe von Truppenverstärkungen bis Ende 2008 zeitweise zurückdrängen und den schiitisch-sunnitischen Religionskrieg damit vorübergehend beenden. Allerdings verdankten sie das vor allem den von ihnen angeworbenen und besoldeten „Erweckungsräten“, vom IS abgefallene sunnitische Stammesmilizen. Verfrüht zogen die USA Ende 2011 ihre Truppen ab. Verfrüht deshalb, weil der Irak weder dauerhaft militärisch befriedet war, noch Strukturen einer funktionierenden Demokratie verankert waren. Noch am Tage des Abzugs des letzten US-Soldaten begann der schiitische Premierminister Nuri al-Maliki die Ausgrenzung der Sunniten zu forcieren. Kurz darauf hob er die Soldzahlungen an die sunnitischen „Erweckungsräte“ auf, zerschlug bis 2014 alle Protestbewegungen der Sunniten und warf ihre de-

mokratischen Politiker ins Gefängnis oder trieb sie ins Exil. Unbeabsichtigt trug Malikis Entmachtung der Sunniten zum Wiedererstarken des sunnitischen Dschihadismus bei. Erst dadurch wurden zahllose ausgegrenzte und wirtschaftlich benachteiligte Sunniten dem IS, dem Nachfolger von AQI, der nach 2011 seine Operationen weitgehend nach Syrien verlegt hatte und nun in den Irak zurückkehrte, in die Arme getrieben. Und erst dadurch, dass Millionen Sunniten den IS als Befreier vom Joch der Schiitenregierung in Bagdad begrüßten oder zumindest seine Herrschaft duldeten, wurde der Siegeszug des IS im Westen und Norden des Irak, der mit der Eroberung Mossuls begann und vor den Toren Bagdads endete, ermöglicht.

Die US-Invasion 2003 im Irak bereitete den NÄHRBODEN für die Entwicklung des IS.

Risse im Lager der Anti-IS-Allianz

Dass Bagdads Armee und Polizeikräfte die Offensive dominieren, ist kein Zufall, zumal deren Führer erpicht sind, die blamable Niederlage, die ihnen der IS im Juni 2014 zufügte, als 1.500 IS-Dschihadisten Mossul nahezu ohne Gegenwehr eroberten, wieder wett zu machen. 60.000 irakische Soldaten und Polizisten nahmen damals kampfflos Reißaus, ein Fiasko, das zur Auflösung eines Großteils der überwiegend schiitischen Armee des Irak führte und die

mangelnde Professionalität und Korruption ihres Offizierskorps, das fast gänzlich aus Parteigängern des früheren Ministerpräsidenten Maliki bestand, offenkundig machte. Politisch geschwächt durch das Mossul-Debakel musste Maliki sein Amt im August 2014 aufgeben. Sein Nachfolger wurde Haidar al-Abadi, ein farbloser schiitischer Parlamentsabgeordneter und langjähriger politischer Mitstreiter Malikis. Mit Hilfe von US-Militärberatern begann Abadi Anfang 2015 damit, die Armee zu reorganisieren. Die Rückeroberung Mossuls gilt als Lackmestest für Iraks Armee und Polizei, an dem sich ihre verbesserte Professionalität, Disziplin und Kampfstärke erst wird beweisen müssen. Und ob sie, sollte die Rückeroberung Mossuls glücken, dort wirklich die Autorität des irakischen Zentralstaates auch werden durchsetzen können, ist längst nicht ausgemacht.

Dem entgegen steht vor allem der größte Unsicherheitsfaktor in der Mossul-Offensive: die insgesamt auf mehr als 120.000 Mann geschätzten und in diverse Organisationen gegliederten schiitischen Milizen. Der Großteil dieser Schiitenmilizen ist Teil einer Dachorganisation, die erst im Juni 2014 unter dem Namen „Volksmobilisierungskräfte“ (haschd shaabi) ins Leben gerufen wurde, just zu jener Stunde, als sich die Bewohner der Hauptstadt Bagdad nach der partiellen Auflösung der Armee fast schutzlos dem IS ausgeliefert sahen. Angeleitet und befehligt werden die ca. 80.000 Mann starken schiitischen „Volksmobilisierungskräfte“ seither von Offizieren der Revolutionswächtergarden des Iran, also jenem externen Akteur, der das sicherheitspolitische Vakuum nach dem Truppenabzug der USA 2011 füllte und dem Irak damals in der

Stunde größter Not mit Waffenlieferungen und Militärberatern Hilfe leistete. Nur dank der schiitischen „Volksmobilisierungskräfte“ konnte die Angriffswelle des IS vor den Toren Bagdads zum Halten gebracht werden. Danach hatten sie entscheidenden Anteil an der Vertreibung des IS aus anderen sunnitischen Städten, in deren Verlauf es allerdings zu systematischen Übergriffen an der sunnitischen Zivilbevölkerung kam, die die Schiitenmilizen als von IS-Kollaborateuren durchsetzt wähten. Die Folgen waren fatal: Abertausende sunnitische Männer und Jugendlicher wanderten ohne Rechtsgrundlage ins Gefängnis, Hunderte verschwanden spurlos oder wurden extralegal hingerichtet. Dass Bagdads Regierungschef Haidar al-Abadi die Rechtsverstöße und Morde der Schiitenmilizen zwar verbal verurteilt, doch nicht unterbinden kann, zeigt, wie schwach seine Autorität selbst innerhalb der schiitischen Machtelite Bagdads ist.

Ohnehin kommt Abadi unter deren Mitgliedern wegen seiner pro-amerikanischen Haltung nur die Rolle eines Außenseiters zu. Denn anders als er, plädiert die Mehrheit der übrigen schiitisch-islamistischen Parteiführer, die seit 2005 die Regierungen in Bagdad dominieren, für eine enge und einseitige Anbindung an den Iran – traditionell die große Schutzmacht aller Schiiten des Nahen Ostens. Das hat Gründe: Die meisten Schiitenpolitiker verbrachten Jahrzehnte im Exil in Teheran, wo sie zu loyalen Parteigängern des Iran wurden und es auch nach dem Sturz Saddams 2003 und ihrer Rückkehr in den Irak blieben. Ihre unauflösliche Iran-Treue wiederum hat den Irak, zumal nach dem Abzug der US-Truppen 2011, der Amerikas Einfluss drastisch schrumpfen ließ,

zu einem halbabhängigen Klientelstaat des Iran werden lassen. Erst vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum bislang alle Bemühungen Abadis, politische, wirtschaftliche und administrative Reformen durchzusetzen, die Korruption zu bekämpfen und den Sunniten eine fai-

Der Irak hat sich durch die Annahme iranischer Hilfe gegen den IS in eine enge und einseitige ABHÄNGIGKEIT zu Teheran begeben.

re Teilhabe an der Macht zu offerieren, scheiterten. Seine innerschiitischen Gegner in Exekutive, Legislative und in den schiitischen Milizen, die das Gewaltmonopol der Regierung unterhöhlen, machten alle Schritte Abadis zunichte.

Immerhin konnte Abadi nach aufreibenden Verhandlungen die Führer der schiitischen Milizen vor der Offensive dazu überreden, die eigentliche Eroberung und Besetzung von Mossul primär der regulären Armee und Polizei zu überlassen. Stattdessen sollen sie sich darauf beschränken, die hinteren Frontabschnitte zu sichern, die Stadt abzuriegeln, den Strom der Flüchtlinge zu lenken und dem IS die Fluchtwege abzuschneiden. Ähnliche Abmachungen hat Abadi auch mit den kurdischen Peshmerga getroffen. Wie belastbar diese Vereinbarungen sind und ob sie genügen, die Sunniten Mossuls vor Gewalt und Willkür marodierender Schiitenmilizen zu schützen und dem zerstörerischen Eindruck der Mossul-Einwohner

entgegen zu treten, Mossuls Sunniten würden der Willkür und Rachsucht „fremder Besatzungsarmeen“ aus Schiiten oder Kurden ausgesetzt, lässt sich kaum vorhersagen. Sollte Abadi nach dem Fall Mossuls die kurdischen Peshmerga und die Schiitenmilizen nicht im Zaum halten können, wären seine Bemühungen, eine von den Sunniten akzeptierte, stabile zivile Ordnung zu errichten und Mossul politisch zu befrieden, zum Scheitern verurteilt. Leicht könnte dadurch ein militärischer Sieg über den IS in eine neue Runde des Konfessionskriegs zwischen Schiiten und Sunniten münden. Insbesondere Racheakte und Massaker von Schiitenmilizionären an vermeintlichen IS-Kollaborateuren könnten dem IS in die Hände arbeiten, ihm erneut Anhänger zutreiben und ihm erlauben, wie Phönix aus der Asche wieder aufzusteigen und erneut zur stärksten Kraft Nordiraks zu werden.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor bei der Mossul-Offensive ist die Türkei unter Präsident Erdogan. Auf Einladung der KRG (Kurdistan Regional Government) in Erbil hat Ankara nur wenige Kilometer nördlich von Mossul einen 400 Mann starken Militärstützpunkt aufgebaut, in dem türkische Offiziere kurdische Militärs ausbilden und in ihrem Kampf gegen den IS unterstützen. Mit den Kurden der KRG unter ihrem Präsidenten Massoud Barzani unterhält Erdogan gute Beziehungen. Ankara unterstützt Erbil nicht nur politisch im Dauerstreit mit Bagdad, sondern durch die Öffnung der Türkei für den Export kurdischen Öls auch wirtschaftlich. Hartnäckig pochte Erdogan darauf, dass türkische Einheiten an der Mossul-Offensive gegen den IS mitwirken sollen, was Bagdad wiederum entschieden

als Verletzung der irakischen Souveränität zurückwies und mit der Androhung militärischer Gegenmaßnahmen quittierte. Zusätzlich kompliziert wird die Lage dadurch, dass sich die Türkei auch als Schutzmacht der Sunniten des Irak versteht. Besonders eng kooperiert Ankara mit einer 4.000 Mann starken sunnitischen Stammesmiliz, genannt Ninawa-Armee, die nach der Vertreibung des IS zur bestimmenden politischen Kraft in Mossul werden will. Der starke Mann hinter der Ninawa-Armee ist Atheel al-Nudschaifi, der an der Spitze der Hadhba, einer säkular-nationalistisch orientierten Parteienallianz, Mossul von 2010 bis 2014 als Gouverneur regierte, aber dann vom IS vertrieben wurde.

Wiederholt verkündeten Erdogan und andere türkische Politiker anlässlich der Mossul-Offensive öffentlich,

Auch die TÜRKIE erhebt Herrschaftsansprüche auf die Region Mossul und will sich daher an der Offensive beteiligen.

dass sie die Herrschaftsansprüche der jungen Türkei über die Region Mossul und die dort sowie westlich davon in der Stadt Tall Afar lebenden turksprachigen Turkmenen, die Atatürk erst Mitte der 1920er-Jahre widerwillig aufgab, keineswegs vergessen haben. Klar ist: Ankara wird nichts unversucht lassen, bei einer Verteilung der politischen Beute nach dem Sieg über den IS den sunnitischen Arabern, aber auch den Turkmenen als Schutzmacht beizuspringen. Damit will die Türkei den Herrschaftsansprüchen der irakischen Schiiten und deren schiitischer Schutzmacht auf den sunnitischen Norden und Westen Iraks einen Riegel verschieben. Von entschei-

dender strategischer Bedeutung ist dabei der Streit um die Kontrolle über Tall Afar, weil von dort aus die Straßenverbindung zwischen Mossul und Raqqa beherrscht wird. Offenkundig haben sich die schiitischen Milizen vorgenommen, bis nach Tall Afar vorzudringen, vorgeblich, um fliehenden IS-Kämpfern den Fluchtweg nach Raqqa abzuschneiden.

Diese Versuche veranlassten bereits die Türkei zu der Warnung, dass bei zukünftigen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung in Tall Afar die türkische Armee ihrerseits eingreifen werde. Errängen die Schiitenmilizen die Herrschaft über Tall Afar, erhalte der Iran die Kontrolle über einen von der iranischen Grenze bis an das syrische Mittelmeer reichenden Landkorridor. Dieser Korridor ist wichtig. Hülfe er doch dem Iran, seinen Verbündeten, das syrische Assad-Regime, noch besser als zuvor mit Waffen, Öl und Hilfstruppen zu beliefern. Kurzum: Ankaras Versuch der Machtexpansion im Norden Iraks fügt sich ein in das Muster einer zunehmend aggressiveren und selbstbewußteren neo-osmanischen Regionalpolitik, die Erdogan sowohl im Irak als auch in Syrien, wo er das vom Iran gestützte Alawiten-Regime Bashar al-Assad stürzen will, verfolgt. Ankaras Ziel ist es, seinen eigenen regionalen Vormachtanspruch zu fördern und den seines Rivalen Iran in Grenzen zu halten.

Der IS in Mossul zwischen Vertreibung und Neugruppierung

Hatten noch zu Beginn der IS-Herrschaft viele Sunniten Mossuls mit ihm sympathisiert, ist die Unterstützerbasis des IS dort inzwischen massiv abgebrockelt. Von den ursprünglich 2 Mio. Einwohnern leben noch ca. 1,5 Mio. in der

Stadt. Die übrigen wurden entweder vertrieben oder flohen aus freien Stücken. Kriegsbedingt eingebrochene Einnahmen schwächten die ohnehin schon marode Infrastruktur und reduzierten die Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischer Hilfe. Selbst Soldzahlungen an die IS-Kämpfer gingen drastisch zurück, was deren Kampfmoral und Loyalität untergrub. Wie groß die Unzufriedenheit auch schon unter einigen IS-Kämpfern war, verdeutlichte die Tatsache, dass nur wenige Tage vor Beginn der Mossul-Offensive die IS-Führung Pläne von Meutern in den eigenen Reihen aufdeckte. Zur Abschreckung ließ sie 56 mutmaßliche Aufständische exekutieren.

Gegen eine Rückeroberungsoffensive hatte sich der IS schon zwei Jahre lang gut gerüstet. Durch Schanzen, Tunnel, Gräben und planmäßig in weiten Teilen der Stadt verstreute Minen und Sprengfallen soll der Vormarsch der Gegner erschwert und verlangsamt werden. Zudem begann der IS, zahlreiche Stadtbewohner zusammenzutreiben, die er als menschliche Schutzschilde nutzen will, um Bombenangriffe der US-Luftwaffe zu verhindern. Zur Abwehrtaktik des IS gehören außerdem Entlastungsangriffe hinter den feindlichen Linien, ausgeführt von aktivierten Schläfern, die der IS unter die Flüchtlinge aus den von ihm besetzten Gebieten eingeschmuggelt hat. Militärexperten rechnen damit, dass der IS aufgrund der geringen Zahl der eigenen Kämpfer und der Größe der Stadt gezwungen sein wird, den Hauptwiderstand auf die enge, verwinkelte Altstadt und auf dicht besiedelte westliche Stadtviertel zu konzentrieren, zumal ihm letztere Viertel auch die günstigsten Fluchtwege nach Syrien bieten. Aller Voraussicht nach

dürfte sich der IS mit seinen Gegnern verbissene Häuserkämpfe mit großen Verlusten in der Zivilbevölkerung liefern. Internationale Hilfsorganisationen und ihre Partner in der KRG und in Bagdad sind alarmiert. Da sie mit bis zu einer Million Flüchtlingen, für deren Unterbringung und Versorgung bislang nur ungenügende Kapazitäten bereitstehen, rechnen, könnte dem Irak eine humanitäre Katastrophe bevorstehen. Der irakische Staat selbst, der durch den Preisverfall bei Rohöl, das 90 % der Staatseinnahmen erwirtschaftet, unter finanziellen Engpässen leidet und in dessen Administration die ungehemmte Korruption wie ein Krebsgeschwür wuchert, kann diese Aufgabe nicht meistern.

Der IS ist für den Abwehrkampf in Mossul sowie eine mögliche Niederlage GERÜSTET.

Und sollte die Offensiv-Strategie Abadis tatsächlich aufgehen und zur Vertreibung des IS aus Mossul führen, wären große Teile der Stadt zerstört und dank schwer zu räumender Sprengfallen für viele Einwohner unbewohnbar gemacht worden. Ob es Bagdad gelänge, den Wiederaufbau der Häuser und der Infrastruktur und die Rückführung der geflohenen Stadtbewohner erfolgreich zu managen, ist eher unwahrscheinlich. Zumindest lassen die Beispiele von Ramadi und Falluja, aus denen während und nach den Kämpfen die meisten Bewohner flohen, nichts Gutes erahnen. In

beiden Städten sind bis dato kaum Fortschritte beim Wiederaufbau oder der Rückführung der mehrere Hunderttausend Geflüchteten erzielt worden. Träfe dies auch für das erheblich größere Mossul zu, käme auf deren sunnitische Bewohner eine Phase jahrelanger Agonie zu.

Augenscheinlich hat der IS schon Vorkehrungen für eine zu erwartende Niederlage in Mossul getroffen. Zahlreiche Kämpfer und Führungskader wurden nicht nur in seine zweite „Hauptstadt“ Raqqa im Osten Syriens verlagert, sondern auch in die IS-Provinz Sirte in Zentrallibyen. Auf dem Weg über den Libanon hatte der IS-Kalif Abu Bakr al-Baghdadi schon Ende 2015 einen seiner beiden Stellvertreter zusammen mit 1.000 Kämpfern nach Libyen entsandt. In Propagandabotschaften rief der IS seine Kämpfer und Sympathisanten auf, sich zur Fortsetzung des Kampfes in die Wüste zurückzuziehen. Tatsächlich hat der IS unter einigen der zahlreichen sunnitisch-arabischen Nomadenstämme in den weiten Wüstensteppen im Westen des Iraks noch loyale Verbündete, was zumindest im Irak seine Umwandlung vom Kalifat-Staat in eine im Guerilla-Krieg erfahrene Untergrundterrorbewegung erleichtern dürfte.

Der IS wird gezwungen sein, dem durch den Fall Mossuls zu erwartenden Ansehensverlust weltweit entgegenzuwirken und diesen zu kompensieren. Dafür wird er erstens seine Filialen im Norden Ägyptens, in Libyen und im Süden Jemens ausbauen und zweitens seine Terroranschläge global verstärken. Zu diesem Zweck dürfte er die Zahl der unter die Flüchtlingsströme geschmuggelten IS-Schläfer so weit wie möglich erhöhen und die vorhandenen Untergrundnetze von Anhängern und Sympathisan-

ten in anderen Staaten des Nahen Ostens, der Türkei und in Europa aktivieren. Mithilfe noch brutalerer Terroranschläge im Westen, insbesondere in Europa, auch in Gestalt sich selbst ermächtigender „einsamer Wölfe“ und aktivier-

Verstärkter TERROR, vor allem in Europa, soll Islamfeindlichkeit fördern.

ter Schläfer, dürfte der IS versuchen, die Zahl seiner Anhänger, die zumindest in Europa zuletzt leicht rückläufig war, zu stabilisieren. Dieses Vorgehen entspräche der perfiden Strategie des IS und verspräche ihm optimalen Nutzen. Mit erneuten Terroranschlägen will er eine politische Radikalisierung und nationalistische Aufladung des politischen Klimas in Europa heraufbeschwören. Damit will der IS einer islamfeindlichen Stimmung den Boden bereiten. Denn durch sie, so hofft der IS, werden viele sich marginalisiert fühlende und gerade junge Muslime dazu bewegt, sich einem militanten Islam und damit dem IS und seiner Terrorstrategie zuzuwenden.

Kommt nach dem Sieg über den IS der Kampf aller gegen alle?

Weder Bagdad noch Erbil gaben bisher konkrete Pläne bekannt, wer nach dem Sieg über den IS in Mossul regieren und als unbestrittene Ordnungsmacht wirken soll. Das Schweigen wirft die Frage auf, ob es dazu eine wirklich belastbare Abmachung gibt. Vermutlich nein. Ebenso ungeklärt ist die Frage, wie Bag-

dad die Sunniten durch angemessene Repräsentierung in den Gesamtstaat reintegrieren und damit die in den Bürgerkriegsjahren 2006 bis 2008 endgültig zerbrochene nationale Einheit erneuern will. Ob der Bagdader Rumpfstaat „Schiastan“, dessen Regierung schwach und innerlich zerstritten ist, Mossul tatsächlich stabilisieren kann, muss bezweifelt werden.

Es steht zu befürchten, dass am Tage nach dem Sieg über den IS die bislang verdeckten Interessensgegensätze innerhalb der Anti-IS-Allianz zu offenen Konflikten führen werden, sei es der zwischen der Kurdenregierung in Erbil und Bagdads Schiitenregierung, der zwischen der Bagdader Schiitenregierung und der Türkei oder der zwischen Bagdads Schiitenregierung und den um Ex-Gouverneur Nudschaifi gesammelten sunnitischen Gegnern des IS. Schlimmer noch: Da Mossul als Hauptstadt der irakischen Sunniten gilt, werden unter diesen am Tage danach alte Rechnungen beglichen und neue aufgemacht werden. Das erhöht die Gefahr, dass neue Zerwürfnisse und Kämpfe unter den Sunniten entstehen, insbesondere zwischen Anhängern und Feinden des IS. Es drohen Chaos und eine konfliktträchtige Gemengelage in Gestalt eines Kampfes aller gegen alle.

Zweifellos wird wohl die Hauptkonfliktlinie zwischen Bagdad und der KRG in Erbil verlaufen, insbesondere dann, wenn die Kurden nach einem Sieg über den IS sich weigern werden, ihre territoriale Beute in und um Mossul an Bagdad abzutreten. Eine Weigerung würde den alten Disput mit Bagdad über die „umstrittenen Gebiete“ im Norden des Landes erneut anfachen. Zur Erinnerung: Die irakischen Kurden-Peshmerga hatten diese an die kurdische Autonomiere-

gion angrenzenden Regionen, in denen während der Baath-Diktatur gezielt Kurden vertrieben und Araber angesiedelt wurden, 2003 kurzerhand besetzt, um Fakten zu schaffen. Dazu gehörten auch weite, mehrheitlich von Kurden bewohnte Teile von Ninawa um Mossul herum, die die Kurden bis 2010 beherrschten. Die Kontrolle über diese Gebiete und die gerechte Verteilung der Staatseinnahmen aus den gesamtirakischen Ölfeldern blieben auch nach 2005 die größten Zankäpfel zwischen Bagdad und Erbil. Der Hauptstreit drehte sich um die öl- und gasreichen Regionen um

Nach einem möglichen Sieg über den IS werden die INTERESSENSGEGENSÄTZE innerhalb der Anti-IS-Allianz zu neuen Konflikten führen.

Kirkuk. In einem Handstreich konnten die Kurden im Juli 2014, als die irakische Nationalarmee vor dem IS geflohen war, auch diese Gebiete besetzen und damit das Territorium der KRG um 40 % vergrößern. Die Frage, wem Kirkuk gehört, ist bis heute nicht einvernehmlich zwischen Bagdad und Erbil geklärt. Nach der Befreiung Mossuls dürfte die Kirkuk-Frage zusammen mit der Frage, wem die von Kurden besetzten Gebiete in und um Mossul nun gehören, über kurz oder lang den Casus Belli für eine direkte militärische Eskalation zwischen Bagdad und Erbil schaffen.

Für sein politisches Überleben braucht Ministerpräsident Abadis einen Erfolg bei der Mossul-Offensive. Sollte es ihm misslingen, die schiitischen Milizen zu zähmen, die Sunniten Mossul zu befrieden und die kurdischen und türkischen Machtambitionen zu verei-



Buchta, Wilfried: *Die Strenggläubigen. Fundamentalismus und die Zukunft der islamischen Welt.* Berlin: Hanser Verlag 2016, 240 Seiten, € 20,00.

Der militante Islamismus, der den Weltfrieden bedroht, hat seine Gestalt nicht erst in den vergangenen zwei Jahrzehnten gewonnen. Seine moderne Geburtsstunde schlug 1979 im Iran und in Saudi-Arabien. Wilfried Buchta zeichnet seine Entwicklung und sein Wesen in einem dichten, illusionslosen Essay nach. Und zeigt, warum seine Folgen vor allem für die islamische Welt so verheerend sind.

teln, wird ihn ein pro-iranischer, schiitischer Hardliner in Bagdads Staatselite vermutlich bald im Amt ablösen. Aber letztlich ist es unerheblich, wer am „Tag danach“ Bagdads Amtsgeschäfte leitet. Denn jeder Amtsinhaber wird mit unheimlich zahlreichem konfessionell-ethnischen Dauerkonflikten und schier unlösbaren sozialen und wirtschaftlichen Problemen ringen müssen. Verschärft werden viele dieser Probleme durch das enorm große Bevölkerungswachstum des Irak, das mit 2,9 % das neuntgrößte der Welt ist. Iraks Bevölkerung hat sich von 1991 (18 Mio.) bis 2016 (38 Mio.) mehr als verdoppelt. Iraks extrem junge Bevölkerung (60 % sind unter 25 Jahre alt) ist wegen fehlender Arbeitsplätze und Ausbildungschancen und einer unausrottbaren Korruption in Staat und Verwaltung zunehmend desillusioniert und perspektivlos geworden. So verwundert es nicht, dass viele Jugendliche ihr Heil entweder im Söldnerkriegshandwerk der Milizen oder in der Flucht nach Europa suchen. Dass sich dieser unheilbringende Trend nach der Mossul-Offensive, ganz gleich wie sie ausgeht, rasch umkehren ließe, ist ein Wunschtraum. ///



/// DR. WILFRIED BUCHTA

ist Islamwissenschaftler und arbeitete als politischer Chefanalyst von 2005 bis 2011 für die Irak-Friedensmission der UNO (UNAMI) in Bagdad. Er ist Nahost-Publizist in Berlin.

/// Der ANC in der Krise

SÜDAFRIKA NACH DEN KOMMUNALWAHLEN

THORSTEN WINKELMANN, JOST F. NOLLER /// Bei den Kommunalwahlen in Südafrika vom 3. August 2016 – gut zwei Jahre nach der letzten Parlamentswahl – hat der Afrikanische Nationalkongress (ANC) Stimmeinbußen von etwa 8 % hinnehmen müssen und ist landesweit mit 54 % der Stimmen zum ersten Mal seit Einführung der Mehrheits Herrschaft 1994 unter die 60-Prozentmarke gefallen.¹ Obschon immer noch mit einer komfortablen Mehrheit ausgestattet, mehren sich die Krisenanzeichen. Der vorliegende Beitrag analysiert die aktuelle Situation, die Krise des ANC sowie die damit verbundenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen für das Land.

Die Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen in Südafrika vom 3. August 2016 verfestigte sich ein Trend, der sich bereits bei den Parlamentswahlen 2014 angedeutet hatte. Obschon in Südafrika das Wahlverhalten weitgehend entlang der Rassenzugehörigkeit verläuft, also Schwarze für den African National Congress (ANC) stimmen, (englisch- und wenn auch zögerlicher afrikaanssprachige) Weiße und der kap-farbige Bevölkerungsanteil hingegen überwiegend zur Demokratische Allianz (DA) tendieren und Wahlen damit in gewisser Weise einem ethnischen Zensus gleichen, gelingt es dem ANC trotz komfortabler Mehrheit (62,15 % der Stimmen) in der Nationalversammlung und in den Provinzparlamenten

immer weniger, die zentrifugalen Kräfte im Land auszubalancieren. Zwar waren bereits bei den Parlamentswahlen und den stets zeitgleich stattfindenden neun Provinzwahlen 2014 viele Wähler mit der inhaltlichen wie personellen Darstellung des ANC unzufrieden, dennoch setzte der ANC in seinem Wahlkampf erfolgreich auf den Mythos des wenige Monate zuvor verstorbenen Nelson Mandela, der in Südafrika auch unter seinem Clannamen Madiba bekannt ist. Mit der Kampagne „Do it for Madiba“

Der ANC **VERLIERT** zunehmend an Wählerstimmen.

stellung des ANC unzufrieden, dennoch setzte der ANC in seinem Wahlkampf erfolgreich auf den Mythos des wenige Monate zuvor verstorbenen Nelson Mandela, der in Südafrika auch unter seinem Clannamen Madiba bekannt ist. Mit der Kampagne „Do it for Madiba“



Präsident Jacob Zuma kommt zunehmend unter Beschuss – zu groß sind mittlerweile der Unmut und die Proteste bei großen Teilen der Bevölkerung, schwarz wie weiß, über seine korrupte Amtsführung.

aktivierte der ANC nicht nur seine eigenen Anhänger, sondern konnte so auch andere Themen in den Hintergrund drängen.

Eine vergleichbare Mobilisierung gelang dem ANC bei den diesjährigen Kommunalwahlen nicht. Deutliche Stimmenverluste musste er insbesondere in Großstädten hinnehmen. Südafrika verfügt über acht städtische Großgemeinden (Metropolitan Municipalities), kurz „Metros“ genannt. Drei davon, Johannesburg, Ekurhuleni (das Gebiet des East Rand mit dem Zentrum Germiston) und Tshwane (wozu die Regierungshauptstadt Pretoria gehört) befinden sich in der Provinz Gauteng, die das wirtschaftliche Kerngebiet Südafrikas darstellt. Zwei weitere Metros liegen in

der Ostkap-Provinz: Nelson Mandela Bay (Port Elizabeth) und Buffalo City (East London). In den Provinzen Westkap, KwaZulu-Natal und Freistaat gibt es je eine Metro: Kapstadt, eThekweni (Durban) und Mangaung (Bloemfontein). In allen Metros gewann die stärkste, weitgehend sozial-liberal ausgerichtete Oppositionspartei DA Stimmen hinzu und das, obwohl sie bislang hauptsächlich als Vertreter der Minderheiten der Weißen und Kap-Farbigen („Coloureds“)² angesehen wurde. Doch verfügt sie inzwischen auch über schwarzes Führungspersonal. Ihre Bürgermeisterkandidaten für Johannesburg und Tshwane (Pretoria) waren, wie inzwischen auch der neue Parteichef, Schwarze. In Ekurhuleni kandidierte

der Sohn eines indischstämmigen Vorkämpfers gegen die Apartheid für die DA und in Nelson Mandela Bay gar ein Weißer.

Die schwersten Verluste erlitt der ANC in der Provinz Gauteng, wo sein Stimmenanteil auf unter 50 % fiel und er die Stadtregierung in zwei der drei Metros (Johannesburg und Tshwane) an die Opposition abgeben musste. Jedoch benötigten die DA-Bürgermeisterkandidaten zu ihrer Wahl auch die Stimmen der „Economic Freedom Fighters“ (EFF), die ein radikales Umverteilungskonzept, nicht unähnlich dem in Zimbabwe, vertreten. So befürworteten die EFF unter anderem auch die entschädigungslose Landenteignung weißer Farmer und die Verstaatlichung von Schlüsselindustrien im Minen- und Bankensektor. Die gemeinsame Gegnerschaft zum ANC wurde folglich von den bei-

DA und EFF schlossen sich trotz DIVERGIERENDER Ideologien bei den Kommunalwahlen gegen den gemeinsamen Gegner ANC zusammen.

den bedeutendsten Oppositionsparteien stärker gewichtet als ihre fundamentalen Differenzen in Grundsatzfragen. Obschon die DA und EFF unterschiedliche Wählerschichten ansprechen sowie ideologisch diametral entgegengesetzte Positionen vertreten, wählten die Stadtverordneten der EFF in Pretoria und Johannesburg anstelle des ANC-Bürgermeisterkandidaten den der DA, ohne

jedoch formell eine Koalition zu bilden.³ Eine solche Konstruktion wurde bislang in Südafrika noch nicht erprobt. Einerseits bleibt die programmatische Kluft zwischen der linksradikal ausgerichteten EFF und der DA unüberwindbar, worunter die Handlungsfähigkeit der jeweiligen Stadtverwaltungen leiden könnte. Andererseits kann die EFF – jenseits des alltäglichen Populismus und der skandalisierenden Rhetorik – Regierungsfähigkeit beweisen und sich so eine bessere Ausgangsposition für die kommenden Parlamentswahlen 2019 verschaffen, während die DA Zugang zu den EFF-Wählerhochburgen in den Townships erhält.

Die Stimmenverluste des ANC

Obwohl bei der Kommunalwahl auch lokale Gegebenheiten das Wahlverhalten beeinflusst haben, zeigt dieses Ergebnis doch eine gewisse Erosion in der Anhängerschaft des ANC auf. Am deutlichsten ist das in den Metros, nicht nur in der Provinz Gauteng, sondern auch in Kapstadt, wo die DA ihre Mehrheit auf zwei Drittel ausbauen konnte, sowie in der Hafenstadt Port Elizabeth (Nelson Mandela Bay) zu erkennen, wo die DA mit fast 47 % ohne EFF-Unterstützung regieren kann. Ein Grund dafür ist, dass sich ein Teil der inzwischen zu Geld und wirtschaftlichem Einfluss gekommenen schwarzen Mittelschicht zunehmend vom ANC abwendet, weil sie vermehrt eine berechenbare Staatsführung, Eindämmung der um sich greifenden Korruption, Transparenz, Sicherheit und Prosperität sowohl für sich als auch für das Land einfordert – Bereiche, in denen der ANC bislang nicht überzeugen konnte. Auch die sogenannte „born-free“-Generation, also jene, die nach Beendigung der Rassentrennung geboren

wurden, kann von den Erzählungen einstiger heroischer Kämpfe gegen das Apartheid-Regime keine unmittelbaren Vorteile für ihre alltäglichen Sorgen und Nöte ziehen. Im Gegenteil: Anhaltend hohe (Jugend-)Arbeitslosigkeit von offiziell 30 % in Verbindung mit den Problemen in den Armenvierteln, in denen die Grenze zwischen Beschaffungskriminalität, organisiertem Verbrechen und dem alltäglichen Überlebenskampf zunehmend verschwindet, tragen zur Desillusionierung breiter Gesellschaftsschichten bei. So gehören die mehrheitlich von Schwarzen bewohnten Townships zu den gefährlichsten Orten der Welt und die hier herrschenden archaischen Verhältnisse diskriminieren vornehmlich Frauen und Minderheiten. Dazu kommt, dass 31 % aller Südafrikaner in absoluter Armut leben, ferner 14 % in selbstgezimerten Hütten (sog. „Informal Settlements“) wohnen und 13 % noch immer keinen Stromanschluss haben.

Doch gibt es auch positive Entwicklungen: So sind in der Zwischenzeit 3,5 Millionen Häuser für die Armen gebaut worden und 19 Millionen Menschen erhalten in Form von Rente oder Kindergeld eine finanzielle Unterstützung vom Staat. Der durch eine ausgesprochen fortschrittliche Verfassung etablierte Rechtsstaat funktioniert trotz einer gewissen Funktionsschwäche zufriedenstellend und die Bürgerrechte sind weitestgehend gesichert. Auch wirtschaftlich ging es in den letzten beiden Jahrzehnten zunächst mit Ausnahme des weltweiten Rezessionsjahres 2009 nur aufwärts, das Bruttosozialprodukt hat sich verdreifacht, und das bei einer – für aufstrebende Länder – vergleichsweise moderaten Inflationsrate von durchschnittlich 6 %. Jährliche Wachstumsraten von knapp 4 % ließen zwar eine

neue schwarze Mittelschicht von rund 10 Mio. Südafrikanern entstehen, ohne jedoch die sozio-ökonomischen Gegensätze zu beseitigen.

Was jedoch speziell in der urbanen Bevölkerung zu steigendem Unmut geführt hat, ist die Regierungsführung von Präsident Zuma und seine sich häufenden Skandale. Sein Konzept eines „tribal model of democracy“ widerspricht zunehmend den demokratischen Grundidealen, die in den 1990er-Jahren beim Übergang von der weißen Minderheitenherrschaft zur Mehrheitsherrschaft beschworen und in der Verfassung von 1996 niedergelegt wurden. Im Land wird schon die Frage diskutiert, wie lange Südafrika überhaupt noch in dieser Form überleben kann.⁴ So sind Versuche zu erkennen, etwa das Verfassungsgericht (Constitutional Court of South Africa) mehr nach Kriterien politischer Konformität zu besetzen, was auf eine Instrumentalisierung der für die Besetzung von Richterämtern zuständigen Judicial Service Commission hinausläuft.⁵ Auch die Presse steht wegen ihrer oft sehr kritischen Beiträge unter verstärktem Druck staatlicher Einflussnahme.⁶ Neben der Aushöhlung gewaltenteilender und machtschränkender Elemente setzt Zuma auf eine veritable Günstlingswirtschaft. In Zahlen ausgedrückt rutschte Südafrika im Korruptionsranking von Transparency International innerhalb weniger Jahre von Platz 36 (2002) auf Platz 72 (2014) ab. Posten in Provinzen und Gemeinden sowie in staatlich kontrollierten Unternehmen werden weniger nach Eignung als nach politischer Zugehörigkeit zum ANC mit Vertrauensleuten von Zuma besetzt.⁷ Vermehrt wird auch das Recht des Parlaments auf Ernennung von Posten nach „parliamentary advice“ von

Zuma wahrgenommen. Die Personalisierung von Herrschaft geht soweit, dass in sämtlichen Ministerien Berater mit engen Verbindungen zum Präsidenten sitzen, während sich die meisten zuständigen Ressortchefs als folgsame Kabinettsmitglieder erweisen.

So wurde der von internationalen Analysten als kompetent eingeschätzte Finanzminister Nhlanhla Nene wohl

Der gesamtgesellschaftliche Unmut über die Amtsführung von Präsident ZUMA wächst.

wegen seiner Unabhängigkeit und seiner Kritik am Ausgabengebaren der staatlichen Unternehmen entlassen und vom Hinterbänkler und Zuma-Gefolgsmann Des van Rooyen ersetzt, der nach heftigen Turbulenzen an der südafrikanischen Börse vier Tage später wiederum durch Pravin Gordhan abgelöst wurde. Gordhan, der bereits von 2009 bis 2014 Ressortchef des Finanzministeriums gewesen war und sich im In- und Ausland hoher Anerkennung erfreut, liefert sich seit seiner erneuten Ernennung einen innerparteilichen Machtkampf mit Zumas Gefolgsleuten, da er gegen Steueründer selbst in Regierungspositionen fahnden lassen und der Selbstbedienungsmentalität in der Staatsverwaltung und den staatlich kontrollierten Unternehmungen, den „State-Owned Enterprises“ oder „Parastatals“, entgegentreten will. Dadurch aber kommt er in Konflikt mit den politischen Machtstrukturen Zumas, der ein ausgeklügeltes Patronagesystem mit ihm ergebenden ANC-Gefolgsleuten aufgebaut hat.⁸ Überdies pocht Gordhan auf Einhaltung von Haushaltsdisziplin

und will dadurch eine weitere Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Situation Südafrikas und seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit verhindern. Die Folge dieser Personalrochade war, dass die ohnehin schon wegen des hohen Zahlungsbilanzdefizits unter Druck geratene Landeswährung Rand an den Märkten regelrecht abstürzte und Südafrika die Herabstufung auf Ramschniveau, den sogenannten „Junk-Status“, durch die Rating-Agenturen droht.

Kritik an der Regierungsausübung Zumas und seiner Gefolgschaft kommt dabei nicht nur aus der Wirtschaft, aus gesellschaftlichen Kreisen und Teilen der freien Presse, sondern auch von Altvorderen und Funktionsträgern des ANC. Eine große Rolle spielen hier die zahlreichen Fehlleistungen und Skandale der Regierung. Bereits vor seiner Nominierung als Präsidentschaftskandidat für die Wahl von 2009 hatte es strafrechtlichrelevante Gerichtsverfahren gegen Zuma gegeben (etwa wegen Vergewaltigungen, Vermögensdelikten usw.). Kurz vor der Wahl schließlich hatte die Anklagebehörde 783 Verfahren gegen ihn eingestellt. Jedoch hat der High Court in Pretoria Ende April 2016 diese Verfahrenseinstellungen wieder aufgehoben.⁹ Die Affäre, die nicht nur große publizistische Aufmerksamkeit auf sich zog, sondern auch zum Vorwurf des Verfassungsbruchs gegen Zuma führte, war die um den Ausbau seiner Privatresidenz in Nkandla, seiner Heimatprovinz Kwa-Zulu-Natal. Zuma hatte den gesamten Ausbau vom Staat finanzieren lassen, inklusive Amphitheater, Schwimmbad, Hubschrauberlandeplatz, Hausklinik sowie Häuser für seine vier Frauen. Alle diese Maßnahmen wurden als sicherheitsrelevant für den Präsidenten bezeichnet. So firmierte zum Beispiel das

Schwimmbad offiziell als Feuerlöschteich. Die Opposition protestierte heftig gegen diese pauschale Einstufung aller Ausbaumaßnahmen und veranlasste die Public Protector (eine Art Ombudsfrau, deren Amt und Kompetenzen in der Verfassung zwecks Einhaltung einer guten Regierungsführung definiert sind), sich damit zu befassen. Sie kam in ihrer Bewertung der Ausbaumaßnahmen zum Schluss, nicht alle Maßnahmen seien mit Sicherheitsbedenken zu begründen und forderte den Präsidenten auf, einen noch festzulegenden Anteil aus privaten Mitteln zurück zu erstatten. Am Ende entschied das Verfassungsgericht gegen Zuma, was das politische Klima im Lande zusätzlich vergiftete.

Zuma hat sich ein ausgeklügeltes PATRONAGESYSTEM aus ihm ergebenden ANC-Gefolgsleuten aufgebaut.

Nomenklatura-Praktiken, die seit dem Machtantritt Jacob Zumas als herrschaftssicherndes Instrument an Bedeutung gewinnen, haben die Plünderung des Staates zur Folge und drohen im zeitlichen Verlauf – wie auch zahlreiche Beispiele auf dem afrikanischen Kontinent belegen – zu einem autoritären Einparteiensystem zu tendieren, innerhalb dessen Staat und Partei verschmelzen. Konsequenz hieraus sind u. a. größer werdende Defizite bei der Bereitstellung öffentlicher Leistungen, denn insbesondere in den staatlich kontrollierten Unternehmen breiten sich klientelistische

Netzwerke aus. So hat die 1994 aus Indien eingewanderte Industriellenfamilie Gupta maßgeblichen Einfluss auf Personalentscheidungen des Präsidenten gewonnen, was dazu geführt hat, dass sogar von einer Kaperung des Staates („state capture“) durch diese Unternehmensgruppe gesprochen wird. Dem stellvertretenden Finanzminister Mcebisi Jonas wurde etwa im Herbst 2015 von den Guptas das Amt des Finanzministers angeboten, falls er dann als Minister den Generaldirektor des Schatzamts (National Treasury) und weitere führende Beamte aus ihren Positionen abberufe. Wie ein Untersuchungsbericht der Public Protector weiter feststellt, konnten die Gupta-Brüder nicht nur die Besetzung von Kabinettsposten, sondern auch die von Direktoren staatlicher Betriebe mitbestimmen. Überdies profitierten nicht nur sie, sondern auch ein Sohn des Präsidenten von staatlichen Aufträgen durch Vorzugsbedingungen.¹⁰ Ein solches bis zum „state-capture“ reichendes ausgeklügeltes Patronagesystem belastet nicht nur den Staatshaushalt und verschärft die ohnehin schon unzureichende Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen, sondern führt auch zu gesellschaftlichen Gegenreaktionen in Form von alltäglichen wie landesweiten „Service Delivery Protests“. Diese „Rebellion der Armen“ verläuft oftmals in gewalttätigen Bahnen und verweist in politischer Hinsicht auf die Frustration der Township-Bewohner, die auch im neuen Südafrika kaum Perspektiven für eine bessere Zukunft sehen.

Studentenproteste und der staatliche Rundfunk / Fernsehen

Ab Oktober 2015 kam es wegen einer angekündigten Erhöhung der Studiengebühren zu Studentenunruhen, an de-

nen EFF-Mitglieder beteiligt waren. Präsident Zuma nahm zwar die Erhöhung für 2016 zurück, doch stehen für 2017 wieder welche an. Inzwischen hat ein Teil der Studentenschaft die Forderung nach Abschaffung aller Studiengebühren erhoben und die Bewegung #FeesMustFall ins Leben gerufen. Einer der Gründe für die Unzufriedenheit liegt im staatlichen südafrikanischen Bildungssystem, welches ineffizient und unterfinanziert ist und vergleichsweise hohe Schulabbrecherquoten aufweist.¹¹ So sind auch viele Schulabgänger unzureichend auf ein Hochschulstudium vorbereitet und haben dazu oft nur geringe finanzielle Mittel. Der regierende ANC, der zusammen mit der Kommunistischen Partei SACP und dem Gewerkschaftsbund COSATU die „Tripartite Alliance“ bildet, geriet so in ein politisches Dilemma. Nicht nur der ANC, sondern auch die SACP fordern programmatisch die Abschaffung von Studiengebühren und eine kostenfreie Bildung, auch im Hochschulbereich. Personalisiert wird dieses Dilemma in der Person des Ministers für höhere Bildung, Blade Nzimande, der gleichzeitig Generalsekretär der SACP ist und, wie alle kommunistischen Abgeordneten, auf der ANC-Liste ins Parlament gewählt wurde. Er betonte zwar, bedürftige Studenten seien ganz oder teilweise von der Zahlung von Studiengebühren befreit, deren Abschaffung aber sei nicht möglich, weil sonst die Hochschulen bzw. Universitäten nicht mehr ihre Aufgaben erfüllen könnten.¹²

Hier werden die offensichtlichen Nachteile der unverhältnismäßig hohen und weitgehend unproduktiven Ausgaben für Inhaber politischer Ämter und Angehörige des öffentlichen Dienstes¹³ deutlich, die den Staatshaushalt in

Schiefelage gebracht haben und so weitere Staatsausgaben, wie hier für die Bildung, nicht mehr zulassen. Mittlerweile haben die Studentenunruhen weiter um sich gegriffen und sind teilweise in regelrechte Straßenschlachten ausgeartet. Die meisten Universitäten mussten inzwischen sogar zeitweise den Lehrbetrieb einstellen. Selbst zu Brandstiftungen, Plünderungen und Vandalismus ist es vereinzelt gekommen.

Inzwischen ist es auch zu einer politischen Auseinandersetzung über die Leitung der staatlichen South African Broadcasting Corporation (SABC) in Person des „Chief Operating Officer“ gekommen. Dieser hatte Zensurmaßnahmen etwa der Art verordnet, dass über gewalttätige Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei nicht mehr berichtet werden dürfe und zudem mehrere kritische Mitarbeiter entlassen. Außerdem wurde bekannt, dass er sich

Das korrupte System des Präsidenten ruft landesweite, teils auch gewalttätige PROTESTE hervor.

trotz eines hohen Budgetdefizits der Rundfunk- und Fernsehanstalt sein Gehalt spürbar hatte aufbessern lassen. Darüber hinaus hatte sich herausgestellt, dass das Zeugnis für sein Matrik (entspricht in etwa dem Abitur), das für diese Position vorausgesetzt wird, gefälscht war. So musste er aufgrund eines von der Opposition beantragten Richterspruchs seinen Chefsessel räumen, wurde aber

sofort vom Verwaltungsrat wieder mit einer anderen Position betraut, was zu einem offenen Konflikt zwischen dem Verwaltungsrat und dem vom ANC beherrschten Parlament führte. Inzwischen sind alle Mitglieder des Verwaltungsrates zurückgetreten.

Vom Hoffnungsträger zum Problemfall?

Konzeptionell bezeichnet sich Südafrika als rassen- und religionsübergreifende Gesellschaft, wofür stellvertretend Nelson Mandela und sein Werdegang stehen. Desmond Tutu hat dafür den Begriff der „Regenbogen-Nation“ geprägt. Das Fundament des friedlichen wie halbwegs einträglichem Zusammenlebens bleibt aber brüchig. Der Verfall der Landeswährung Rand, die drohende Herabstufung des Landes auf Ramschniveau durch die internationalen Ratingagenturen, die allgemeine Kapitalflucht, der „brain drain“ von hauptsächlich weißen Fachkräften ins westliche Ausland, die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit oder die gewaltsamen und von der Polizei blutig niedergeschlagenen Streiks von Minenarbeitern im Platinbergwerk Marikana bei Rustenburg 2012 und anderswo verschärfen die wirtschaftliche Situation zunehmend. Überzeugende Lösungsvorschläge werden auch deshalb erschwert, weil im Land aufgrund der übermächtigen Regierungspartei ANC eine politische Monokultur herrscht. Zwar steht der ANC von „links“ durch die EFF unter Druck, weshalb sich beispielsweise die ANC-Jugendliga dazu veranlasst sah, auch ihrerseits eine entschädigungslose Landenteignung zu fordern. Dennoch ist für die Stabilität der Demokratie am Kap der Guten Hoffnung weniger die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition entscheidend, son-

dern die innerparteilichen Auseinandersetzungen im „Quasi-Einparteiensystem“.

Daher kommt den ideologischen Debatten und Flügelkämpfen innerhalb seiner Parteiorganisation herausragende Bedeutung zu. Während der Präsidentschaft Zumas haben sich im ANC erhebliche Spannungen aufgebaut. So hatte der Vorsitzende der ANC-Parlamentsfraktion (Chief Whip), Jackson Mthembu, schon nach den Kommunalwahlen den Rücktritt des gesamten ANC-Vorstands, einschließlich seines Vorsitzenden Zuma, gefordert.¹⁴ Über die Affären

Im ANC und um die Nachfolge von Präsident Zuma ist ein MACHTKAMPF im Gange.

und Skandale der politisch Herrschenden zeigen sich vor allem alte ANC-Kämpfer aus der Zeit des Widerstands gegen das Apartheid-Regime bestürzt.¹⁵ Diese Mitglieder glauben noch an die alten Ideale der Befreiungsbewegung, wie sie damals in der Freedom Charter formuliert wurde, und sehen diese durch das Handeln Zumas zumindest teilweise verraten. Anfang November 2016 forderte dann die nach dem Austritt der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA aus dem Dachverband jetzt größte COSATU-Gewerkschaft National Health Education & Allied Workers Union (NEHAWU), die Arbeitnehmer in verschiedenen Sparten des öffentlichen Dienstes vertritt, den Rücktritt Zumas vom Amt des Präsidenten und ergriff zudem Partei für den jetzigen Vizepräsidenten Cyril Ramaphosa als dessen Nachfolger.¹⁶ So ist der Kampf um die Nachfolge Zumas als Parteichef sowie als Präsident bereits innerparteilich ent-

brannt. Ramaphosas Unterstützer in der Partei sind eher in den urbanisierten Regionen des Landes, mit Schwerpunkt in der Provinz Gauteng, zu finden, während die Anhänger Zumas in den ländlichen Provinzen und speziell in KwaZulu-Natal zuhause sind.

Anhaltende Unterstützung erfährt Zuma außerdem von der ANC-Jugendliga sowie von Veteranen des bewaffneten Flügels der früheren Befreiungsbewegung, Umkhonto we Sizwe. Sie unterstützen Zumas Ex-Frau Nkosazana Dlamini-Zuma, die derzeit noch Kommissionsvorsitzende der Afrikanischen Union ist. In ihrer Kandidatur wird sie auch von der ANC-Frauenliga unterstützt. Die Frage ist, ob sie als Frau in einer sehr männlich strukturierten Partei eine reelle Chance hat. Dafür gehört sie aber dem größten und wohl auch dank Jacob Zuma politisch mächtigsten südafrikanischen Volksstamm der Zulus an, während der Vizepräsident vom relativ unbedeutenden und wenig einflussreichen Stamm der Vendas ist. Die Amtszeit Jacob Zumas als ANC-Vorsitzender endet im Dezember 2017, die als Präsident erst nach der nächsten Parlamentswahl im Frühjahr 2019. Da er schon zweimal als Präsident gewählt worden ist, kann er für dieses Amt nicht wieder kandidieren. Voraussichtlich wird er aber nicht mehr als Parteivorsitzender kandidieren.¹⁷ So ist schon im Dezember nächsten Jahres bei der Vorsitzendenwahl des ANC die Entscheidung darüber zu erwarten, wer der nächste Präsidentschaftskandidat des ANC sein wird. Ein vorzeitiger Rücktritt Zumas als Staatspräsident ist jedoch unwahrscheinlich, da Vizepräsident Ramaphosa bis zur Wahl eines Interimspräsidenten durch die Nationalversammlung das Präsidentenamt über-

nehmen und sich dadurch die Chancen von Frau Dlamini-Zuma verringern würden. Käme es jedoch zu einer Verteilung Zumas, entweder in einem der anhängigen Verfahren oder in einem neuen wegen Amtsmisbrauchs, dann wäre er kaum mehr im Amt zu halten.

Die innerparteilichen Auseinandersetzungen im ANC verschärfen sich mit jeder Aufdeckung neuer korrupter Machenschaften. Solche Verhaltensweisen werden auch von der Kommunistischen Partei kritisiert. So rief SACP-Chef Nzi- mande seine Genossen bereits dazu auf, die Plünderung staatlicher Ressourcen

Von der Nachfolge Zumas hängt die zukünftige AUSRICHTUNG Südafrikas ab.

durch eine parasitäre Bourgeoisie zu unterbinden.¹⁸ Im äußersten Fall könnte sogar die „Tripartite Alliance“ auseinanderfallen. Eine Spaltung des ANC indes ist wenig wahrscheinlich, da gewählte Abgeordnete ihr Mandat verlieren, wenn sie ihre Partei verlassen oder von dieser ausgeschlossen werden. Bei einer Nominierung von Dlamini-Zuma als Präsidentschaftskandidatin könnte es jedoch zu einer Abspaltung des eher liberalen Flügels der Partei kommen. Auch wenn diese Aussagen spekulativ bleiben müssen, so wird die weitere Entwicklung des Landes doch stark von der Person des Nachfolgers Zumas abhängen. Ramaphosa würde wohl eher versuchen, die Effektivität der Verwaltung und der Volkswirtschaft wieder zu verbessern. So könnte unter Umständen auch die Abwanderung weißer und indischstämmiger Spitzenkräfte in Grenzen gehalten werden. Auch hat er wohl größere Chancen, die befürchteten

Stimmenverluste für den ANC bei den Parlamentswahlen 2019 in Grenzen zu halten. Im Falle einer Präsidentschaft von Dlamini-Zuma wäre zu befürchten, dass das Land sich mental weiter afrikanisiert und die verbliebene weiße, speziell afrikaanssprachige Minderheit ihre Zukunftsaussichten im Lande immer negativer sieht und vermehrt an Auswanderung oder gar gewaltsamen Widerstand¹⁹ denkt. Inwieweit alle ANC-Mitglieder im schlimmsten Fall bereit wären, eine eventuelle Wahlniederlage ohne Umschweife anzuerkennen, bleibt offen. So haben ANC-Stadtverordnete in den Metros Johannesburg, Tshwane und Nelson Mandela Bay, wo jetzt DA-Bürgermeister amtieren, die Sitzungen dieser Stadtparlamente Ende Oktober teilweise sogar unter Anwendung physischer Gewalt massiv gestört.²⁰

Bislang profitierte der ANC von der starken emotionalen Bindung, die gerade schwarze und arme Wähler noch immer an die Befreiungsbewegung haben. Der geschichtliche Kitt zwischen Befreiung und Befreiungsbewegung wird jedoch immer schwächer. Schon heute sind 40 % der Südafrikaner nach 1994 geboren und haben somit keine persönlichen Erinnerungen an das System der Rassentrennung mehr. Bei den „Born-frees“, den in Freiheit Geborenen, breitet sich Resignation aus. Ob Mandelas Erbe erhalten werden kann, wird stark davon abhängen, wer Jacob Zuma im Amt nachfolgt. ///



/// DR. THORSTEN WINKELMANN
ist Politikwissenschaftler und habilitiert derzeit am Institut für Politische Wissenschaft, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.



/// DR. JOST F. NOLLER
ist Politikwissenschaftler, war Lehrer und ist seit seinem Ruhestand als externer Fachmann u. a. auch für die Universität Erlangen-Nürnberg tätig.

Anmerkungen

¹ Electoral Commission of South Africa-IEC, <http://www.elections.org.za/content/Elections/Municipal-elections-results/>, Stand: 29.10.2016. Zur Parlamentswahl von 2014 siehe Winkelmann, Thorsten / Noller, Jost F.: Nur wenig Veränderung: Die Parlamentswahlen in Südafrika vom 7. Mai 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 1/2015, S. 166-182.

² Nach der amtlichen Volkszählung (Census) von 2011 setzt sich die Bevölkerung Südafrikas nach Bevölkerungsgruppen wie folgt zusammen: 79,2 % Schwarzafrikaner, jeweils 8,9 % Weiße und Kap-Farbige, 2,5 % Inder bzw. Asiaten und 0,5 % Andere, vgl. www.statssa.gov.za/publications/P03014/P030142011.pdf, Stand: 10.11.2016. Die Bevölkerungsgruppen werden dabei folgendermaßen bezeichnet: „Black African, Coloured, Indian/Asian, White, Other.“ Die Kap-Farbigen

(„Coloureds“) werden in deutschsprachigen Publikationen auch öfters als Mischlinge bezeichnet. In der Provinz Westkap machen sie mit 48,8 % fast die Hälfte der Bevölkerung aus. Die meisten von ihnen sprechen als Muttersprache das aus dem kapholländischen Dialekt entstandene Afrikaans. Zur Definition der südafrikanischen Bevölkerungsgruppen siehe auch Noller, Jost F.: Theorie und Praxis der Apartheid, Eine Analyse der Grundlagen und Bedingungen der Politik der „Getrennten Entwicklung“ in Südafrika, Frankfurt a. M. 1977, S. 13ff. sowie Ders.: Südafrika, in: Die Wahl der Parlamente und anderer Staatsorgane, Band II, Afrika: Politische Organisation und Repräsentation in Afrika, 2. Halbband, hrsg. von Dolf Sternberger u. a., Berlin / New York 1978, S. 2074 ff.

³ Johannesburg's new mayor. Capitalist crusader, in: The Economist, 24.9.2016, S. 35 f.

⁴ Siehe u. a. Johnson, R. W.: How long will South Africa survive? (The looming crisis), Revised paperback edition, London 2016, passim.

⁵ Project Country Research Institution for the United Nations Economic Commission for Africa: African Governance Report III – Elections and the Management of Diversity in Africa: National Country Report for South Africa, Pretoria 2012, S. 30; Choudhry, Sujit: „He Had a Mandate“: The South African Constitutional Court and the African National Congress in a Dominant Party Democracy, Constitutional Court Review 2/2009, S. 1-86; Kende, Mark: Enforcing the South African Constitution: The Fight for Judicial Independence and Separation of Powers, Transnational Law & Contemporary Problems 23/2014, S. 35-49; so auch Böhrer, Werner: Verfassung und Gewaltenteilung: Wie unabhängig bleibt die Justiz in Südafrika, KAS-Länderbericht, Johannesburg 2011.

⁶ Vgl. in: Mail & Guardian, 27.2.2015, S. 13: „[...] journalists have become praise singers for the party in power and, according to an independent journalist, are a disgrace to the profession.“ oder in: Mail & Guardian, 27.2.2015, S. 5: „ANC wants SABC to show JZ more love.“

⁷ Southall, Roger: Democracy at Risk? Politics and Governance under the ANC, The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science, 652/2014, S. 48-69, hier S. 63 f.; Bertelsmann Stiftung: BTI 2014 – South Africa Country Report, Gütersloh 2014, S. 8; Public Affairs Research Institute: Diagnostic Research Report on Corruption, Non-Compliance and Weak Organisations, Parktown West 2012, S. 27 ff.; Southall, Roger: The ANC for Sale? Money, Morality & Business in South Africa, in: Review of African Political Economy 35/2008, S. 281-299.

⁸ <http://www.nzz.ch/wirtschaft/wirtschaftspolitik/finanzminister-gordhan-angeklagt-machtkampf-in-suedafrika-eskaliert-ld.121502>, Stand: 3.11.2016.

⁹ Magome, Mogomotsi: Zuma in most vulnerable spot since 2007, in: Cape Times, 2.5.2016, <http://www.iol.co.za/capetimes/zuma-in-most-vulnerable-spot-since-2007-2016499>, Stand: 3.5.2016.

¹⁰ Public Protector South Africa: State of Capture, Report on an investigation into alleged improper and unethical conduct by the president and other state functionaries relating to alleged improper re-

lationships and involvement of the Gupta family in the removal and appointment of Ministers and Directors of State-Owned Enterprises resulting in improper and possibly corrupt award of state contracts and benefits to the Gupta family's businesses, in: Report 6/2016-17, http://www.pprotect.org/library/investigation_report/investigation_report.asp, Stand: 3.9.2016.

¹¹ SA student dropout rate high, in: Africa News Agency, 19.5.2015, <https://www.enca.com/south-africa/student-dropout-rate-high>, Stand: 3.11.2016.

¹² Capazorio, Bianca: We can't afford free education, says Nzimande – critics say „nonsense“, in: TMG Digital / The Times, 25.10.2016, <http://www.timeslive.co.za/politics/2016/10/25/We-cant-afford-free-education%E2%80%9A-says-Nzimate---critics-say-nonsense>.

¹³ „The political class and the civil service took an ever-larger share of national income and yet produced next to nothing in return“, Johnson, How long will South Africa survive?, S. 147.

¹⁴ Mthembu calls for entire ANC leadership to step down, in: TMG Digital, 23.10.2016, <http://www.timeslive.co.za/politics/2016/10/23/Mthembu-calls-for-entire-ANC-leadership-to-step-down>, Stand: 8.11.2016.

¹⁵ Mkentane, Luyolo: ANC-Vets: Our country is burning, in: The Star, 4.11.2016, <http://www.iol.co.za/news/crime-courts/anc-vets-our-country-is-burning-2086695>

¹⁶ Mahlakoana, Theto: Cosatu unhappy with ANC-run government, <http://www.iol.co.za/news/politics/cosatu-unhappy-with-anc-run-government-2086587>, Stand: 3.11.2016.

¹⁷ Mbatha, Amogelang: Six candidates vie to succeed Zuma as ANC president, in: Mail & Guardian, 11.11.2016, <http://mg.co.za/article/2016-11-11-six-candidates-vie-to-succeed-zuma-as-anc-president>, Stand: 3.11.2016.

¹⁸ Enough is enough – stop the Guptarisation of our state – Nzimande, <http://www.timeslive.co.za/politics/2016/11/06/%E2%80%98Enough-is-enough-%E2%80%93-stop-the-Guptarisation-of-our-state%E2%80%99---Nzimate>, Stand: 6.11.2016.

¹⁹ Winkelmann, Thorsten: Länderporträt: Südafrika, in: Extremismus & Demokratie, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2010, S. 204-237.

²⁰ Patrick, Alexandra: Mandela Bay council meeting ends in bloodshed, <http://www.iol.co.za/news/crime-courts/mandela-bay-council-meeting-ends-in-bloodshed-2084360>, Stand: 27.10.2016; ANC masterminding co-ordinated campaign of disruption: Tshwane mayor Solly Msimanga, in: TMG Digital, 28.10.2016, www.timeslive.co.za/politics/2016/10/28/ANC-masterminding-co-ordinated-campaign-of-disruption-Tshwane-mayor-Solly-Msimanga, Stand: 28.10.2016.

/// Muslime, Kurden, Jesiden

DIE RELIGION DER ASYLANTEN

WERNER WIATER /// Im Jahr 2015 kamen in die Bundesrepublik Deutschland kriegs-, verfolgungs- und armutsbedingt etwa 1,1 Mio. Zuwanderer, vornehmlich aus Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Eritrea, Pakistan und Nigeria. Soweit es ermittelbar war, gehörten die Zuwanderer zu über 80 % dem Islam an, wenige sind Christen, noch weniger Kurden und Jesiden. Angesichts der Probleme, die mit der Religionszugehörigkeit der Asylsuchenden in deren von Kriegen und Auseinandersetzungen heimgesuchten Herkunftsländern zusammenhängen, und der gesellschaftlichen Schwierigkeiten, die in europäischen Staaten seit geraumer Zeit mit Teilen der Muslime bestehen, scheint es angebracht, dem Faktor Religion bei den Betroffenen und Beteiligten nachzuforschen.

Vorbemerkung

Zwischen Religion und ethischem Handeln bestehen bei gottgläubigen Menschen existenziale Zusammenhänge. Der Mensch als Geschöpf Gottes (bei monotheistischen Religionen wie dem Judentum, dem Christentum und dem Islam) ist aufgefordert, auf das geoffenbarte Wort seines Gottes zu hören und es zu befolgen, damit er zu seiner eigentlichen Bestimmung kommt und dafür von Gott anerkannt und belohnt wird. In den heiligen Schriften (Alttestamentliche Bibel, Neues Testament, Koran), aus denen der Wille Gottes entnommen werden kann, finden sich dementsprechend Normen, moralische Orientierungen, Pflichten und Anweisungen für die Lebenspraxis, die das von Gott Gewollte und sittlich Gute realisieren hel-

fen. In Gesellschaften mit einer Staatsreligion, die aus dem göttlichen Willen ableiten, was zulässig und schützenswert ist, ist das Recht wertschaffend, wertprägend und werterziehend. Neben dem positiven Gesetzesrecht gibt es allerdings zu allen Zeiten und überall

Religionen wirken **VERHALTENSORIENTIEREND**.

besondere Verhaltensregeln, Rechte und Pflichten, die Gruppen und soziale Verbände verbindlich machen und mit sozialem Druck durchsetzen und die ebenfalls verhaltensorientierend wirken (nicht-staatliche Regelungssysteme).¹ Dazu zählen vor allem auch Religionsgemeinschaften. Zum Problem werden sie,



Quelle: Friedrich Stark / Alamy Stock Photo - Mauritius Images

In der Fremde findet oft eine
Zuwendung zur Religion statt.
Sie gibt Heimat, Zugehörigkeit
und wirkt identitätsstiftend.

wenn das Recht beispielsweise eines säkular demokratischen Staats mit dem der Religion kollidiert, wozu es im Islam zahlreiche Anhaltspunkte gibt.

Der Islam

Der Islam ist historisch betrachtet die letzte der großen Weltreligionen (Hinduismus, Buddhismus, Judentum, Christentum, Islam). Religionsstifter ist Mohammed (570-632 n. Chr.), ein Kaufmann aus Mekka, der sich als letztgültiger Prophet Gottes (= Allah) und Überbringer von dessen endgültiger Offenbarung an alle Menschen sieht. Im Laufe der fast anderthalbtausendjährigen Geschichte hat sich der Islam in 135 Ländern der Erde etabliert und ist in 35 Ländern Asiens und Afrikas vorherrschend. Er zählt heute etwa 1,3 Milliarden Gläubige. Der Islam ist eine monotheistische Religion mit Allah als Schöpfer und Richter der Welt. Muslime „ergeben sich Gott“, „geben sich Gott hin“ (wie das arabische Wort „islam“ mit dem Wortteil „salam“ / Frieden es besagt) und ihr Leben ist konsequent auf das Jenseits (Himmel / Paradies oder Hölle) fokussiert, das Allah ihnen für ihr Verhalten im Diesseits zuweist.²

1. These: Was Mohammed gesagt hat, gilt für alle Zeit, was er und seine engsten Gefährten getan haben, ist Gebot.

Biographischen Quellen zufolge hatte Mohammed (auch Muhammad, „der Gepriesene“) im Jahr 610 n. Chr. eine sein Leben verändernde Offenbarung Gottes und später noch weitere Offenbarungen bis 622 n. Chr., durch die er sich zum letzten Propheten Gottes berufen fühlte und während derer er den Koran als lebens- und heilsentscheidenden Gottes-Text vom Engel Gabriel

übermittelt bekam. Im Koran mit seinen 114 Suren in 6219 Versen, so der Glaube der Muslime, spricht Allah verbindliche und zeitlos gültige Worte über sich, Mohammed, theologische Themen wie das Jüngste Gericht, Himmel und Hölle, über ethisches, soziales und allgemeines Verhalten und über Recht und Gesetz. Auf der Basis des Koran gründete Mohammed im Jahr 624 n. Chr. in Medina, wohin er aus seinem Wohnsitz Mekka wegen der Ablehnung der arabischen Stämme und der Nichtanerkennung durch die Juden und Christen floh, den Islam als eigene Religion. Er entwickelte dort auch die Ordnung für die muslimischen Gemeinden mit Rechtsnormen und Alltagsvorschriften und begann, den Islam kriegerisch gegen die arabischen Nachbarstämme und gewaltsam gegen Juden und Christen zu verbreiten.

Mohammeds Nachfolger, die sogenannten vier „rechtgeleiteten Kalifen“, führten dies 632-661 n. Chr. schlagkräftig und erfolgreich weiter. In dieser Zeit wurden tausende Hadithe verfasst, gesammelte, zunächst mündliche, dann verschriftlichte Texte mit persönlichen Äußerungen, Ansichten und Gedanken Mohammeds, Ereignisberichte über sein Tun und Verhalten in unterschiedlichen Lebens- und Konfliktsituationen sowie über Begebenheiten aus dem Leben seiner frühen Nachfolger selbst. Zusammengefasst werden die Hadithe auch „die Sunna“ (arab. = Brauch, vorbildlicher Weg, Prophetentradition) genannt.

Ein Jahrhundert nach Mohammeds Tod wurden diese Sammlungen neben dem Koran zur zweitwichtigsten Glaubensquelle und Richtschnur für die Muslime – eine Bedeutung, die sie bis heute haben. Aus dem Koran und der

Sunna ist die Scharia (arab.: Weg) abgeleitet, das islamische Recht mit Vorgaben für das religiöse, politische, wirtschaftliche, soziale und ethische Handeln und Leben der Muslime (und der Nichtmuslime), das der Rechtsprechung und den Rechtsgutachten der islamischen Rechtsschulen, die sich wenig

Koran, Sunna und daraus resultierend die Scharia bilden im Islam die RICHTSCHNUR für das Verhalten.

später gründeten, zugrunde liegt. In den 25 Ländern, in denen der Islam Staatsreligion ist, gilt die Scharia, nach der die geistlichen Führer Recht sprechen. Unterschiedlich radikal werden dabei Vergehen mit brutalen Körperstrafen geahndet (z.B. bei Abfall vom Glauben, Mord, Unzucht, Ehebruch, Homosexualität, Diebstahl, Alkoholgenuß, Glücksspiel), wird in der Familie das Patriarchat mit der Gewalt des Mannes über die Frau durchgesetzt, das benachteiligende Erbrecht von Frauen umgesetzt, der Dschihad zur Verbreitung des Islam für rechtens gefunden und manches mehr.

Unter den Muslimen ist Mohammed als Prophet Gottes eine absolute Autorität. Die Vielzahl der Aussagen über ihn in den Hadithen, die durchaus widersprüchlich genannt werden können, erlaubt es den Muslimen, in ihm einen barmherzigen, geselligen, friedliebenden, verlässlichen, tapferen, Gott und den Nächsten liebenden Gesandten

Gottes zu sehen, womit weniger vertretbare Persönlichkeitszüge bei ihm wie beispielsweise seine vielen Ehefrauen (unter denen es auch eine Jüdin und eine christliche Sklavin gab), die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Nachbarstämmen, seine Kriegslist oder seine Grausamkeit gegenüber den Besiegten (Hinrichtung der Männer, Versklavung von Frauen und Kindern, Frauen und Kinder als Beute an seine Mitkämpfer) überdeckt werden. Mohammed ist für Muslime in allem Vorbild und Tugendbeispiel. Er gibt unbestrittene religiöse, gemeinschaftliche, wirtschaftliche, rechtliche und politische Orientierung. Dabei ist zu bedenken, dass das religiös und heilstheologisch überhöhte Mohammed-Bild, das weder mit Mitteln historisch-kritischer noch mit solchen soziologischer oder psychologischer Wissenschaft analysiert und in Frage gestellt werden darf, der tiefere Grund für die Schwierigkeiten des Islam im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs heute ist.

Als weitere, aktuelle Beispiele können angeführt werden die Polygynie oder die Verheiratung von unmündigen Mädchen (beides findet sich auch in Mohammeds Leben) oder die fehlende Religionsfreiheit. Kritik am Propheten ist eine schwere Sünde und zieht schwere Strafen nach sich. Den Koran, die Sunna und die Scharia beachten, heißt dementsprechend „sich Allah hingeben“ und „den Islam leben“. Wo sich daraus Konflikte mit westlich liberalen und aufgeklärten demokratischen Gesellschaften ergeben, sowohl im Recht als auch in der kulturadäquaten Alltagspraxis, gebührt Mohammed der Vorzug. Denn der Anspruch des Islam ist religiös und zugleich politisch.³

2. These: Der Islam ist eine weltweite Gemeinschaft konfessionell zerstrittener Konfessionen und Gruppen

Der Islam, ursprünglich die Religion der Araber, wurde durch die umherreisenden muslimischen Kaufleute und durch die kriegerischen Eroberungen sehr bald übernational. Bis zum Ende des 7. Jh. breitete er sich bis nach Palästina, Syrien, Ägypten, Tunesien, Marokko, Irak, Persien, Indonesien und China aus, im 8. Jh. nach Indien und Spanien, im 8. Jh. bis Rom, mit der Zeit des Osmanischen Reichs im 13.-20. Jh. kamen das Zentrum Konstantinopel, Persien / Iran, die Mongolei, der Balkan und Afrika dazu. Von Beginn an verstanden sich die Muslime, dem Korantext folgend als eine Umma (arab.: Gemeinschaft, von „umm“ / Mutter abgeleitet), eine religiöse und politische Gemeinschaft aller, die an Allah, den einen Gott, und an seinen Propheten Mohammed glauben und die sich dadurch von allen anderen Religionen und Staatsgemeinschaften abheben. Sie unterziehen sich den fünf

Der Islam ist durch seine Aufspaltung in unterschiedliche Gruppen und Glaubensrichtungen eine INHOMOGENE Konfession.

Pflichten Gott und den Mitmenschen gegenüber, die sogenannten „Fünf Säulen des Islam“ (Glaubensbekenntnis, rituelles Gebet, Almosensteuer, Fasten, Pilgerfahrt nach Mekka), dem Dschihad zur Verbreitung des Islam und dem Verbot, Zinsen zu nehmen. Außerdem übernehmen sie die islamischen Feste (Opferfest, Fest des Fastenbrechens, Mohammed-Feste), Riten, Bräuche,

Speisevorschriften und Alltagsverhaltensweisen.

Dennoch ist Islam nicht gleich Islam. In Wirklichkeit gibt es mehrere große islamische Glaubensrichtungen und kleinere Gruppierungen, die zahlenmäßig und regional unterschiedlich sind, die sich teilweise gegenseitig absprechen, wahre Muslime zu sein, sich verfolgen und bekriegen. Die Spaltung im Islam beginnt schon im 7. Jh., als sich die muslimische Gemeinschaft nach dem Tod Mohammeds, der keinen männlichen Nachkommen hinterlassen hatte, nicht auf einen rechtmäßigen Nachfolger einigen konnte. Das „Volk der Tradition“, die Sunniten, wählte einen engen Vertrauten und Mitkämpfer Mohammeds, Abu Bakr, zum Kalifen, die Fürsprecher für den Vetter und Schwiegersohn Mohammeds, Ali, unterlagen und spalteten sich wenig später als Schiiten, als Partei Alis, ab. Seitdem gibt es bis heute zwischen beiden Richtungen kriegerische Auseinandersetzungen.

Die Sunniten stellen weltweit mehr als 80 % der Muslime und bilden in den meisten islamischen Staaten die Mehrheit. Sie vertreten einen orthodoxen Islam. Die größte ihrer vier Rechtsschulen, die Schule der Hanafiten, vertritt auch heute noch beim Strafrecht und den sogenannten Kapitalverbrechen gegen Allah die traditionelle Scharia mit ihren grausamen Körperstrafen. Die Rechtsschulen entscheiden strittige Fragen durch Analogieschluss oder im Konsens (bezogen auf den Koran, die Sunna und frühere Schariaentscheidungen), nicht aber durch Streitgespräche oder die Äußerung einer eigenen Meinung (Ausnahme: die malikitische Rechtsschule). Zu den Sunniten zählen sich auch die extrem dogmatischen

Wahhabiten, die einen Urislam vertreten und den Koran und die Sunna wortwörtlich auslegen (vor allem in Saudi Arabien; Tendenzen auch in anderen muslimischen Staaten), sowie die Salafisten, die die Lebensordnung aus der Zeit Mohammeds einführen wollen und von denen eine starke Gruppe den Islam mit Mitteln eines kriegerischen Dschihad verbreiten will.

Die zweitgrößte Richtung im Islam sind die Schiiten, die heute weltweit 15-20 % der Muslime ausmachen und im Iran, in Aserbajdschan, Bahrain, im Irak und Oman stark sind. Die Schiiten haben eigene Texte im Koran und in der Sunna, haben Imame als religiöse Führer und Rechtsentscheider statt Kalifen wie bei den Sunniten. Hinsichtlich der Scharia gibt es bei ihnen kaum Unterschiede zu den Sunniten. Auch bei den Schiiten gibt es eine konfessionelle Vielfalt: die Imamiten (Zwölferschiiten), die Ismailiten (Siebenerschiiten), die Zaiditen (Fünferschiiten) – alle so genannt nach der Anzahl der Mohammed nachfolgenden Imame / Kalifen, die sie als rechtmäßig ansehen – sowie die Alawiten oder Nusairier (die in Syrien Regierenden) und die Aleviten. Sie alle setzen theologisch eigene Akzente, sei es, dass sie mit der Wiederkunft des 12. Imam zur Errichtung eines Friedensreichs rechnen, sei es, dass sie wie die Drusen, die zu den Siebener-Schiiten zählen, den Koran offener auslegen und eine Geheimlehre vertreten, sei es, dass sie Ali nicht allein als rechtmäßig ansehen.

Am deutlichsten unterscheiden sich die Aleviten von der islamischen Lehre. Sie haben keine Moscheen, Männer und Frauen treffen sich in Versammlungsräumen; sie lehnen die fünf Pflichten des Islam ab; sie essen Schweinefleisch und trinken Alkohol, und sie verehren den

Die Aufspaltung der muslimischen Gemeinschaft begann mit dem Tod Mohammeds und führt bis heute zu KONFLIKTEN untereinander.

Begründer des Derwisch-Ordens als Heiligen. Ihre Ethik ist vernunftgemäß und sie sind toleranter gegenüber anderen Religionen. Die Scharia lehnen sie ab. Ihr Verbreitungsgebiet ist die Türkei (etwa 15-20 % der Muslime dort), der Balkan und Syrien. In Deutschland sind von den Muslimen etwa 13 % Aleviten.

Die Ibaditen, eine weitere größere Gruppe von Muslimen, vorwiegend im Oman und in Südalgerien, zählen weder zu den Schiiten noch zu den Sunniten. Alle Muslime sind ihnen Brüder, Nicht-Muslime verachten sie. Sie haben eine eigene Hadithe-Sammlung und eigene Rechtsschule. Die Zahl ihrer Anhänger beläuft sich auf etwa 2 Millionen.

Eine besondere Gruppierung ist der Sufi-Orden, 1135 gegründet, bestehend aus den Mystikern des Islam, die asketisch leben und Gott mit Musik, Tanz, rituellem Gebet und stiller Versenkung preisen. Dabei werden sie von Scheichs als Mittler unterstützt, die sie als heilige Autoritäten verehren. Sufi-Orden gibt es weltweit. In muslimischen Ländern sind sie teilweise verboten.

Daneben gibt es im Islam zahlreiche weitere, kleinere Strömungen, Richtungen und Gruppierungen, die meist von der Mehrheit der Muslime abgelehnt und bekämpft werden und bemerkenswerte theologische Unterschiede aufweisen. So erwarten die Mahdi-Bewegun-

gen, vor allem in Pakistan und Marokko, das Kommen eines Islam-Erneuerers („mahdi“) in der Endzeit, was ihnen 1976 den Ausschluss aus dem Islam einbrachte. Im Unterschied zum Mehrheitsislam sind die Mu'tazila an rationalem Argumentieren interessiert, in der Bestrafung von Sündern moderater und ermöglichen Bußhandlungen. Sie verfechten eine politische Neutralität des Islam. Ähnliche Weiterentwicklungen des sunnitischen Islam gibt es auch bei der Ash'ariya. Bekannter und international wirksamer ist die Ahmadiyya. 1880 in Indien gegründet, ist sie eine Reformbewegung im Islam, die von den meisten Muslimen als Irrglaube abgelehnt wird. Sie unterscheidet sich theologisch und rechtlich deutlich vom traditionellen Islam und ist offen für Anpassungen des Islam an die moderne Gesellschaft.⁴

3. These: Muslimische Asylanten erleben sich in Deutschland in einer Diaspora-Situation, was ihre religiöse Identität noch verstärkt

In Europa ist der orthodoxe Islam auf dem Vormarsch. Das beweisen nicht nur die hohen Zahlen von Zuwanderern aus dem letzten Jahr, sondern auch die erfolgreiche Anwerbung von muslimischen männlichen und weiblichen Jugendlichen der 2. und 3. Einwanderergeneration. So individuell die Motive bei der Flucht der Muslime aus ihrer Heimat nach Deutschland oder Europa im Einzelnen auch sein mögen, von der Verfolgung und Bedrohung durch Krieg und Terror, der Gefahr für Leib und Leben, der wirtschaftlich prekären Lebenssituation und Armut in der Heimat bis zur Verpflichtung muslimischer Söhne, für den Lebensunterhalt der zurückgelassenen Familie zu sorgen, so unstrittig ist auch, dass ihre Flucht oder

Auswanderung dazu führt, dass sie sich in den westlichen Zivilisationen in einer „Diaspora-Situation“ erleben.

In nahezu allen vergleichbaren Fällen in der Geschichte macht die Zuwanderer das geneigt, sich zusammenzutun, den hier praktikierbaren Kernbestandteilen ihrer Religion besondere Bedeutung zu geben (bei Muslimen das Gebet, der Moscheebesuch, das Kopftuchtragen, Bräuche, Essensvorschriften usw.) und so ihre Identität aufrechtzuerhalten. Abgrenzung und die Konzentration auf „das Islamische“ sind die Folge. Mittels Handy, Internet und Sozialen Medien können sie sich leicht zu neuen weltweiten „global communities“ vereinigen, sich in der neuen Situation stabilisieren und dann die Expansion ihres Glaubens noch befördern.⁵ Dies ist häufig der Fall bei Zuwanderern mit niedrigem Bildungsstand und solchen, die orthodoxen und extremistischen Lehren gegenüber offen sind, die selbst fundamentalistische Einstellungen haben und den Worten des Imam unvoreingenommen und unkritisch folgen. Dabei ist es unausweichlich, dass fundamentalistische Islam-Vorstellungen mit den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats in Kollision geraten.

Die Religion wirkt in der Fremde oftmals IDENTITÄTSFÖRDERND.

Beispiele dafür gibt es aktuell genügend: die teils brutalen Körperstrafen, die Machtstellung des Mannes über die Frau, das Frauen benachteiligende Familien- und Erbrecht, die Exklusion der Mädchen von gleichberechtigter Teilhabe an Bildung, Beruf und Gesellschaftsleben, die fehlende Religionsfreiheit mit

teils drastischer Bestrafung bei Zugehörigkeit zu einer anderen Richtung des Islam, bei Religionswechsel und bei Anhängerschaft zu einer anderen Religion, die Mehrfrauen-Ehe (Polygynie), die Verheiratung von Kindern und minderjährigen Mädchen, die gewaltsame Durchsetzung der Familienehre, die Praxis der Blutrache usw.⁶

Der Anteil islamisch-fundamentalistischer Einstellungen bei den in Deutschland lebenden Muslimen ist bereits jetzt beträchtlich und nimmt auch nicht unbedingt mit der Anwesenheitsdauer in Deutschland oder Europa ab.

Der Anteil ISLAMISCH-FUNDAMENTALISTISCHER Einstellungen bei den in Deutschland lebenden Muslimen ist nicht unerheblich.

Das belegt eine repräsentative Untersuchung unter den Türkischstämmigen der 1., 2. und 3. Generation (ab 16 Jahre) in Deutschland.⁷ Dort liest man: Die Hälfte der Befragten stimmt dem Satz zu, es gebe nur eine wahre Religion; 47 % von ihnen halten die Befolgung der Islam-Gebote für wichtiger als die deutschen Gesetze (bei den Muslimen der 2. und 3. Generation immer noch 36 %); ein Drittel meint, die Muslime sollten zur Gesellschaftsordnung aus Mohammeds Zeiten zurückkehren; 13 % der Muslime in Deutschland weisen ein verfestigtes fundamentalistisches Weltbild auf, 7 % halten Gewalt bei der Durchsetzung des Islam für gerechtfertigt, die Zahl steigt auf 20 %, wenn der Islam bedroht würde; 72 % der befragten Türkischstämmigen der 2. und 3. Generation halten sich für sehr religiös, und das, obwohl sie weniger als ihre Elterngeneration praktizierende Muslime sind; mit

hohen Prozentwerten (teilweise bis über 80 %) sehen sie im Islam vorrangig seine Friedfertigkeit, Solidarität, Toleranz und Menschenrechte-Achtung.

Dieses Islambild kontrastiert stark mit der deutschen Mehrheitsbevölkerung, für die am Islam vorrangig die Benachteiligung der Frau, der Fanatismus und die Gewaltbereitschaft gesehen werden. In Deutschland und in vielen anderen europäischen Ländern sprechen sich 70-80 % der Bevölkerung dafür aus, dass die Muslime sich anpassen müssten. Nach Darstellung der Autoren dieser Studie kann das hier offenkundige Konfliktpotenzial nur durch mehr persönliche Kontakte zwischen der Mehrheitsbevölkerung und Muslimen verringert werden. Eine Folge ihrer Zuwanderung, nämlich dass sich die Muslime in Europa trotz eigener Bemühungen sozial nicht genügend anerkannt fühlen, könnte auf diese Weise abgemildert werden.

Die Religion der Kurden

Besonderer Erwähnung bedürfen die Kurden, auch wenn sie sich den schiitischen Aleviten zuordnen lassen, weil sie ebenso wie die Aleviten von den Sunniten nicht als Muslime anerkannt werden. Wie die Aleviten glauben sie an eine allmächtige, unsterbliche und allgegenwärtige Wahrheit, eine Macht, die dem Menschen Pflichten und Aufgaben stellt, vermittelt durch Ali, den Schwiegersohn und Vetter Mohammeds, der immer noch existiert und sich durch den Heiligen Geist offenbart. Der Glaube der Kurden verbindet aber christliche, schiitische und altorientalische Vorstellungen, was ihnen über Jahrhunderte bis heute die Verfolgung durch die Sunniten eingebracht hat. Sie standen Kemal Atatürk und seinen Anhängern

Kurden und Jesiden werden von den Muslimen NICHT als solche anerkannt.

nahe, die 1924 den laizistischen türkischen Staat ausriefen. Aufgrund ihres Autonomie- und Unabhängigkeitsstrebens sind sie vielen Verfolgungen und Schwierigkeiten ausgesetzt.⁸

Die Religion der Jesiden

Zu den religiösen Gruppierungen, die unter der Verfolgung durch Islamisten stark zu leiden haben und in größerer Zahl nach Europa und speziell Deutschland fliehen, gehören die Jesiden. Sie sind eine religiöse Minderheit und werden manchmal auch als ethnische Kurden bezeichnet. Sie waren ursprünglich im Nordirak, Nordsyrien und der südöstlichen Türkei ansässig. Die Jesiden sind Monotheisten und glauben, dass Gott die Welt aus einer Perle erschaffen hat, die von sieben Engeln (mit dem Oberhaupt „Melek Tau“, ein Engel mit dem Symbol eines blauen Pfaus), ausgeformt wurde. Scheich Adi Ibn Musafir (†1163) gilt als Menschwerdung Melek Taus und hat dem Jesidentum wichtige Impulse gegeben, ebenso wie fünf weitere Scheichs, die zusammen mit Melek Tau und Scheich Adi die sogenannten „sieben Mysterien“ der Jesiden bilden. Die Zahl der Jesiden kann nur geschätzt werden (einige hundert Tausend). Das Jesidentum gilt als alte kurdische, mythologische, vorislamische Religion ohne heilige Schriften, mit Elementen von Mysterienkulten. Mitglied wird man nur durch Geburt, nicht aber durch

Konversion. Die Heirat mit Andersgläubigen ist verboten und bewirkt den Ausschluss aus der Gemeinschaft.⁹

Schlussbemerkung

Sich die Verschiedenheit der islamischen und islamnahen Konfessionen bewusst zu machen, ist wichtig, um das Denken, Fühlen und Handeln der Zugewanderten und Asylsuchenden besser zu verstehen. Wissen muss man auch, dass das Nebeneinander dieser religiösen Gruppierungen in der Bundesrepublik nicht immer konfliktfrei gelingt. Zu groß ist der dogmatische Streit zwischen ihnen um den wahren Islam sowie die teilweise aggressive Haltung den Apostaten, Andersgläubigen und in vielen Fällen auch den Christen gegenüber. Nach der letzten, zur Zeit verfügbaren Statistik des Statistischen Bundesamts sind von den Muslimen in Deutschland ungefähr 74 % Sunniten, 7 % Schiiten, 13 % Aleviten, 2 % Alawiten, 1,7 % Ahmadiyya-Anhänger, 0,25 % Sufi, 0,01 % Ibaditen, 0,05 % Ismailiten und etwa 0,2 % Salafisten. Etwa die Hälfte der Zuwanderer aus der Türkei sind Aleviten / Kurden. ///

/// Diesem Beitrag folgt in der nächsten Ausgabe der Politischen Studien Teil 2, der sich mit der Religion von christlichen Asylanten beschäftigt.



/// PROF. DR. DR. WERNER WIATER
ist Professor für Schulpädagogik an der Philosophisch-Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Augsburg.

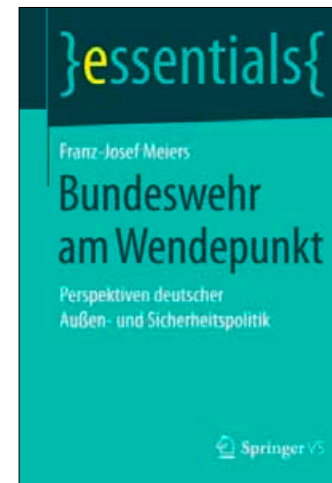
Anmerkungen

- ¹ Wiater, P.: Kulturpluralismus als Herausforderung für Rechtstheorie und Rechtspraxis. Eine völkerrechtsdogmatische und ethnologische Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des EGMR, Baden-Baden 2009, S. 95 f.
- ² Endreß, G.: Der Islam. Eine Einführung in seine Geschichte, München 1997; Halm, H.: Der Islam. Geschichte und Gegenwart, München 2004; Trutwin, W.: Weltreligionen. Islam, München 2010; Brunner, R. (Hrsg.): Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, Stuttgart 2016.
- ³ Görke, A.: Muhammad, in: Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, hrsg. von R. Brunner, Stuttgart 2016, S. 86-109; Trutwin: Weltreligionen Islam, S. 32-45; Sinai, N.: Der Koran, in: Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, hrsg. von R. Brunner, Stuttgart 2016, S. 132-166; Scheiner, J.: Der Hadith, in: Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, hrsg. von R. Brunner, Stuttgart 2016, S. 110-131.
- ⁴ Escher, A.: Die Geographie des islamischen Raumes, in: Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, hrsg. von R. Brunner, Stuttgart 2016, S. 11-43; Brunner, R.: Die Schia, in: Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, hrsg. von R. Brunner, Stuttgart 2016, S. 310-337; Rohe, M.: Das islamische Recht. Geschichte und Gegenwart, München, 3. Aufl., 2011; Trutwin: Weltreligionen Islam, S. 46-53, S. 94-101, S. 102-111; Seesemann, R.: Sufismus und Volksreligion, in: Islam. Einheit und Vielheit einer Weltreligion, hrsg. von R. Brunner, Stuttgart 2016, S. 294-309.
- ⁵ Escher: Die Geographie des islamischen Raumes, S. 30 f.
- ⁶ Rohe, M.: Verhalten der Menschen prüfen. Islam und deutsches Recht, in: Forschung & Lehre 11/2016, S. 958-960; Ders.: Der Islam in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme, München 2016.

⁷ Pollack, D. / Müller, O. / Gergely, R. / Dieler, A.: Integration und Religion aus der Sicht von Türkischstämmigen in Deutschland. Repräsentative Erhebung von TNS Emnid im Auftrag des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster, Münster 2016, www.uni-münster.de, Stand: 22.11.2016.

⁸ Deschner, G.: Die Kurden – Volk ohne Staat, München 2003.

⁹ Affolderbach, A. / Geisler, R.: Die Jesiden, Berlin 2007.



Meiers, Franz-Josef: Bundeswehr am Wendepunkt. Perspektiven deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Wiesbaden: Springer VS 2017, 42 Seiten, € 9,99.

/// Bundeswehr nur bedingt gerüstet

GEWACHSENES AUFGABENSPEKTRUM

In den vergangenen Jahren haben angesichts der sich dramatisch zuspitzenden internationalen (Un-)Sicherheitslage nicht nur prominente ausländische Stimmen wie etwa der frühere polnische Außenminister Radek Sikorski, sondern auch deutsche Spitzenpolitiker wie Bundespräsident Joachim Gauck, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen mehr internationale Verantwortung für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gefordert. Ob diese Mahnrufe tatsächlich in eine aktivere

Rolle der Bundesrepublik in internationalen Krisen und Konflikten mündeten, wird in der hier anzuzeigenden Analyse Franz Josef Meiers' unter dem Titel „Bundeswehr am Wendepunkt. Perspektiven deutscher Außen- und Sicherheitspolitik“ untersucht. Der Autor, der als Privatdozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster wirkt, ist als Experte für deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bestens ausgewiesen. Aus seiner Feder stammt u. a. eine detaillierte wissenschaftliche Studie „Zu neuen Ufern? Die deutsche Sicherheits-

und Verteidigungspolitik in einer Welt des Wandels 1990-2000“ aus dem Jahre 2006, die in einschlägigen Fachkreisen als Standardwerk deutscher Sicherheitspolitik der ersten Dekade nach der Wiedervereinigung gilt.

Einen Umfang von mehreren Hundert Seiten steuert die Reihe „essentials“ des Springer-Verlages aber bewusst nicht an. Stattdessen liefern diese nur etwa 40-50 Seiten umfassenden Monographien – so das Verlagskonzept – „aktuelles Wissen in konzentrierter Form. Die Essenz dessen, worauf es als ‚State-of-the-Art‘ in der gegenwärtigen Fachdiskussion oder in der Praxis ankommt.“ Die einzelnen Analysen, die aus den Wirtschafts-, Sozial- und Geisteswissenschaften, aber auch aus Technik und Naturwissenschaften sowie Medizin und Psychologie stammen können, sollen „schnell, unkompliziert und verständlich“ in ein aktuelles Thema einführen und der geneigten Leserschaft Einblicke vermitteln, um „mitreden zu können“.

Dieses Desiderat kann Meiers‘ Schrift vollumfänglich erfüllen. Die Studie, die schon im Titel – welcher bewusst nicht durch ein Fragezeichen relativiert wurde – der deutschen Bundeswehr einen signifikanten Wandel attestiert, reflektiert zunächst die Debatte um eine aktivere deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und wendet sich dann unter der Überschrift „Abkehr von der Schrumpfkur“ den Veränderungen der Bundeswehr zu, bevor Berlins (neue) Beiträge zum internationalen Krisenmanagement bilanziert und bewertet werden.

Können mittels der vom Verteidigungsministerium geforderten „Trendwende“ die von Ursula von der Leyen identifizierten drei „Leerstellen“, nämlich im Personalbereich, in der Ausstattung und in der Finanzierung, nachhaltig

und erschöpfend beseitigt werden, um die Lücke zwischen dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr und dem gestiegenen Anforderungsprofil zu schließen? Was die Beseitigung der Unterpersonalisierung wie der Unterausstattung der Bundeswehr anbetrifft, so stellt Meiers, unterlegt durch aktuelles Zahlenmaterial, den diesbezüglichen Fortschritten auf dem Weg zur Zielverwirklichung die mannigfaltigen Probleme gegenüber. So stoße die von Frau von der Leyen angestrebte Ersetzung „starrer personeller Obergrenzen“ durch einen „atmenden Personalkörper“ aufgrund des ausgeprägten Fachkräftemangels, „verstärkt durch die strukturellen Unterdeckungen in der Alters- und Dienstgradstruktur“, an „deutliche Grenzen“. Bei der Trendwende Material ist es neben offenen finanziellen Fragen insbesondere der Faktor Zeit, der eine wichtige Herausforderung für die Realisierung ambitionierter Ziele darstellt. Da eine ganze Reihe notwendiger Veränderungsprozesse nicht kurzfristig „in Breite und Tiefe wirksam“ werden können, bedeutet das für Meiers „im Umkehrschluss, dass die Bundeswehr auch in den nächsten Jahren nur bedingt einsatzbereit ist und deutsche Soldaten nicht mit zuverlässiger und zweckmäßiger Ausrüstung ausgestattet sein werden, um einen angemessenen Beitrag zur Bewältigung des gesamten Einsatzspektrums leisten und mit optimalem Schutz vor Gefahren durchführen zu können“. Da auch die geplante Erhöhung des Verteidigungsetats um mehr als zehn Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 nicht ausreicht, um die Trendwende bei Personal und Rüstung „nachhaltig im Wehretat zu unterlegen“, müsse das Verteidigungsressort die strategische Herausforderung bewältigen, „Prioritäten zu setzen“, um „Auftrag, Struktur und Fi-

nanzausstattung in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander zu bringen“, damit das gewachsene Aufgabenspektrum und die bündnispolitischen Verpflichtungen der Bundeswehr erfüllt werden können. Diese schwierige Aufgabe reflektiere auch das Weißbuch von 2016, das unumwunden einräumt, dass die Bundeswehr derzeit „hinsichtlich ihrer Strukturen und Ressourcen zur Erfüllung dieser Zielsetzungen noch nicht in dem angestrebten Umfang aufgestellt“ (S. 117) sei.

Zwar sei, so das Fazit von Meiers‘ Analyse, die Bundesregierung seit dem Krisenjahr 2014 „sehr wohl bereit, eine größere diplomatische Rolle im Krisen- und Konfliktmanagement in und außerhalb Europas zu übernehmen“. Die deutsche Politik werde aber „über Parteigrenzen hinweg auch in Zukunft einer sicherheitspolitischen Kultur verpflichtet sein, die primär auf Krisenprävention und politisch-diplomatische Konfliktregelung“ setzt. „Im Gegensatz zur Trendwende, deren Erfolg gerade von der Überwindung des prekären Status quo eines permanenten Schrumpfens abhängt, findet eine aktivere Rolle Deutschlands in der Welt dort ihre Grenze, wo die Kultur der Zurückhaltung eine Beteiligung Deutschlands an bündnisgemeinsamen Kampf- bzw. Kriegseinsätzen kategorisch ausschließt.“

Die Studie richte sich, so die Intention von Autor und Verlag, an Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft sowie an Journalisten und Politiker. Obwohl nicht alle dieser Zielgruppen in gleicher Weise von der Lektüre profitieren werden, dürften es die meisten Leser zu schätzen wissen, dass das Wesentliche des im Mittelpunkt stehenden Sujets auf knappem Raum präzise, sachlich und verständlich dargestellt wird. Wer zusätzliche Informationen sucht und tiefer

in die Problematik einsteigen möchte, wird mit dem bemerkenswert ausführlichen und aktuellen Literaturverzeichnis im Anhang gut bedient.

PROF. DR. REINHARD MEIER-WALSER,
CHEFREDAKTEUR POLITISCHE STUDIEN

Helberg, Kristin: *Verzerrte Sichtweisen. Syrer bei uns. Von Ängsten, Missverständnissen und einem veränderten Land. Freiburg im Breisgau: Herder-Verlag 2016, 269 Seiten, € 24,99.*



Die Politikwissenschaftlerin und Journalistin, die zehn Jahre lang aus Damaskus berichtete und mit einem Syrer verheiratet ist, kann aus erster Hand über Syrien und seine Menschen berichten. Ihr Buch unterteilt sich in eine Analyse der Ursachen und Folgen des Krieges, eine Darstellung unterschiedlichen Verhaltens von Deutschen und Syrern sowie Handlungsempfehlungen für beide Seiten, damit Miteinander und Integration gelingen können.

In ihrer Konfliktanalyse nimmt Helberg kein Blatt vor den Mund. Zwar räumt sie ein, dass es inzwischen auf allen Seiten Radikale, Extremisten und Kriegsverbrecher gäbe, doch nur das Assad-Regime würde systematisch mit allen Instrumenten eines Staates Krieg gegen die Zivilbevölkerung führen. Der Großteil der zivilen Toten ginge daher auf dessen Konto – gemäß dem Syrischen Netzwerk für Menschenrechte über 180.000 (knapp 95 %). Allein das Assad-Regime sei 2011 für den Übergang von friedlichen Protesten zur gewaltsamen Konfrontation verantwortlich gewesen, indem es auf seine Bürger schießen ließ – und noch nicht islamistische Kriegstreiber oder ausländische Interventionen. Ursache der Proteste sei das korrupte, klientelistische Regime, das vielen Bür-

gern kein Leben in Würde und Freiheit ermögliche. Den Einwand, dass man nur mit Assad dschihadistische Gruppen bekämpfen könne, lässt sie nicht gelten. Jahrelang habe das Regime diese Gruppen gewähren lassen, sie partiell sogar gefördert, um dem Ausland die Scheinalternative „Wir oder die Dschihadisten“ schmackhaft zu machen. Wenn man jetzt mit Assad paktiere, würde man nur weitere verzweifelte Sunniten in die Hände von Radikalen treiben.

Gemäß Helberg hat der Westen versagt, indem er keine Flugverbotszone durchgesetzt und keine humanitäre Versorgung erzwungen hat. Auch ohne ausdrückliche Ermächtigung des Sicherheitsrats würden die verabschiedeten Resolutionen für solche Schutzmaßnahmen ausreichen. Auch in der heutigen Konfliktkonstellation plädiert sie für westliches Eingreifen, z. B. für Vergeltungsschläge von Kriegsschiffen im Mittelmeer gegen syrische Armeeeinrichtungen. Diese Forderung erscheint freilich unrealistisch: Welcher westliche Staat dürfte erpicht darauf sein, Zwischenfälle mit der russischen Luftwaffe zu riskieren, die seit Herbst 2015 die Lufthöhe über bedeutende Landesteile hat?

Lesenswert ist die Gegenüberstellung des Verhaltens von Deutschen und Syrern (wobei Letztere eher von gesellschaftlichen Traditionen als von der Religion geprägt seien). Helberg betont den starken Individualismus in Deutschland, dem in Syrien eine Verwurzelung in Familie, Dorf- bzw. Quartiergemeinschaft, Religionsgruppe oder Stamm gegenüberstehe. Normen würden in Deutschland über Gesetze aufrechterhalten, in Syrien durch gesellschaftliche Sanktionierung. Der öffentliche Raum werde in Syrien gering geschätzt, hoch hingegen die private Sphäre. Doch handele es sich um eine

familiäre Privatsphäre – für individuelle Rückzugsräume gäbe es kaum Bedarf. Respekt werde in Syrien den Älteren erwiesen, hingegen genossen in Deutschland Kinder einen Grad an Individualbetreuung, der in Syrien unvorstellbar sei. Muslimische Männer seien nicht per se potenzielle Vergewaltiger – im Gegenteil: Islam und Tradition forderten Respekt vor Frauen. Doch seien arabische wie auch westliche Gesellschaften nicht frei von Patriarchalismus, Sexismus und Doppelmoral. Hinzu komme bei lange abgeschotteten Gesellschaften der Kulturschock, wenn darin sozialisierte Bürger plötzlich mit ungeahnter Freizügigkeit konfrontiert würden, was zu Fehlinterpretationen führe. Wichtig seien daher Maßnahmen zur Sensibilisierung der Neuankömmlinge.

Zum Schluss rechnet Helberg mit der deutschen Migrationspolitik ab. Zuwanderer aller Art würden zwangsläufig auf die Asylschiene geschickt und damit in eine endlose bürokratische Warteschleife. Wichtig sei es, Deutschland als Land der Zuwanderung zu begreifen und diese professionell zu organisieren. Gebraucht würden ein modernes Einwanderungsgesetz mit klaren Vorgaben für auf dem Arbeitsmarkt benötigte Migrationswillige, großzügige Kontingente für Kriegsflüchtlinge, die in Lagern der Krisenregion gezielt ausgewählt würden und damit auf menschenwürdige, sichere und planbare Weise zu uns kommen könnten, sowie ein Asylgesetz, das die Stellung des Erstantrags bereits im Heimatland ermögliche.

Einer homogenen „Abstammungsnation“ und einer „deutschen Leitkultur“ erteilt sie eine Absage. Was deutsch sei, werde individuell bestimmt, zudem befinde es sich in einem dauernden Veränderungsprozess. Integration bedeute

nicht, bestimmtes Verhalten zu übernehmen, sondern sich gestaltend in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben einzubringen. Den Rahmen setze allein das Grundgesetz mit seiner Pflicht zu Freiheit, Toleranz und Achtung der Menschenwürde. Dies seien auch die Kernbezüge für einen aufgeklärten deutschen Patriotismus.

Selbstverständlich gehöre der in der europäischen Geistesgeschichte verwurzelte Islam genauso zu Deutschland wie etwa das römisch-griechische Erbe, das Christentum, das Judentum oder die Aufklärung. Helberg plädiert für ein Deutschland der „Vielfalt in Einheit“: „Wenn der erste Bundesverfassungsrichter Ahmad heißt, eine Frau mit Kopftuch Ministerin wird und Berlin einen muslimischen Bürgermeister hat (wie Rotterdam und London), dann sind wir kein Kalifat, sondern eine funktionierende Verfassungsnation mit einer auf Pluralismus basierenden Gesellschaft. Ein erfolgreiches Integrationsland, in dem jeder alles werden kann. Wirklich geschafft haben wir es allerdings erst, wenn genau das in deutschen Medien keine Nachricht mehr wert ist.“ Für viele Deutsche mag diese Vision freilich recht utopisch klingen.

DR. MARTIN PABST,
MÜNCHEN

Hein, Dieter: *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert*. München: C. H. Beck-Verlag 2016, 128 Seiten, € 8,95.



Auch wenn die Geschichtsschreibung oft vom „langen 19. Jahrhundert“ spricht, muss man wissen, dass das 19. Jahrhundert mit den Höhepunkten in Form der Revolutionen 1848/49 und der Reichsgründung 1871 für Deutschland kein unwesentliches Jahrhundert ist. Mehr noch: Der Verfasser Dieter Hein erkennt in dieser Epoche fünf konfliktbeladene und schwierige Problemkreise, welche durchaus auch in die Jetztzeit berechtigterweise übertragen werden können.

Der Autor, seit 2002 außerplanmäßiger Professor für Geschichte an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, geht den fünf Fragestellungen „Bedingen wirtschaftliche und politische Liberalisierung einander?“, „Wird eine umfassende Demokratisierung durch frühe politische Partizipationschancen für möglichst Viele gefördert oder behindert?“, „Welche Rolle spielt der Nationalstaat dabei?“, „Bezeichnen ‚Säkularisierung der Gesellschaft‘ und ‚Modernisierung der Religion‘ alternative Wege?“ und „Sind Revolution und Reform ausschließende Alternativen?“ auf den Grund. Trotzdem gliedert er sein kompaktes Werk keineswegs nach den Fragen, sondern lässt sie perspektivisch mitlaufen. Hein will das

19. Jahrhundert kritisch reflektieren und dank eines aktualisierten modernisierungstheoretischen Ansatzes erschließen. Das Durchgangsalter, so wie er es nennt, endet mit dem Durchbruch der Moderne. Ferner erkennt man allzu gerne, dass seine Historiographie gegen den Strom schwimmt, zumal diese Ära zu oft in die Vormoderne abgedrftet ist.

Der Verfasser teilt sein kompaktes und lesenswertes Buch in drei Kapitel, die jeweils ein „Zeitalter“ zum Inhalt haben. Und da wären wir wieder beim langen 19. Jahrhundert, für das die Zahlen 1789 bis 1914 wie ein Fanal stehen. Bleiben wir bei der Gliederung: Heins Einordnung umfasst das revolutionäre (1789-1849), das industrielle (1850-1880) und das imperiale Zeitalter (1871-1914). Der Autor versteht es mehr als gut, in die Entwicklungsströme Erörterungen einzuflechten, aus welchem Grund alte Positionen in der Gegenwart nicht mehr vertreten werden und wieso in mancherlei Fragen kontroverse Debatten möglich sind. Das dadurch scharf umrissene Bild Heins verdeutlicht klar, warum die Geschichtsschreibung sich änderte und niemals einheitlich war. Er wägt seine Argumentation ab, weiß aber auch gekonnt die Entwicklungsstränge, die widersprüchlich waren, mit pointierten Deutungen darzustellen.

Ohne Zweifel kann jedes einzelne Kapitel als eigenständiges Buch ausgebaut werden, aber die langen Linien der Entwicklungen zeugen von der herausragenden Fachkenntnis des Verfassers. Transformationsprozesse vom primären in den sekundären Sektor werden genauso erwähnt wie die Herausbildung einer Klassengesellschaft. Letztere wird in einem Unterkapitel angeschnitten. Überdies weiß der Autor mit Problembereichen des bürgerlichen Integrationskonzepts

den Leser zu fesseln. Frauen und Juden werden nicht ausgeklammert, wobei für Letztere eine schnelle Verbürgerlichung und eine Parallelwelt, angeheizt durch Diskriminierungen, dingfest gemacht werden.

Hein befasst sich auch mit einer sehr guten Analyse des Kaiserreichs, den zentralen Kennzeichen und Paradigmen der wilhelminischen Weltpolitik und der Unbestimmtheit der Ziele. Gerade diese haben, schenkt man dem Autor Glauben, zur Selbstaussgrenzung in einem wesentlichen Ausmaß beigetragen. Das Zäsurjahr 1914 ist dem Verfasser zufolge kein Ergebnis einer groß angelegten Kriegsstrategie, sondern die Folge einer fehlgeschlagenen Politik des kalkulierten Risikos von deutscher Seite.

Außerdem kann man Heins Werk, auch wenn es der Reihe pflichtgeschuldet nur ein kleiner, schmaler und dennoch lesenswerter Band ist, als kompakten und informativen Begleiter durch die deutsche Geschichte zwischen 1789 und 1914 ansehen. Das Signum Heins macht die Gleichzeitigkeit der Erwartung des Fortschritts mit der Kritik der Zivilisation und dem Kulturpessimismus aus. Abschließend kann man aus dieser Mannigfaltigkeit heraus um 1900 herum die Ideen in den Vordergrund rücken, die nach 1918 in einem veränderten Umfeld triumphieren. Das wäre jedoch, um den Schlusssatz des Verfassers zu zitieren, „weder der komplexen Vielfalt der Zeit der Jahrhundertwende noch dem jeweiligen Stellenwert der Ideen gerecht.“

ANDREAS RAFFEINER,
BOZEN



Oltmer, Jochen (Hrsg.): *Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert*. Berlin / Boston: Walter de Gruyter 2016, 1058 Seiten, € 89,95.

Migration ist ein sozialer Prozess, der seine eigenen Dynamiken entwickelt. Staaten versuchen, Migration zu regulieren, zu kontrollieren und zu steuern. Staaten sind aber auch Verursacher von Formen der Zwangsmigration – durch Vertreibungen oder ethnische Säuberungen. „Deutschland“ vom 17. bis zum beginnenden 21. Jahrhundert umfasst das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ (das „Alte Reich“) bis 1806, den Rheinbund und den Deutschen Bund, das Kaiserreich, die Weimarer Republik, das „Dritte Reich“, die beiden Deutschlands nach dem Krieg – und damit 350 Jahre, in denen sich sowohl Staatlichkeit als auch Migration grundlegend gewandelt haben. Das „Handbuch Staat und Migration in Deutschland seit dem 17. Jahrhundert“ mit einem Umfang von über tausend Seiten thematisiert Mobilitäts- und Migrationsformen und staatlichen Umgang damit seit dem Ende des 30-jährigen Krieges.

Damit wird ein Zeitraum von der frühneuzeitlichen Ständegesellschaft über die Entstehung von Nationalstaaten bis hin zur postindustriellen Gesellschaft und der Europäischen Union erfasst. Das Werk ist in sieben Teile und 29 Beiträge (und eine Einleitung von Herausgeber Jochen Oltmer) gegliedert.

Die ersten beiden Teile enthalten Beiträge zum Zeitraum von der Mitte des 17. Jahrhunderts bis zur Reichseinigung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Hier werden Querschnittsthemen wie die „Steuerung von Migration im frühneuzeitlichen Territorialstaat des Alten Reiches“, „Konfession, Staat und Migration“ oder „Staatliche Abgrenzungen durch Passwesen und Visumzwang“ behandelt. Die Beiträge der nächsten fünf Teile sind sehr viel kleinteiligeren Themen gewidmet, etwa der Aussiedlermigration oder den „Remigranten, Übersiedlern, ausländischen Studierenden und Arbeitsmigranten in der DDR“.

Sesshaftigkeit war und ist bis heute der historische Normalfall, wenn man von staatlich verursachter Zwangsmigration im 20. Jahrhundert, dem „Jahrhundert der Flüchtlinge“, einmal abieht. Zu der grundsätzlichen Immobilität durch die „Schollenpflicht“ der leibeigenen Untertanen im 16. und 17. Jahrhundert trat zunehmende Mobilität durch Kriege, Bevölkerungswachstum, Seuchen und Hungersnöte. Hinzu kam eine von den Obrigkeiten geförderte Politik der Besiedelung weitgehend menschenleerer Gebiete (Peuplierung) als Ausdruck von Bevölkerungspolitik. Auch der Wiederaufbau von Städten war ein Ziel der Privilegierung gern gesehener Einwanderergruppen wie den Hugenotten.

Migration wird in diesem Teil, des Werkes zum Oberbegriff für jegliche Form lokaler Mobilität. Die vielfältige Struktur des „Alten Reiches“ macht es unmöglich, auf der Ebene des Reiches oder dessen Territorien von einheitlichen Formen der Migrationssteuerung zu sprechen. Reichsweite Rechtsnormen gab es kaum, worauf Karl Härter in seinem Beitrag hinweist. Besondere obrig-

keitliche Aufmerksamkeit fanden Vaganten, Bettler und andere Umherziehende. Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurde mittels Pässen und anderen Reisedokumenten die Mobilität der Untertanen zunehmend staatlich kontrolliert. Erst seit dem 19. Jahrhundert und dem Entstehen moderner Staatlichkeit wurden standardisierte Pässe und die Passpflicht eingeführt. „Zwangsarbeitersysteme“ im Ersten Weltkrieg, der Schutz von Flüchtlingen und die Arbeitsmigration in der Weimarer Republik gehören zu den weiteren Themen, die bearbeitet werden.

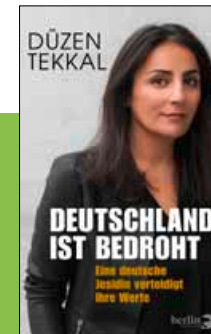
Die Beiträge des Handbuches bieten einen Überblick über die große Vielfalt von Anlässen, Motiven und Formen von räumlicher Mobilität und Migration in den zurückliegenden 350 Jahren. Gleiches gilt für den obrigkeitlichen und staatlichen Umgang damit. Diese Vielfalt bringt es mit sich, dass unter „Migration“ sowohl jegliche Form der Mobilität als auch Vertreibungen und „ethnische Säuberungen“, wie sie vor allem das 20. Jahrhundert kennzeichnen, subsumiert werden. Dies wiederum trägt zu einer begrifflichen Unschärfe bei, die einem adäquaten Verständnis historischer Vorgänge nicht dienlich ist. Dies wird deutlich, wenn von „Migration als Kriegsfolge“ nach 1945 die Rede ist, also von den Flüchtlingen, Vertriebenen, Kriegsgefangenen und „displaced persons“ die Rede ist. Hier verschleiert „Migration“ in seiner Abstraktheit die tatsächlichen Vorgänge.

In Übereinstimmung mit der herrschenden Meinung in weiten Teilen der Migrationsforschung fällt die politische Bewertung aus, die in Beiträgen zu zeitgeschichtlichen Themen zum Ausdruck kommt. Die Debatte um Deutschland als Einwanderungsland und die politi-

sche Bewertung der Veränderungen des Staatsangehörigkeitsrechts können hier als Beispiele dienen. Das schmälert allerdings nicht die Bedeutung dieses Handbuchs, das wichtige Anregungen für die vertiefte Beschäftigung und weitergehende Forschung bietet.

PD DR. HABIL. STEFAN LUFT,
UNIVERSITÄT BREMEN

Tekkal, Düzen: Deutschland ist bedroht. Warum wir unsere Werte verteidigen müssen. Berlin: Berlin Verlag 2016, 224 Seiten, € 16,99.



Düzen Tekkal blickt mich vom Cover ihres Buches „Deutschland ist bedroht“ auf schwer zu bestimmende Weise an. Ein skeptischer Blick wird von der Andeutung eines verhaltenen Lächelns begleitet. Ich fühle mich auf die Probe gestellt. Wo bzw. wofür stehst du? Diese Frage am Anfang und am Ende ihres Buches hält Tekkal für wichtiger als die Frage nach der Herkunft, die sie als Tochter aus einer jesidischen Gastarbeiterfamilie als Missachtung ihrer Person empfindet (S. 42/219). Zu Beginn, als ich das Buch zum ersten Mal in die Hand nehme, empfinde ich vor allem die Skepsis ihres Blicks, und ich frage mich, auf welcher Seite stehend ich mich

wohl beim Lesen vorfinden werde. Schon bald aber, schon nach wenigen Seiten, als ich wieder einen Blick auf das Coverportrait werfe, hat sich die Skepsis der Autorin in ein Lächeln verwandelt. Ich bin erleichtert. Ich stehe auf der richtigen Seite.

Tekkals Sprache ist klar, ungekünstelt und direkt und trifft mitten ins Herz. Die unglaublichen Greueltaten des IS, über die sie zu berichten weiß, werden in einem sachlichen Ton wiedergegeben. Zugleich hält sie mit ihren Emotionen nicht hinterm Berg. Aber immer weiß man genau, wann sie über aktuelle Ereignisse berichtet und wann sie ihre Gefühle zu Wort kommen lässt. Die Autorin ist eine Journalistin, die weiß, wie man beides auseinanderhält und dafür sorgt, dass beides so zur Sprache kommt, dass es sich gegenseitig nicht beeinträchtigt.

„Krieg macht ehrlich“ (S. 55) – diese Erkenntnis ist das Leitmotiv ihres Buches, und das kann eigentlich niemanden, der es liest, unberührt lassen. Deutschland befindet sich Tekkal zufolge nach 70 Jahren wieder im Krieg. Und zwar nicht wegen der stets präsenten Gefahr von Terroranschlägen, sondern wegen der deutschen jungen Männer, die an der Seite der IS-Kämpfer in den Kampf ziehen. Und es sind viele, viele andere junge Männer und junge Frauen, die in Deutschland bleiben und sich in den sozialen Netzwerken von der islamistischen Hasspropaganda beeinflussen lassen: „Die Kinder, Jugendlichen und Männer, die Mädchen und Frauen aus Deutschland, die sich dem IS anschließen, wurden auch in Deutschland sozialisiert. Inzwischen sind es fast tausend, die diesen Weg gegangen sind, darunter ungefähr hundert meist noch sehr junge Frauen. In Syrien und Irak

findet also auch ein deutscher Krieg statt“ (S. 68).

Aber tatsächlich ist es nicht dieser Krieg, der Deutschland bedroht, sondern „die“ Deutschen selbst, denn der fundamental-islamistische Terror hat einen „bösen Zwilling“, die organisierten Neonazis, Pegida und die AFD und all diejenigen, „die unsere demokratischen Werte nicht akzeptieren und dagegen öffentlich Propaganda machen“ (S. 58), nicht selten wie Pegida und AFD gerade im Namen dieser Werte, für die sie angeblich auf die Straße gehen bzw. ihre „alternative“ Politik propagieren. Nicht zu vergessen all jene braven, „unpolitischen“ Mitbürger, die für alle Missstände gerne „der Politik“ die Schuld geben und „meckern, wenn es nicht so läuft, wie wir uns das vorstellen“ (S. 12). Dabei wird dann unreflektiert das ganze demokratische System mit seinen repräsentativen Strukturen in Frage gestellt. Das trägt zu einem wachsenden Misstrauen und einer sich ausbreitenden allgemeinen Gesprächsverweigerung bei, die das wechselseitige Zuhören und Ernstnehmen – unverzichtbare Voraussetzungen einer demokratischen Kultur – zu einer Seltenheit werden lassen. Diese Kritik ist oft genug berechtigt. Aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir die Freiheit haben, sie zu äußern. Und wir haben auch die Freiheit, uns politisch zu engagieren. Diese Freiheit darf nicht so weit gehen, dass wir uns selbst der Grundlagen unserer Freiheit berauben. Und diese Grundlagen sind es, die Düzen Tekkal verteidigt wissen will.

Mit ihrer eigenen Geschichte und der Geschichte ihrer jesidischen Familie und Herkunft hält Düzen Tekkal ihren Lesern den Spiegel vor, den Spiegel einer Liebe zu einem Deutschland, in dem sie

aufgewachsen ist und das ihr alle Chancen gegeben hat, die sie bereitwillig und kämpferisch nutzte, auch gegen ihre Herkunft, zu der sie sich heute bekennt und auf die sie wieder stolz ist. Dieses Deutschland, das sie im Grundgesetz verkörpert sieht, hat ihre Familie befreit und ihr dabei geholfen, sich wiederum von ihrer Familie zu befreien, so dass sie heute beides zugleich sein kann, deutsch und jesidisch. Vor allem, nachdem sie sich aufgrund eines Telefonanrufs im August 2014, einem Hilferuf von unbekanntem Menschen aus dem Nordirak, auf den Weg machte, um verzweifelte, von einem Völkermord bedrohten Jesiden eine Stimme zu geben (S. 18).

Ich gestehe, dass mir die Tränen kamen, als ich las, was sie dort erlebte. Als Deutscher habe ich gelernt, einer bestimmten Art des Grauens ins Gesicht zu sehen. Der Holocaust, der das Erbe jedes deutschen Staates nach 1945 bildet, hat uns in gewisser Weise darin geschult, das Schlimmste für möglich zu halten, und zwar nicht irgendwo in der Ferne, zum Beispiel der Türkei, wie Tekkal aus dem Osterspaziergang von Goethes Faust zitiert, sondern im Herzen unseres eigenen Landes. Aber das ist eine maschinelle Art von Grausamkeit, auf industrielle Weise ausgeführt. Das schafft Anonymität auf beiden Seiten, sowohl der Opfer wie der Täter. Und ich habe auch gelernt, dass es gerade diese Anonymität ist, die den Opfern das größte Unrecht antut, weil sie sie ihrer Individualität beraubt. Aber das sind alles nur Worthülsen.

Die Grausamkeiten des IS sind ganz und gar nicht anonym. Diese Grausamkeiten sind persönlich und direkt und trotzdem nicht weniger perfide und unerträglich wie die Duschen der Vernichtungslager, von denen ich gelernt habe,

dass sie keine Vergleiche zulassen. Und Vergleiche will ich hier auch nicht ziehen. Ich will nicht Gewalt mit Gewalt und Leid mit Leid gegeneinander aufrechnen. Aber an die eine Form der Gewalt habe ich mich gewöhnt. Sie ist Geschichte. Doch fällt es mir schwer, dort hinzusehen, worauf Düzen Tekkals Worte deutlich genug hinzeigen, wenn sie von den Erfahrungen jesidischer Frauen mit dem IS berichtet: „Erst jetzt, viele Monate später, da die überlebenden Frauen zu sprechen beginnen, zeigt sich das ganze Ausmaß der Gewalt: Ich sprach mit einem Geschwisterpaar, das in die Fänge des IS geraten war. Die ältere Schwester war gerade 18 und bot sich selbst den Terroristen an, damit ihre jüngere, neun Jahre alte Schwester verschont würde. Viele jesidische Frauen nahmen das Leid lieber selbst auf sich, als zu erleben, dass es ihren Glaubensschwwestern widerfährt. Eine jesidische Frau, die inzwischen Asyl in Deutschland bekommen hat und psychologisch betreut wird, verlor durch den IS ihre gesamte Familie. Ihr Mann wurde ermordet, ihre beiden Söhne wurden vom IS zu Kindersoldaten gemacht. Man drillt die Kinder darauf, gegen ihre eigenen Familien zu kämpfen. Ihre beiden Töchter wurden versklavt. Mit dem Säugling konnten die Männer des IS nichts anfangen; sie brachen ihm vor den Augen der Mutter das Genick. Seither wird die Frau von diesem Bild verfolgt, sie wird es nicht mehr los“ (S. 26).

Das Erstaunlichste ist für mich, dass aus vielen dieser Frauen Kämpferinnen wurden. Viele der Frauen, die aus der IS-Gefangenschaft befreit wurden, griffen zu den Waffen und zogen mit jesidischen und kurdischen Einheiten in den Kampf: „Viele der eben erst aus der Gefangenschaft freigekommenen Frauen

wollen an der Front ihre Ehre gegen den ‚Islamischen Staat‘ verteidigen. Das wundert die Welt, mich wundert es nicht. Diese Frauen wurden entführt, versklavt und verkauft, manchmal monatelang vergewaltigt. Nach ihrer Freilassung oder ihrem Freikauf haben sie sich Einheiten der kurdischen YPG, Peschmerga-Einheiten oder jesidischen Frauenbataillonen angeschlossen. Sie sagten: Wir wollen keine Opfer mehr sein“ (S. 113).

Was Düzen Tekkal über die Bedrohung Deutschlands zu berichten weiß, hat mich tief bewegt, nicht zuletzt, weil mich vieles an das Deutschland erinnert, in dem auch ich aufgewachsen bin und das ich nach vielen ideologischen Umwegen und persönlichen Ernüchterungen schließlich zu schätzen gelernt habe. Es war und ist kein perfektes Deutschland. Es war und ist keine perfekte Demokratie. Aber Perfektion ist nur eine andere Form von Unmenschlichkeit. Bleiben wir also menschlich und respektieren wir die Menschlichkeit unserer Mitmenschen. Das ist die Botschaft, die ich für mich persönlich Tekkals Buch entnehme, die ihre Hauptaufgabe als Journalistin darin sieht, die Menschen sprechen zu lassen, auch wenn das, was sie zu sagen haben, ihr nicht gefällt: „Mir war immer wichtig, Menschen sprechen zu lassen, statt über sie zu sprechen. Das sind für mich spannende Momente. Ich muss mit meinem Gesprächspartner nicht einer Meinung sein, aber es ist erhellend, was er erzählt“ (S. 156).

Für diese einfache Menschlichkeit sieht sich die Autorin Todesdrohungen ausgesetzt. Sie wird für ihren Mut bewundert, wenn sie ihre Meinung äußert. Aber Düzen Tekkal will nicht mutig sein müssen, nur weil sie eine Selbstver-

ständigkeit in Anspruch nimmt (S. 172). Es wird uns wohl nichts anderes übrig bleiben.

PD DR. DETLEF ZÖLLNER,
UNIVERSITÄT ERFURT

Potts, Charlotte: *Protest im Land der unbegrenzten Möglichkeiten*.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2016, 429 Seiten,
€ 84,00.



Die Thematik des aufkommenden Populismus in der westlichen Hemisphäre hat mit den anhaltenden Entwicklungen u. a. in Europa und den USA eine brisante Aktualität eingenommen. In ihrer Publikation „Protest im Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ hat sich die Autorin Charlotte Potts diesem um sich greifenden Phänomen in den Vereinigten Staaten gewidmet und über einen Zeitraum von gut vier Jahren ein fundiertes wie kurzweiliges Werk geschaffen, das einen in die Lage versetzt, ggf. auch ohne umfassende politikwissenschaftliche Hintergründe sich inhaltlich damit auseinanderzusetzen. Denn durch den Vergleich der Tea Party-Bewegung mit der Occupy-Bewegung skizziert sie, wie sich durch die Vermischung berechtigter gesellschaftlicher Kritik und Forderungen mit neuen Formen von Extremismus in Demokratien eine für unsere liberale Rechts- und

Werteordnung herausfordernde und teils gefährliche neue Art der politischen Konfliktkultur abzeichnet.

Es ist der Autorin wirklich hoch anzurechnen, dass sie dabei dem selbst gewählten Vorsatz weitestgehend treu geblieben ist, hier eine objektive Bestandsaufnahme und Ursachenforschung über die Manifestierung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit in populistischen Bewegungen durchzuführen. V. a. der Umstand, dass es wie Uwe Backes und Eckhard Jesse im Vorwort anmerken, nur wenige wissenschaftliche Untersuchungen über diese neuen Bewegungen in den USA bisher gab, hat genügend Gestaltungsspielraum gelassen. Neben einer gründlichen Recherche üblicher schriftlicher Quellen wurden die politischen Akteure über einen nennenswerten Zeitraum beobachtet und teilweise direkt mittels Interviews in die Arbeit mit einbezogen. Ohne Zweifel kamen ihr hierbei ihre Erfahrungen in der journalistischen Arbeit zugute sowie ihre große Sympathie für die Vereinigten Staaten, so dass aus der Person heraus eine offene wie breit gefächerte Neugierde zum Tragen kam.

Was weiterhin im positiven Sinne für die Herangehensweise bei diesem Buch spricht, ist die zu Beginn gestellte Frage „Welche Chancen haben Tea Party und Occupy eröffnet?“. Der in dieser Hinsicht unkonventionelle Ausgangspunkt bei der Aufarbeitung von Formen des politischen Populismus ist die Fokussierung auf die Artikulierung von Problemen, Bedürfnissen und Ängsten innerhalb der Gesellschaft, die nach der subjektiven Meinung der Protagonisten dieser Bewegungen, durch das „Establishment“ nicht oder zumindest ungenügend aufgegriffen werden. Gerade in den USA, die im Grunde seit Beginn des

neuen Jahrtausends wiederholt Krisen durchlebt haben (Terroranschläge vom 11. September, Zusammenbruch des Häusermarkts, Finanz- und Wirtschaftskrise, das Wiederaufflammen von Rassenkonflikten usw.) ist es in der Retrospektive fast nicht mehr verwunderlich, dass die etablierten Formate der Meinungs- und Willensbildung schon lange an ihre Grenzen gestoßen sind. Diese zeichnen sich unter dem Etikett der „Political Correctness“ nicht mehr durch einen Orientierungsrahmen von Anstand und Manieren im zwischenmenschlichen Diskurs aus, sondern vermitteln bei weiten Teilen der Bevölkerung eher das Gefühl, eine inhaltliche Tabuisierung von Konflikten vorzunehmen, begleitet von einer aufgezwungenen Selbstzensur in der Adressierung derselbigen.

Aber genau hier liegt der richtige Ansatz, nicht nur Entwicklungen zu verstehen, sondern auch Zusammenhänge zu erkennen und v. a. in Demokratien diese nachhaltig herauszufordern sowie letztendlich jene mitzunehmen, die sich dem Populismus nur deswegen angeschlossen haben, um tatsächlich eine (sach-)gerechte Lösung der von ihnen angesprochenen Probleme zu erreichen. Charlotte Potts beschreibt einerseits die unterschiedlichen Gründungskonditionen der Bewegungen, die sich von außen betrachtet in eine rechte (Tea Party) und eine linke Bewegung (Occupy) vermeintlich einsortieren lassen. Andererseits arbeitet sie sehr gut heraus, dass sich diese beiden Bewegungen, abgesehen von deren Problemhorizonten (national versus international), in ihren Formen der Konfliktaustragung sowie in den von ihnen benannten Problemen nicht so stark unterscheiden, wie man das als Betrachter von außen zunächst glauben mag.

Abgerundet wird das Ganze in der Skizzierung, inwieweit sich die beiden Bewegungen über die Jahre in die politischen Entscheidungsmechanismen integriert haben und wie sich dies auf die Präsidentschaftswahl in den USA 2016 ausgewirkt hat. Allerdings kann gerade der letzte Aspekt nicht den Anspruch der Vollständigkeit erheben, da zum Zeitpunkt der Veröffentlichung zwar die personellen Konstellationen der Republikaner und der Demokraten sich mehr oder weniger abzeichneten, jedoch der von vielen unerwartete Ausgang der US Wahlen nicht mit in die Ausführungen und Bewertungen des Buches einfließen konnte.

Unabhängig vom Endergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 8. November 2016 hat gerade die Installation der Tea Party-Bewegung in die Republikanische Partei gezeigt, wie stark eine populistische Bewegung von außen in der Lage sein kann, vorhandene Strukturen zu infiltrieren und für sich und ihre Zielerreichung zu instrumentalisieren. Eine ähnlich effektive Integration in die konkreten Entscheidungsmechanismen ist bei der Occupy-Bewegung nicht zu beobachten gewesen, was vielleicht eines der Wesensmerkmale beider Bewegungen in der Zielerreichung etwas beleuchtet: Pragmatismus versus Ideologie.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass Charlotte Potts hier einen beachtenswerten aktuellen Beitrag geleistet hat, den aufkommenden Populismus in der westlichen Welt zu erklären. Die Methodik kommt hierbei nicht zu kurz und sie liefert einen hilfreichen Kontext, um Entwicklungen und Erscheinungsformen einordnen sowie sachgerechter bewerten zu können. Vor allem aber schafft sie es, ohne unerschwingliche Vorverurteilung oder begleitende Maßrege-

lung der Bewegungen Ursachen, Zusammenhänge und Ausprägungen wiederzugeben, um Verständnis für das Erstarken des Populismus zu erzeugen sowie für den Umstand, dass es mehr inhaltliche Gemeinsamkeiten zwischen linkem und rechtem Populismus gibt, als es die Verpackung manchmal suggerieren mag. Für mich bleibt zu sagen: Danke für den Erkenntnisgewinn.

**NORMAN BLEVINS,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN**



Kershaw, Ian: Höllentsturz – Europa 1914 bis 1949, München: DVA 2016, 768 Seiten, € 34,99.

Der Autor gilt international als einer der besten Kenner der deutschen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts, besonders des „Dritten Reiches“. Er hat u. a. eine allgemein anerkannte Hitler-Biographie veröffentlicht (2 Bände, 1998 und 2000), und 2011 „Das Ende. Kampf bis in den Untergang“, über die Schlussphase des Krieges auf deutscher Seite. Mit „Höllentsturz – Europa 1914 bis 1949“ legt er nun den ersten von zwei geplanten Bänden über die europäische Geschichte vor, die bis in die Gegenwart reichen sollen. Der hier besprochene Band findet sein Ende nicht 1945, sondern erst 1949, weil in diesem Jahr nach

Auffassung des Autors Europa, gerade durch seine damals stabilisierte Aufteilung in ein westliches und ein östliches politisches System, aus dem Abgrund zu neuer Prosperität aufzusteigen begann.

Da kann es nicht ausbleiben, dass die Darstellung sehr großflächig ist, nur teilweise unterbrochen durch die Zitate von Zeitzeugen verschiedenster Provenienz, wie es die Angelsachsen lieben. Die Großflächigkeit bedeutet aber nicht, dass sie auf Kosten einer präziseren Analyse ging, wie sie nur das Ergebnis detaillierter Studien sein kann. Als Beispiel seien hier nur die Darstellung der „Volksfront“-Ära in Frankreich genannt (1936-38) sowie die Entwicklung in Italien unter Mussolini. Das militärische Geschehen der beiden Weltkriege jedoch wird, und das wohlüberlegt, so summarisch abgehandelt, wie es überhaupt vertretbar ist.

Mitunter gerät der Autor ins Essayistische, an persönlichem Urteil spart er nicht. So kritisiert er auch den alliierten Bombenkrieg gegen Deutschland: „Goebbels sprach von Terrorangriffen, und in diesem Fall log die Propaganda nicht“. Der große Bogen bleibt stets erhalten, und die Gewichte im Verhältnis zwischen den jeweils handelnden Subjekten werden sorgfältig gewahrt. Das bedeutet angesichts der überbordenden Masse an Stoff eine große schriftstellerische Leistung. Dazu tritt noch der stets flüssige Stil, an dem sich mancher deutsche Historiker ein Beispiel nehmen mag.

Ausflüge in die Kultur- und Geistesgeschichte haben bei einem Werk, das seinen Schwerpunkt anders setzt, zwar immer etwas von ausgekipptem Zettelkasten an sich, aber mitunter wird auch tiefer geschürft, so z. B. bei der Frage, warum der Philosoph Martin Heidegger

Hitlers Machtantritt 1933 derart bejubelt hat: Russland und Amerika seien beide befangen von „derselben Raserei der entfesselten Technik und der bodenlosen Organisation des Normalmenschen“ (was meint Heidegger mit Letzterem eigentlich genauer?). Deswegen müsse Europa „geschichtlich geistige Kräfte aus der Mitte“ dagegen aufbieten, aus Deutschland heraus, dem eine besondere kulturelle Mission obliege. Dass Heidegger sich aber bald wieder vom Nationalsozialismus abgewendet hat, erfahren wir allerdings nicht.

15 Seiten weiter erfahren wir, dass Hitler Walt Disneys Micky-Maus-Filme besonders liebte. Der Hinweis, nicht fern von dieser anekdotischen Information, fehlt nicht, nämlich, dass Horkheimer und Adorno nicht nur gegen Nationalsozialismus und Kommunismus schrieben, sondern auch gegen die von Amerika aus Überhand nehmende „Kulturindustrie“ mit unwiderstehlichem Massencharakter. Eben wegen dieses Charakters dürfen auch die Namen Bing Crosby, Louis Armstrong und Benny Goodman nicht fehlen.

Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges kommt es zu Unstimmigkeiten in der Darstellung. Dass die Ermordung des österreichischen Thronfolgers Franz Ferdinand in Sarajewo einen allgemeinen Krieg nach sich zog, leuchtet dem Autor nicht ein. Denn die Attentate auf den französischen Präsidenten Carnot (1894), den italienischen König Umberto I. (1900), den serbischen König Alexander Obrenovic (1903) und den griechischen König Georg I. (1913) hätten eine solche Wirkung nicht gehabt. Aber das waren alles interne Ereignisse, ein außenpolitischer Hintergrund wie in Sarajewo (Spannungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien) bestand da

eben nicht. Zweitens: Deutschland habe am 6. Juli 1914 Österreich einen „Blankoscheck“ für dessen Vorgehen gegen Serbien ausgestellt, weil es aus Angst vor Russland bereit gewesen sei, „einen gesamteuropäischen Flächenbrand zu riskieren“. Aber 13 Seiten später lesen wir: „Dass Russland intervenieren würde, wurde in Berlin nicht ernsthaft in Betracht gezogen“.

Viel Tinte ist schon vergossen worden über die Frage, ob der „Kalte Krieg“ vermeidbar gewesen wäre. Denn „Stalins vorrangige Sorge galt nicht dem Export der Revolution, sondern dem Erhalt der sowjetischen Sicherheit“. Aber der Autor meint, der „Kalte Krieg“ hätte unausweichlich kommen müssen, da die disparate Kriegskoalition der USA und der Sowjetunion ihn nach dem Wegfall des gemeinsamen Feindes vorgezeichnet habe. Auch infolge des von George Kennan propagierten Konzeptes des „Containment“.

Der Autor referiert in großer Schau über die Kontinuitäten in Europa, trotz des „Höllenturzes“ von 1914 bis 1945. Erwähnt seien hier nur die trotz Kriegszerstörungen fortschreitende Industrialisierung, begünstigt dadurch, dass das große deutsche Industriepotenzial nicht vollständig erledigt war, durch das beständige Schrumpfen der Landbevölkerung zugunsten der Städte, die steigende Lebenserwartung sowie das allmähliche Anwachsen des Bildungsniveaus. Die leistungsmäßig aufs Äußerste angespannte Kriegswirtschaft förderte Wachstum und technologischen Fortschritt über 1945 hinaus.

Ab 1918 versank Europa in den Abgrund von Wirtschaftskrisen und nationalistischer Eigenbrötelei. Nach 1945 bildete sich aber aus dem Abgrund heraus eine verblüffende neue Stabilität.

Das hing damit zusammen, dass das deutsche Großmachtstreben nunmehr gebrochen war, dass die Kriegsverbrecher und Kollaborateure in großem Ausmaß abgestraft wurden, ein konstantes Wirtschaftswachstum garantiert war und nicht zuletzt, die in ihrer Schrecklichkeit völlig neuartige Gefahr eines Atomkrieges heraufzog. Das disziplinierte das westliche ebenso wie das östliche Europa nachhaltig. Unverzichtbar bei alledem die Rolle der USA, die sich nicht wieder, wie nach 1919, in Isolatismus zurückzogen.

Man kann dieses ebenso ehrgeizige wie ausgereifte Werk trotz seines ansprechenden Stiles nicht wie ein episches „Lesevergnügen“ konsumieren. Dazu sind die aufgereihten Themen jedes in sich viel zu anspruchsvoll. Aber man kann es hervorragend als einführendes Studienbuch benutzen und sich zur Vertiefung an die ebenfalls epische Ausmaße annehmende Bibliographie halten.

**BERND RILL,
MÜNCHEN**



Kardinal Lehmann, Karl:
Toleranz und Religionsfreiheit.
Geschichte und Gegenwart in
Europa. Freiburg i. Br.: Herder-
Verlag 2015, 144 Seiten,
€ 19,99.

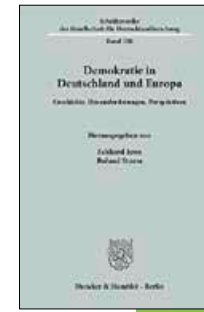
Karl Kardinal Lehmann wurde von der Universität Düsseldorf gebeten, im Wintersemester 2012/13 die Heinrich-Heine-Professur zu übernehmen und hielt drei größere Vorlesungen zum Thema „Toleranz in der europäischen Geschichte und das neuzeitliche Ringen um Religionsfreiheit“. Zusammen mit Seminartexten und einer erweiterten Literaturliste sind diese Vorlesungen nun im Herder-Verlag der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Der langjährige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (1987-2008) und Bischof von Mainz (1983-2016) widmet sich in gewohnt kompetenter Weise dem Thema historisch, sozialphilosophisch und sozialetisch. Der Theologe und Kirchenmann hält sich dabei etwas im Hintergrund, weist aber mehrmals auf aktuelle Christenverfolgungen hin.

Zunächst bezieht sich auch Lehmann auf den berühmten Satz Goethes „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen“ (Maximen und Reflexionen). Toleranz kann „repressiv“ sein. Anerkennung ist mit A. Honneth ein Zentralthema der Moderne geworden. Lehmanns Vorlesungstext geht auf alle wichtigen Diskussionen ein, von Herbert Marcuse

und Alexander Mitscherlich bis zu Otfried Höffe, Robert Spaemann, Judith Butler und Emanuel Lévinas, um nur einige zu nennen. Zuvor beschreibt er das geschichtliche Entstehen der toleranten Religionsfreiheit bis zur Aufklärung. Besondere Erwähnung verdient das preußische Landrecht vom 1. Juni 1794. Geschildert wird die Entwicklung der kirchlichen Lehre von der Enzyklika „Quanta cura“ (1864) mit dem „Syllabus Errorum“, der Gewissens- und Religionsfreiheit noch verurteilt, über die Päpste Pius XII und Johannes XXIII bis zur definitiven Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über die Religionsfreiheit „Dignitatis humanae“, die vor allem von amerikanischen und osteuropäischen Bischöfen, die unter dem Druck des Kommunismus standen, forciert wurde. Auch den Protest der traditionalistischen Piusbruderschaft erwähnt Lehmann. Zusammenfassend hält er fest: „Toleranz ist nicht ein schwächliches Alles-gelten-Lassen, sondern eine ‚Leistung‘, das heißt eine Selbstüberwindung, die erbracht werden muss, eine Tugend im klassischen ethischen Sinn, braucht Kraft zum Widerstand und Zivilcourage“ (S. 72 ff). Humorvoll enden die Vorlesungen mit einem passenden Heine-Zitat.

Zu wissen, dass Toleranz nicht selbstverständlich ist, sondern lange gegen Widerstände errungen werden musste, relativiert manche Aufregungen. Das dicht-informative Buch verdient Beachtung weit über den kirchlichen Rahmen hinaus. Gerade auch in den aktuellen Diskussionen um die Islam-Problematiken kann es hilfreich sein.

**DR. STEFAN HARTMANN,
BAMBERG**



**Jesse, Eckhard / Sturm,
Roland (Hrsg.): Demokratie**
in Deutschland und Europa –
Geschichte, Herausforderun-
gen, Perspektiven. Berlin:
Duncker & Humblot 2015,
416 Seiten, € 119,90.

Der Sammelband „Demokratie in Deutschland und Europa – Geschichte, Herausforderungen, Perspektiven“ wurde von Eckhard Jesse und Roland Sturm, beide namhafte deutsche Politikwissenschaftler, herausgegeben und 2015 von Duncker und Humblot in Berlin veröffentlicht. Die Idee des Werkes entstand im Rahmen der Betreuung des Promotionskollegs „Demokratie in Europa“ von 2013 bis 2015 bei der Hanns-Seidel-Stiftung. Hierfür stellten 21 Promovierende des Kollegs Ausschnitte ihrer mittlerweile teilweise bereits abgeschlossenen Dissertationen zur Verfügung und arbeiteten diese in Essay-Form auf.

Das Werk, welches in Aufbau, Zitierweise und Logik den akademisch-allgemeingültigen Vorgaben entspricht, beleuchtet die vielfältigen Facetten der deutschen und europäischen Demokratie-rezeption. Die Verfasser dringen dabei in die verschiedenen Disziplinen der Politikwissenschaften wie Internationale Beziehungen, Sicherheitspolitik sowie Wahl- und Extremismusforschung vor und fokussieren die für das Demokratieverständnis relevanten Themen und deren Zusammenhänge. Die Herausgeber haben dabei den Band in vier thematische Blöcke unterteilt. So entsteht für

den Leser eine nachvollziehbare Argumentationslogik der Aufsätze und es werden alle relevanten Gesichtspunkte abgedeckt.

Der erste Block geht auf die Europasowie die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ein. Mit Blick auf Brüssel finden sich Beiträge über informelle Institutionen in der EU und die Akteursqualität der Union in internationalen Organisationen. So beleuchtet z. B. Julia Heydemann den unterschiedlichen mitgliedschaftsrechtlichen Status der EU in internationalen Organisationen und dessen Einfluss auf die Akteursqualität. Sie analysiert hierbei anhand der verschiedenen Positionen der EU in drei internationalen Institutionen die jeweilige Akteursqualität sowie die daraus folgende Möglichkeit der Einflussnahme im jeweiligen Gremium und kommt zu dem Schluss, dass die EU erst dann international erfolgreich agieren kann, wenn die Bestimmungen des Lissaboner Vertrages von den Mitgliedern der EU vollkommen implementiert werden.

Der zweite Themenblock widmet sich den Parteien und Wahlen im Wandel. Hierbei geht neben anderen Beiträgen Peggy Matuschek auf eine Reform des deutschen Wahlrechts ein. Sie diskutiert die Vor- und Nachteile der absoluten Mehrheitswahl anhand einer Fallstudie der Wahlsysteme in Australien und Frankreich und resümiert, dass eine absolute Mehrheitswahl als Alternativsystem zum deutschen Wahlsystem aufgrund der Leistungsbilanz im bundesdeutschen Kontext nicht empfohlen werden kann. Weiter werden in diesem Abschnitt politisch-relevante Themen wie Wahlrecht für Minderjährige, Medien im Wahlkampf und der Einfluss der Religion auf das politische Geschehen behandelt.

Das dritte Kapitel des Sammelbandes untersucht die Gefahren für eine Demokratie wie der Extremismus und die daraus entstehenden Bedrohungen. Hierbei befassen sich die Autoren unter anderem mit dem Verfassungsschutz, der Geschichte der wehrhaften Demokratie in der Weimarer Republik, der NPD, rechtsextremistischen Theoretikern aus den USA und deren Einflussnahme in Europa sowie der Rolle Christlicher Kleinparteien im Verfassungsstaat. Um nur eine Verfasserin herauszugreifen: Lisa Karge diskutiert und analysiert das gesellschaftlich brisante Thema der Ausprägung der Kommunalpolitik der NPD in Sachsen.

Im vierten Themenblock wird abschließend auf den politischen Alltag in der DDR eingegangen, um deren Einfluss auf die politischen Veränderungen in Deutschland seit der Wiedervereinigung aufzuzeigen. Hierbei blicken die Promovierenden unter anderem auf die Wirtschaftspolitik, die sozialistische Parteienideologie sowie die Kompetenzverteilung im SED-Apparat.

Mit dem vorliegenden Sammelband ist es Jesse und Sturm geglückt, eine breitgefächerte Übersicht sämtlicher für das Demokratieverständnis relevanter Themen zu schaffen. Als einführende Lektüre ist das Werk durchaus zu empfehlen. Wer hingegen nach einer Vertiefung der Thematiken sucht, sollte zu den sicherlich sehr interessanten Dissertationen greifen oder auf eine Fortführung des lesenswerten und informativen Bandes hoffen. Es kann resümierend gesagt werden, dass die Idee eines solchen Werkes und deren Umsetzung, sei es aus akademischer als auch aus informativer Sicht sehr gelungen ist. Wünschenswert wäre neben den erklärenden Worten der Herausgeber in der Einlei-

tung eine weitere Kontexterklärung beziehungsweise Überleitung zwischen den vier einzelnen Themenblöcken, um ein noch „runderes“ Gesamtbild zu schaffen.

DOMINIK STRIEGL M.A.,
REGENSBURG

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen.html bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 16/2016: Die AfD nach den Landtagswahlen – Bestätigung bekannter Trends, ein weiterer Schritt zur Etablierung?



ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 17/2016: „Wir wollen Partnerschaft und keine Konflikte“ – Der Sieger der US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen Donald Trump gibt sich in ersten Stellungnahmen versöhnlich



ARGUMENTE UND MATERIALIEN ZUM ZEITGESCHEHEN
 Nr. 106: Flüchtlinge aufs Land?



SONSTIGES
 Parteien und Parteiensystem auf dem Prüfstand – Eine empirische Analyse der Wählersicht in Bayern



SONSTIGES
 Willkommen im Handwerk – Handwerkliche Vokabeln in den Sprachen Englisch, Französisch, Polnisch, Arabisch, Farsi

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
 Nr. 472 „Europa und der Brexit“ mit Beiträgen von Peter Bild, Alice Neuhäuser und Angelika Niebler

Herausgeber:

© 2017, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen: Hubertus Klingsbögl

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur, V.i.S.d.P.)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)
Irene Krampfl (Abo-Verwaltung; krampfl@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Bosch-Druck, Landshut

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung

der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Bildnachweis für Titel:
© michalz86 / Fotolia.com

